



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**Der Einfluss des Residenzstaats auf
transnationale politische Aktivitäten von ImmigrantInnen
am Beispiel kurdischer politischer Vereine in Wien**

Verfasserin

Hannah Mayr

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, September 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 307

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuerin:

Ass.-Prof. Mag. Dr. Gabriele Rasuly-Paleczek

Danke

meinen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern, dafür, dass sie mit mir über Aktuelles und Vergangenes gesprochen haben und mir neben Details zu den Vereinen auch aus ihren Lebensgeschichten und von ihren persönlichen Erfahrungen erzählt haben. *Gelek sipas!*

Mevlüt und Didar, für das Lesen der Arbeit, hilfreiche Anmerkungen und anregende Fragen zu dem Text.

Gabriele Rasuly-Paleczek, für die Betreuung dieser Arbeit.

Eliza, für hunderte gemeinsame Arbeitsstunden und -pausen, für ebenso viele fachliche und unfachliche Gespräche, für das genaue und kritische Lesen des halbfertigen wie fertigen Textes, für die schöne sonnige Stressphase und köstliche Kirschen in Schleißheim, und nicht zuletzt für den Einblick in postsozialistische Transformationsprozesse in Südsiebenbürgen im Blickwinkel von deutschsprachigen ImmigrantInnen (vgl. Brunmayr 2011).

Aurora, Jakob, Lena und Sara, für das sorgfältige Korrekturlesen der Arbeit und das Bemühen die deutsche Kommasetzung zu durchschauen.

Matias, für die geduldige Beratung bei der Formatierung und allen möglichen Problemen.

meiner Familie, für die Unterstützung, Nora, Moritz, Lena, Resi und Leon, für den geschwisterlichen Beistand in allen Lebenslagen.

meinen Eltern Daniela und Reinhard.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Historischer Kontext	12
2.1	„Die KurdInnen“: eine Annäherung	12
2.2	KurdInnen in der Türkischen Republik	14
2.3	KurdInnen in Österreich	25
2.4	Kurdische politische Vereine in Österreich	33
3	Politischer Transnationalismus	40
3.1	Transnationale Studien	40
3.2	Transnationale politische Aktivitäten	45
3.3	Der Nationalstaat in transnationalen Studien	49
4	Empirische Forschungsmethoden und das Untersuchungsfeld	58
4.1	Eingrenzung des Untersuchungsfeldes	58
4.2	Datenerhebung und Inhaltsanalyse	61
4.3	Die untersuchten Vereine	63
4.3.1	Gemeinsamkeiten	64
4.3.2	KOMKAR – Verein für ImmigrantInnen aus Kurdistan	72
4.3.3	FEYKOM – Dachverband der kurdischen Vereine in Österreich	74
4.3.4	KIB – Verein für Kultur und Information Kurdischer Angelegenheiten	76
4.3.5	YXK – Verein für StudentInnen aus Kurdistan	77
4.3.6	Avesta – Kurdischer Frauenverein	79

5	Der Residenzstaat Österreich und transnationale politische Aktivitäten der kurdischen Vereine	82
5.1	Migrations- und Integrationspolitik	83
5.2	Staatsbürgerschaft	91
5.3	Politische Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen	94
5.3.1	Interessensvertretungen, politische Parteien, kommunale und nationale Entscheidungsämter	95
5.3.2	Möglichkeiten zur formellen Selbstorganisation	98
5.3.3	Politische Mitsprache und Förderung von MigrantInnenvereinen	99
5.4	Kooperation mit nationalen Institutionen, Parteien, nicht-staatlichen Organisationen	101
5.5	Österreichische „Kurdenpolitik“	105
5.5.1	Staatlicher Umgang mit pro-kurdischen politischen Tätigkeiten	106
5.5.2	Internationale Politik und transnationales politisches Agieren	109
6	Conclusio	113
7	Quellenverzeichnis	121
7.1	Literatur	121
7.2	Internet	128
7.3	Interviews	130
8	Anhang	131
8.1	Abstract (english)	131
8.2	Abstract (deutsch)	132
8.3	Lebenslauf	133

1 Einleitung

Mein Interesse an transnationalen politischen Aktivitäten und Beziehungen von MigrantInnen¹ wurde durch transnationale Studien geweckt, mit welchen ich mich im Rahmen eines Seminars zu beschäftigen begann. Sie zeichnen sich, wie das Wort „trans-national“ bereits sagt, durch das Überschreiten von nationalstaatlichen Grenzen aus. Beispielsweise versuchen EinwanderInnen von ihrem Residenzland aus direkt oder indirekt politische Veränderungen im Herkunftsland zu bewirken.

Eine transnationale Sichtweise auf Tätigkeiten von MigrantInnen ermöglicht es, klassische Konzepte der Migrationsforschung zu hinterfragen. Letztere betrachten EinwanderInnen oft ausschließlich in Bezug zur sogenannten „Aufnahmegesellschaft“ (die ImmigrantInnen oft eher unwillig aufnimmt) und versuchen zu erklären, wie und ob sich die ZuwanderInnen an diese anpassen. Ähnliche Zugangsweisen finden sich in Österreich in medialen und öffentlichen Diskursen – meist rund um das Thema „Integration“ – die von Begriffen wie „Parallelgesellschaften“ (in denen EinwanderInnen angeblich leben) oder „integrationsunwillige Fremde“ dominiert werden. Transnationale Studien hingegen zeigen das Potential auf, welches sich daraus ergibt, dass Menschen ihr Leben vermehrt in mehr als einem Land gestalten und soziale, ökonomische und politische Beziehungen auch außerhalb des Residenzlandes haben. Der Fokus auf transnationale politische Praktiken bietet zudem die Möglichkeit, MigrantInnen als politische AkteurInnen zu sehen. Als solche wurden (und werden) sie in sozialwissenschaftlichen Arbeiten selten wahrgenommen. (vgl. Strasser 2009b: 261)

1 Als „MigrantInnen“ bzw. „EinwanderInnen“ bezeichne ich in dieser Arbeit (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft) Personen, die selbst oder deren Eltern migriert sind.

Ich möchte mit dieser Arbeit dazu beitragen, diese einseitigen Darstellungen durch wissenschaftliche Auseinandersetzungen zum Thema Migration zu ersetzen, welche den realen Gegebenheiten gerecht werden.

Die transnationalen Studien entstanden in den 1990ern und stellten die Handlungsfähigkeit von EinwanderInnen in den Mittelpunkt. Vor allem zu Beginn wurden MigrantInnen dabei als AkteurInnen mit subversiven, gegenhegemonialen Strategien dargestellt, welche den Nationalstaat durch ihre transnationalen Praktiken und Beziehungen entmachten. Es wurde argumentiert, dass der Einfluss von Nationalstaaten im angeblich deterritorialisierten transnationalen Feld abnimmt. Aus diesen Gründen wurde der Rolle von Staaten wenig Beachtung geschenkt.

Tatsächlich ist zu beobachten, dass Nationalstaaten aufgrund von grenzüberschreitenden Lebensweisen vieler BewohnerInnen gezwungen sind, ihr Konzept von „Mitgliedschaft“ den neuen Umständen anzupassen. Die Einführung doppelter Staatsbürgerschaften in vielen Staaten ist ein Zeichen dieser Adaption. Es ist jedoch zu beachten, dass – auch wenn Beziehungen und Tätigkeiten nationalstaatliche Grenzen überschreiten – nationale Gesetze und Rahmenbedingungen das alltägliche Leben und das Handeln von Menschen (mit)bestimmen (vgl. Al-Ali et al. 2001: 588).

Mir scheint es interessant und sinnvoll den Blick auf den Nationalstaat, insbesondere den Residenzstaat von MigrantInnen, zu richten, und zwar aus einer Sichtweise, die diesen nicht als einzigen, abgegrenzten Raum sozialen und politischen Handelns wahrnimmt, sondern transnationale Prozesse miteinbezieht. Meine Forschungsfrage habe ich anhand dieser Überlegungen folgendermaßen formuliert: Welchen Einfluss haben der Residenzstaat und seine nationalen Rahmenbedingungen auf transnationale politische Aktivitäten von MigrantInnen?

Ich werde diese Frage anhand eines Fallbeispiels untersuchen und habe dafür kurdische politische Vereine in Wien gewählt. Mein Untersuchungsfeld umfasst vier Vereine und einen Dachverband (infolge unter „Vereine“ zusammengefasst). Ich habe mit acht AktivistInnen dieser Organisationen qualitative Interviews und bei verschiedenen Veranstaltungen teilnehmende Beobachtungen gemacht. Bei der Analyse des dadurch gewonnenen Datenmaterials habe ich mich an Mayring (2010) orientiert.

Die untersuchten Vereine sind in Österreich angesiedelt, setzen sich von dort aus u.a. für eine Verbesserung der Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei ein, und sind in Netzwerke eingebunden, die sich über mehrere europäische Länder sowie die Türkei spannen – sie sind also eindeutig transnational aktiv. Aufgrund der Unmöglichkeit in der Türkei legal zu agieren, waren und sind die politischen Tätigkeiten von AktivistInnen im Ausland für die pro-kurdische² Bewegung besonders relevant. Die untersuchten Vereine haben in Österreich bereits eine etwa 20-jährige Geschichte. Gerade weil sie europaweit durch Dachorganisationen verbunden sind, inhaltlich ähnlich arbeiten sowie auf gleiche Weise organisiert sind, ist es interessant zu untersuchen, ob und wie sich speziell der österreichische Kontext auf ihre Arbeit auswirkt. Meine Konzentration auf Vereine mit Türkei-Bezug resultiert zum einen aus meiner persönlichen Nähe zu dem Land, da ich ein Jahr dort gelebt habe und die Sprache beherrsche. Zum anderen war es mir wichtig, den (historischen) Herkunftskontext einzubeziehen, welcher den Rahmen einer Diplomarbeit gesprengt, wenn er mehrere Länder umfasst hätte. Um mögliche Auswirkungen der österreichischen Rahmenbedingungen zu verdeutlichen, werde ich anhand von anderen empirischen Studien immer wieder Vergleiche zur Situation in anderen Residenzländern von kurdischen AktivistInnen herstellen und auf Unterschiede hinweisen.

Auf meine Fallstudie bezogen frage ich also, wie der österreichische Staat und die nationalen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen die transnationale Arbeit der kurdischen politischen Vereine beeinflussen.

Ich bin in meiner Forschung theoriegeleitet vorgegangen. Das bedeutet, dass ich mir ausgehend von der Theorie (transnationale Studien und Ansätze zu politischen Tätigkeiten von ZuwanderInnen allgemein) relevante Aspekte für die Beantwortung meiner Forschungsfrage erarbeitet habe. Diese sind in meinem Fall verschiedene Bereiche, in welchen der Einfluss des Residenzstaats und der nationalen Rahmenbedingungen auf transnationale Tätigkeiten verortet wird. Sie dienten mir als Ausgangspunkt meiner Forschung und zur Formulierung der folgenden Unterfragen.

2 Als „pro-kurdisch“ bezeichne ich politische AkteurInnen, Organisationen, Anliegen, Tätigkeiten usw., die auf eine allgemeine soziale, rechtliche und ökonomische Verbesserung der Lage von KurdInnen (in allen oder einem spezifischen Land) abzielen. Die Begriff deutet also auf die politischen Ziele, nicht auf die ethnische Zugehörigkeit der AkteurInnen hin.

Einer der Einflussbereiche ist die österreichische Migrations- und Integrationspolitik, die sich vor allem in ihrer rechtlichen Ausformung auf das Leben von MigrantInnen auswirkt. Welchen Einfluss hat sie auf transnationale politische Tätigkeiten von EinwanderInnen? In diesem Kontext untersuche ich die österreichische Migrationspolitik seit den 1960ern und die Entstehung kurdischer Vereine sowie Veränderungen in der Vereinsarbeit.

Nationale Konzepte von Staatsbürgerschaft und Einbürgerungsbestimmungen spielen in transnationalen Studien mittlerweile eine wichtige Rolle. Wie gestalten sich diese in Österreich und welche Bedeutung haben sie für kurdische AktivistInnen?

Eine weitere Frage bezieht sich auf den Einfluss politischer Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen. Welche Möglichkeiten haben EinwanderInnen an nationalen politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken und welche Gelegenheiten bieten sich transnational aktiv zu sein sowie eigene Organisationen zu gründen?

Die nationalen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflussen die Ausbildung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und einer bestimmten Organisationslandschaft. Welche Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich für kurdische politische Vereine mit staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen in Österreich? Und wie beeinflusst die Zusammenarbeit ihre transnationalen Aktivitäten?

Der letzte Bereich, den ich untersuche, betrifft den staatlichen Umgang mit transnationalen Praktiken und Organisationen. Werden pro-kurdische Tätigkeiten in Österreich von staatlicher Seite spezifisch gefördert oder gehindert, und auf welche Weise? Und welche Auswirkungen hat Österreichs Beziehung zu bzw. Positionierung gegenüber der Türkei auf die Vereine?

Um transnationale Aktivitäten zu verstehen, ist es wichtig, die spezifische Migrationsgeschichte zu betrachten. In Kapitel 2 stelle ich daher den historischen Kontext der Migration von KurdInnen aus der Türkei nach Österreich dar. Zunächst gebe ich einen Überblick über die Lage der kurdischen Bevölkerung in der Türkischen Republik, dann zeichne ich die Situation von KurdInnen in Österreich und die nationale Migrationspolitik seit den 1960ern nach. Zuletzt beschreibe ich die Entstehung und Entwicklung von kurdischen Vereinen in Wien.

In Kapitel 3 beschäftige ich mich mit den theoretischen Grundlagen meines Forschungsthemas. Ich beschreibe die Entwicklung der transnationalen Studien seit ihrer Begründung durch Anthropologinnen in den 1990ern und stelle relevante Konzepte zu Transnationalismus sowie die Kritik an diesen dar. Infolge setze ich mich mit theoretischen Ansätzen und Definitionen von politischem Transnationalismus auseinander. Im letzten Abschnitt des Kapitels geht es um den Einfluss von Nationalstaaten und insbesondere von Residenzländern auf transnationale Tätigkeiten und Beziehungen sowie die Frage, worin sich diese manifestieren. Anhand themenspezifischer Literatur arbeite ich die zuvor beschriebenen, für mich relevanten Untersuchungsbereiche für den Einfluss des Residenzlandes heraus.

Den Ablauf meiner eigenen Forschung beschreibe ich in Kapitel 4. Es beginnt mit Erläuterungen zur Eingrenzung meines Forschungsfeldes, gefolgt von der Darstellung meiner methodischen Vorgangsweise bei der Datenerhebung und Interviewanalyse. Das Kapitel schließt mit der Beschreibung der untersuchten Vereine, die ich an dieser Stelle einzeln vorstelle.

In Kapitel 5 untersuche ich anhand meines empirischen Fallbeispiels die unterschiedlichen Einflussbereiche des nationalen Kontexts. Im ersten Teil setze ich mich mit Zusammenhängen zwischen der österreichischen Migrations- und Integrationspolitik und der Arbeit der untersuchten Vereine auseinander. Die Bedeutung von Staatsbürgerschaft und nationalen Einbürgerungsbestimmungen sind Thema des darauffolgenden Abschnitts. Weiters untersuche ich den Einfluss von politischen Partizipationsmöglichkeiten sowie Kooperationen von den Vereinen mit anderen Organisationen. Im letzten Unterkapitel geht es um die österreichische „Kurdenpolitik“, also den konkreten staatlichen Umgang mit pro-kurdischen, transnationalen Tätigkeiten und Vereinen, sowie um die Rolle der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Herkunfts- und Residenzstaat.

2 Historischer Kontext

Verschiedene AutorInnen betonen, dass transnationale politische Handlungen von MigrantInnen nur unter Einbezug ihrer kollektiven bzw. individuellen „distinct histories of departure and resettlement“ zu verstehen sind (Guarnizo et al. 2003: 1221)³. Daher stelle ich dieses Kapitel über den historischen Kontext der Migration von KurdInnen nach Österreich den darauffolgenden theoretischen Ausführungen voran. Dieser erleichtert es die politischen Tätigkeiten von kurdischen AktivistInnen, die ich infolge untersuche, zu verorten und ihre Entwicklungen nachzuvollziehen.

Zu Beginn mache ich einige Bemerkungen dazu, von wem die Rede ist, wenn – in meiner eigenen sowie in anderen Arbeiten – über „die KurdInnen“ gesprochen wird (2.1). Dann gebe ich einen historischen Überblick über die Situation von KurdInnen in der Türkischen Republik (2.2) sowie über die Migration von KurdInnen nach Österreich und die österreichische Migrationspolitik (2.3). Im letzten Abschnitt stelle ich die Entstehung kurdischer politischer Vereine mit Türkei-Bezug in Österreich dar (2.4).

2.1 „Die KurdInnen“: eine Annäherung

KurdInnen wurden und werden von WissenschaftlerInnen (und von KurdInnen selbst) häufig als „ethnische Gruppe“, „community“, „Diaspora“ und/oder auch als „Nation“ beschrieben und wahrgenommen. Insbesondere die ersten zwei Kategorien stell(t)en zentrale Untersuchungseinheiten von Sozial- und KulturanthropologInnen dar, wobei sie als abgegrenzte und in sich homogene Gemeinschaften behandelt wurden. Anderson stellte allerdings bereits vor vielen Jahren fest, dass „[i]n fact, all communities larger than primordial villages of face-to-

3 Siehe u.a. auch Portes (1999: 464); Østergaard-Nielsen (2001b: 10) und Vertovec (2010: 93).

face contact (and perhaps even these) are imagined“ . (Anderson 1993: 6) Die Vorstellung, dass eine Nation, ethnische Gruppe oder „community“ eine von anderen klar abgrenzbare Gemeinschaft von Menschen mit gleicher Herkunft, Geschichte, Religion, Sprache usw. darstellt, wird in der Realität ständig widerlegt. Ethnische, religiöse und/oder andere Zugehörigkeiten können Menschen allerdings als Bezugsrahmen und zur Identitätskonstruktion dienen.

In Bezug auf KurdInnen wird in wissenschaftlichen Arbeiten meist auf das bewohnte geographische Gebiet, die Sprache(n) und die Religion als definatorische Merkmale der „Gruppe“ hingewiesen. Die geographische Region Kurdistan⁴, in der die meisten KurdInnen leben, zieht sich über die Türkei, den Irak, den Iran und Syrien. Dadurch waren und sind KurdInnen von unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen betroffen, genossen nicht die gleichen kulturellen Rechte und unterlagen unterschiedlichen Formen von staatlichen Repressionen. Es gibt mehrere kurdische Sprachen bzw. Dialekte⁵, die alle zur westlichen Gruppe der iranischen Sprachfamilie gehören. Die Sprachen, die von den meisten gesprochen werden, sind Kurmanji (60% der Kurdisch-SprecherInnen in der Türkei⁶) und Sorani (v.a. im Irak und Iran gesprochen). In der Türkei sprechen außerdem 10% der Kurdisch-SprecherInnen Zazaki, auch „Kirmancki“ oder „Dimli“ genannt, und es gibt einige weitere lokale Sprachen und Dialekte. Je nach Region wird Kurdisch in entweder lateinischer, kyrillischer oder arabischer Schrift geschrieben. Die meisten KurdInnen in der Türkei gehören der sunnitischen, der alevitischen oder der yezidischen Glaubensrichtung an⁷. (vgl. Van Bruinessen 2000, 2003: 61f; Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 31f, 42ff) McDowall (2000: 3) schätzt den Anteil von KurdInnen

4 In Bezug auf die genauen Grenzen der Region gibt es keine einheitliche Meinung. Der Begriff „Kurdistan“ wird von manchen auch als Name eines eigenen gewünschten Staates auf diesem Gebiet verwendet. Sein Gebrauch, vor allem in politischen Zusammenhängen, ist in der Türkei brisant. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 20f) Viele meiner InterviewpartnerInnen nutzen den Ausdruck „Kurdistan“ als Bezeichnung für diese Region bzw. „Nordkurdistan“ für die kurdisch besiedelten Regionen in der Südosttürkei.

5 LinguistInnen und KurdologInnen sind sich bis heute uneinig darüber, welche der verschiedenen Formen des Kurdischen eigene Sprachen und welche lediglich Dialekte darstellen. Ich verwende infolge für alle Formen den Ausdruck „kurdische Sprache(n)“.

6 Diese Schätzungen zur Verbreitung kurdischer Sprachen in der Türkei nannte der Kurdologe Turgut Lokman bei seinem Vortrag zu kurdischer Sprache und Literatur (im Neuen Institutsgebäude der Universität Wien, 18.03.2011).

7 Für einen Überblick über Religionszugehörigkeiten unter KurdInnen siehe Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 42-49. Für Details zu Yezidentum und Alevitentum siehe z.B. Ammann 2001: 254-273.

an der gesamten Bevölkerung in der Türkei auf 23%, und geht davon aus, dass von insgesamt 24-27 Millionen KurdInnen 13 Millionen in der Türkei leben⁸.

Die politischen Vereine und transnationalen Netzwerke, mit denen ich mich in dieser Arbeit beschäftige, organisieren sich – als explizit „kurdisch“ – entlang ethnischer Grenzen und der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Verbesserung der Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Die „kurdische community“, das „kurdische Volk“ oder die „kurdische Nation“ dienen auch vielen AktivistInnen als Bezugsrahmen. (vgl. Morales/Jorba 2010: 270)

In dieser Arbeit meine ich mit „KurdInnen“ all jene Personen, die sich selbst als solche bezeichnen. Da ich mich nur auf KurdInnen aus der Türkei konzentriere und um lange Satzkonstruktionen zu vermeiden, lasse ich den Zusatz „in der / aus der Türkei“ infolge weg. Wenn von KurdInnen aus anderen Herkunftsländern die Rede ist, merke ich das ausdrücklich an.

2.2 KurdInnen in der Türkischen Republik

MigrantInnen (und das was sie tun) werden oft ausschließlich in Bezug zu ihrem Residenzland, in ihrer Rolle als mehr oder weniger integrierte Fremde, betrachtet. Die Darstellung des historischen (politischen, sozialen und ökonomischen) Kontexts des Herkunftslandes in diesem Kapitel soll eine andere Sichtweise auf die politischen Tätigkeiten von KurdInnen in Österreich ermöglichen.

Zuerst skizziere ich die Entstehung und die ersten Jahrzehnte der Türkischen Republik. Es folgt ein Abschnitt über die Zeit nach 1980, als staatliche Repressionen sowie bewaffnete Auseinandersetzungen die „Kurdenfrage“⁹ zum wichtigsten Handlungsfeld des türkischen Staates machten. Zuletzt geht es um die politischen Entwicklungen seit Ende der 1990er. In allen drei

8 Die anderen leben zum größten Teil im Irak, im Iran und in Syrien. In den Staaten der ehemaligen Sowjetunion leben etwa 400.000 KurdInnen, in Westeuropa etwa 700.000. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 31)

9 Die „Kurdenfrage“ bezeichnet die politische Frage, wie mit der kurdischen Minderheit in der Türkei umgegangen bzw. wie der gewaltsame Konflikt dort gelöst werden soll.

Abschnitten liegt mein Fokus auf der kurdischen Bevölkerung – ihren Lebensbedingungen, pro-kurdischen Bewegungen sowie nationalen Strategien im Umgang mit diesen.¹⁰

Die kurdische Minderheit in der Türkischen Republik bis 1980

Die Bevölkerung des Osmanischen Reiches, zu dem das Gebiet der heutigen Türkei gehörte, hat sich primär entlang ihrer Religionszugehörigkeiten identifiziert. Die meisten BewohnerInnen sahen sich also als MuslimInnen oder teilweise auch als OsmanInnen. Eine ethnische Unterscheidung zwischen türkischen und kurdischen Bevölkerungsteilen wurde (noch) nicht vorgenommen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden einige Mitglieder der gebildeten Elite mit dem Konzept von ethnischer Identität vertraut und auch die Idee des Nationalismus griff von Europa aus auf diese über. Sie entwickelten ein Nationalbewusstsein und gründeten erste kurdisch-nationalistische Organisationen, welche aber noch nicht die breite Bevölkerung erreichten. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 80-84, 114; Van Bruinessen 2003: 561f)

Das Osmanische Reich verlor, an der Seite von Deutschland und Österreich, den Ersten Weltkrieg, woraufhin im Friedensvertrag von Sèvres (1920) die Aufteilung des Reiches beschlossen wurde. Darin war ein eigener armenischer Staat vorgesehen und auch der Bevölkerung in den kurdischen Gebieten wurde die Möglichkeit zugesprochen einen unabhängigen kurdischen Staat zu gründen. Zur Umsetzung dieser Beschlüsse kam es jedoch nicht, denn General Mustafa Kemal (später gab er sich den Nachnamen Atatürk, „Vater der Türken“) vereinte die Widerstandsgruppen, die sich bereits gegen die Besetzung und Aufteilung des Landes gebildet hatten, und begann einen Unabhängigkeitskrieg, der 1922 erfolgreich endete. In Lausanne wurde ein neuer Friedensvertrag ausgehandelt, in welchem von einem kurdischen Staat keine Rede mehr war und auch im Absatz zu den Rechten von Minderheiten wurde die kurdische Bevölkerung nicht genannt. Der Türkei wurde in etwa ihr heutiges Gebiet zugesprochen. (vgl. Van Bruinessen 2003: 342, 553ff; Zürcher 2004: 133-166; Barkey/Fuller 1998: 9)

¹⁰ Einen sehr guten allgemeinen Überblick zur Geschichte der Türkischen Republik liefert Zürcher (2004).

Die Türkische Republik wurde schließlich im Oktober 1923 ausgerufen. Ihre Gründer, unter ihnen Mustafa Kemal, planten einen modernen Nationalstaat zu schaffen, der sich vollkommen vom Osmanischen Reich distanzieren sollte.

It was Ottoman patriotism that provided the basis of popular mobilization. But the leadership which had led the struggle against foreign occupation would come to regard Turkish nationalism as a vehicle for establishing a modern and secular Turkey in place of the defunct Ottoman empire. The population of Turkey would need a new identity which would replace that based on religion. Eventually an identity based on Turkish ethnicity was emphasized. In these circumstances little opportunity would be given for the free expression of a separate Kurdish identity.” (Kirişçi/Winrow 1997: 91)

Laut der ersten türkischen Verfassung (1924) waren die StaatsbürgerInnen der Türkischen Republik alle „TürkInnen“, unabhängig von ihrer religiösen und ethnischen Zugehörigkeit. Dieser Grundsatz stattete im Prinzip alle StaatsbürgerInnen mit gleichen individuellen, nicht jedoch kulturellen Rechten aus. Der Gebrauch einer anderen Sprache als der türkischen, die als Schlüsselement der neuen nationalen Identität fungierte, wurde verboten und die Existenz kurdischer und anderer Minderheiten geleugnet. (vgl. Van Bruinessen 2003: 559; Kirişçi/Winrow 1997: 96, 114)

In den folgenden Jahren wurde eine Reihe von Reformen zur Modernisierung und Säkularisierung der Republik, in Annäherung an westeuropäische Staaten, durchgesetzt: u.a. wurde das Sultanat abgeschafft, alle Schulen wurden unter staatliche Kontrolle gebracht, religiöse Orden verboten sowie religiöse Schulen geschlossen und eine Schriftreform durchgeführt, in deren Rahmen die arabische Schrift von der lateinischen abgelöst wurde. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 95, 100f) Gleichzeitig wurde eine Politik zur Assimilierung von ethnischen Minderheiten betrieben. Das Besiedelungsgesetz (1934) beispielsweise zwang zahlreiche kurdische Familien zur Umsiedlung in westliche Gebiete der Türkei, während ethnische TürkInnen in kurdischen Regionen angesiedelt wurden. Dadurch sollte es zur Assimilierung der kurdischen Bevölkerung kommen. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 98f; Van Bruinessen 2000)

Teile der kurdischen Bevölkerung reagierten auf die radikale Assimilationspolitik. Es gab einige kleinere und größere Aufstände in kurdischen Regionen ab 1925. Sie konnten jedoch alle militärisch niedergeschlagen werden – auch, weil sie immer lokal begrenzt und keine Mas-

senbewegungen waren¹¹. Die Folgen waren staatliche und militärische Repressionen, unter denen nicht nur an Revolten Beteiligte, sondern die gesamte Bevölkerung litt. Dörfer wurden zerstört, ZivilistInnen ermordet oder zwangsumgesiedelt sowie Tierherden kurdischer Stämme beschlagnahmt. Der letzte große Aufstand fand 1937/38 in der Region Dersim statt. (vgl. Van Bruinessen 2003: 570ff, 589f; Barkey/Fuller 1998: 11) Mit seiner Niederschlagung wurden pro-kurdische Stimmen für die darauffolgenden etwa zwanzig Jahre zum Schweigen gebracht bzw. wurde die kurdische Minderheit in der Öffentlichkeit nicht mehr erwähnt. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 101)

Zu dieser Zeit regierte Atatürks *Republikanische Volkspartei* (CHP) in einem Einparteiensystem, andere Parteien waren nicht zu Wahlen zugelassen. Erst 1950 gab es einen Regierungswechsel zur *Demokratischen Partei* (DP) und im Laufe der folgenden Jahre verbesserte sich die Lage für die Bevölkerung in den kurdischen Provinzen des Landes etwas. Einige zwangsumgesiedelte kurdische Familien konnten in ihre Herkunftsregion zurückziehen, die militärische Präsenz nahm ab und Restriktionen gegenüber religiösen Einrichtungen und Traditionen wurden gelockert. Die kurdischen Regionen waren im Vergleich zum Rest der Türkei nach wie vor wirtschaftlich deutlich benachteiligt, es kam nun aber zum Ausbau der Infrastruktur. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 102f)

Allerdings verschlechterte sich die ökonomische Lage der Türkei ab 1955 stetig und die Regierung versuchte die Instabilität und steigende Unzufriedenheit, insbesondere der Intellektuellen und des Militärs, durch mehr staatliche Autorität einzudämmen. Am 27. Mai 1960 putschte daraufhin das Militär und entließ die Regierung. (vgl. Zürcher 2004: 221ff; 241f) Das Militär setzte wieder stärker auf Assimilationspolitik und Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung, u.a. wurde ein Gesetz zur Umbenennung kurdischer Dorfnamen in türkische beschlossen. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 107; Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 103) Die militärischen Führer ließen aber auch eine neue Verfassung ausarbeiten, die 1961 in Kraft trat und mehr Zivilrechte, Unabhängigkeit der Universitäten, ein Streikrecht sowie das Recht von StudentInnen Verbindungen zu gründen brachte. (vgl. Ahmad 2005: 136-142)

11 Brauns und Kiechle meinen, dass diese „Befreiungskriege“ fast immer auch interne Kriege von KurdInnen waren. Während des Dersim-Aufstands (1938/39) fanden sich beispielsweise sunnitische kurdische Stämme auf Seiten des türkischen Staates gegen alevitische KurdInnen. (vgl. Brauns/Kiechle 2010: 17; Barkey/Fuller 1998: 69) Der Scheich-Said-Aufstand (1925) hingegen war von sunnitischen KurdInnen ausgegangen, Teile alevitischer Stämme unterstützten den Staat. (vgl. Barkey/Fuller 1998: 69)

In diesem liberaleren Klima der 1960er wurden die ersten politisch linksorientierten Organisationen gegründet, die sich offen zur Existenz der kurdischen Minderheit bekannten. In diesem Rahmen forderten insbesondere kurdische StudentInnen und Intellektuelle öffentlich das Ende der staatlichen Assimilationspolitik. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 104-107; Kirişçi/Winrow 1997: 109)

Aufgrund von Industrialisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft kam es zu einem Anstieg der Binnenmigration aus wirtschaftlich schwachen, ländlichen Regionen in die Städte. Dort entstanden in den Vororten informelle Siedlungen und die Arbeitslosigkeit stieg an. Um diesen wirtschaftlichen Abwärts-Entwicklungen entgegenzuwirken, wurde im Fünffjahresplan 1962 die Förderung von temporärer Arbeitsemigration beschlossen. Die zeitlich begrenzte Auswanderung sollte das Problem des Arbeitskräfteüberschusses lösen und die Wirtschaft durch Geldsendungen aus dem Ausland stärken. Es wurden Anwerbeverträge mit mehreren westeuropäischen Ländern geschlossen, darunter 1964 mit Österreich. Im gleichen Jahr noch eröffnete eine österreichische Anwerbestelle in Istanbul. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 229f; Gächter et al.: 2004: 35) Auch schwere Erdbeben in einigen kurdischen Regionen zwischen 1966-1983 waren ein Grund für die zunehmende Zahl der EmigrantInnen. (vgl. Ammann 2004: 217f, 2001: 122)

Ein zweiter Militärputsch im März 1971 leitete eine politisch sehr instabile Phase ein. Viele politisch linksorientierte Parteien und Organisationen wurden verboten, politische AktivistInnen flüchteten nach Europa. Rechtsextreme Gruppierungen und Parteien gewannen an Zulauf. Die 1970er waren von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den extremeren Gruppierungen der politischen Linken und Rechten sowie sich rasch ablösenden, schwachen Regierungen geprägt. Die ökonomisch schlechte Lage wirkte zusätzlich destabilisierend auf die Gesellschaft und die politische Situation. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 108f; Zürcher 2004: 241-277)

Pro-kurdische Anliegen wurden zu der Zeit von linksorientierten und – mittlerweile entstandenen – explizit „kurdischen“ Organisationen vertreten. 1978 wurde auch die marxistisch-leninistische *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK, Partiya Karkerên Kurdistan) von einigen Studierenden, unter ihnen Abdullah Öcalan, der bis heute ihr Vorsitzender ist, gegründet. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 109) Ihr Hauptziel war zu Beginn die Unabhängigkeit

von der Türkei und die Gründung eines eigenen kurdischen Staates. (Kirişçi/Winrow 1997: 110)

Der Militärputsch 1980 und seine Folgen

Mit der Begründung, die instabilen und chaotischen Zustände beenden zu wollen, putschten militärische Kräfte 1980 schließlich zum dritten Mal. Die Folgen trafen die gesamte Bevölkerung, besonders die politischen AktivistInnen, sehr hart. Das Parlament wurde aufgelöst, alle Parteivorsitzenden verhaftet, Gewerkschaften, Parteien und Vereine verboten. Alle vor 1980 tätig gewesenen PolitikerInnen wurden mit einem 10-jährigen Ausübungsverbot belegt. Eine neue Verfassung machte 1982 die meisten Demokratisierungsschritte, die in der letzten Verfassung (1961) festgelegt wurden, rückgängig. Die Pressefreiheit und die Möglichkeit sich in Gewerkschaften zu organisieren wurden stark eingeschränkt. Rechte von Einzelpersonen, wie das Recht auf Meinungsfreiheit, bestanden zwar grundsätzlich, konnten jedoch aufgehoben werden, wenn die nationale Sicherheit und Integrität gefährdet war, die zu schützen nun zur wichtigsten Aufgabe des Staates ernannt wurde. Allein der Gebrauch von kurdischen Sprachen sowie das Ausüben kurdischer kultureller und politischer Aktivitäten wurden teilweise als eine solche Gefahr gesehen. In den folgenden Jahren wurden zehntausende PolitikerInnen, StudentInnen, LehrerInnen und JournalistInnen – die meisten politisch linksorientiert und viele kurdisch – verhaftet und viele auch gefoltert. (vgl. McDowall 2000: 414; Kirişçi/Winrow 1997: 111; Zürcher 2004: 278ff) 1983 wurde ein Sprachverbotsgesetz beschlossen, welches festhielt, dass Türkisch die einzige Muttersprache aller türkischen StaatsbürgerInnen sei, und den Gebrauch anderer Sprachen als der türkischen sowie Veranstaltungen, welche zur Verbreitung dieser Sprachen dienten, verbot. Die militärische Präsenz in den kurdischen Regionen wurde erhöht. Viele türkische StaatsbürgerInnen, darunter ein hoher Anteil KurdInnen, flüchteten in den 1980er und 1990er Jahren nach Westeuropa. (vgl. Barkey/Fuller 1998: 64; Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 33; Van Bruinessen 1995: 3f) Auch für kurdische politische Organisationen hatte der Putsch negative Folgen:

Much of the Kurdish movement (as well as the radical left) was physically destroyed in the following years. Only the most radical, most strictly organized and most violent of the Kurdish parties, the PKK (Workers' Party of Kurdistan), succeeded in maintaining a clandestine presence inside Turkey,

in spite of the arrests and mass trials of thousands of its members and sympathizers. (Van Bruinessen 1995: 3)

Die PKK beeinflusst bis heute maßgeblich die politischen Entwicklungen in der Türkei und trug wesentlich dazu bei, dass die Kurdenfrage auf der politischen Agenda ganz nach oben rückte. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 110) Dies erreichte sie zu Beginn vor allem durch die Anwendung von Gewalt im Rahmen eines Guerillakampfes. 1984 begannen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen PKK-Guerillaeinheiten und dem türkischen Militär. Die PKK verübte außerdem, vor allem in den 1980ern und 1990ern, zahlreiche Anschläge auf ökonomische (elektrische Leitungen, Fabriken), zivile (Dörfer, Touristenorte) und militärische Ziele. Die türkische Regierung reagierte mit der Erhöhung der Militärpräsenz und der Ausrufung des Ausnahmezustands in mehreren kurdischen Provinzen sowie der Erlassung eines Anti-Terror-Gesetzes 1991. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 127-131; Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 109) Nach diesem werden bis heute regelmäßig JournalistInnen (und andere), die über die PKK oder regierungskritisch über die Lage der kurdischen Bevölkerung schreiben, wegen „Propaganda für eine terroristische Organisation“ zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt. (vgl. Bihr/Julliard 2011; Tenör 1991: 165ff) In kurdischen Provinzen wurden bereits tausende Dörfer zerstört¹². Die Auseinandersetzungen dauern – mit einigen Unterbrechungen (einseitige Waffenstillstände der PKK) und unterschiedlich intensiven Phasen – bis heute an und haben geschätzte 40.000 Tote (auf Seiten des Militärs, der PKK sowie der Zivilgesellschaft) gefordert. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 110; Østergaard-Nielsen 2002: 188)

Trotz anhaltender Repressionen gegen die Zivilbevölkerung in den kurdischen Provinzen eröffneten sich Anfang der 1990er auch Möglichkeiten für Anerkennung und Gleichberechtigung der kurdischen Minderheit. Erstmals wurde von PolitikerInnen in hohen Funktionen öffentlich von der „kurdischen Realität“ gesprochen. 1991 wurde das Sprachverbotsgesetz aufgehoben, so dass die Verwendung der kurdischen Sprache im privaten Bereich, in der Musik usw. nicht mehr verboten war. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 110; Barkey/Fuller 1998: 64, 133-136) Mehrere Parteien sprachen sich für die Aufhebung des Ausnahmezustands

12 Das Militär evakuierte und zerstörte Dörfer, damit diese der PKK nicht als Unterstützungsbasis dienen konnten. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 128-131)

in den kurdischen Provinzen und gegen die militärische Lösung der Kurdenfrage aus. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 144f) Bereits ab 1993 bewegte sich die Politik mit einem neuen Präsidenten wieder in eine andere Richtung. Dieser meinte, es gäbe in der Türkei kein „Kurden-Problem“, sondern ein „Terrorismus-Problem“ und die neue Ministerpräsidentin setzte sich zugleich für eine noch stärkere Militärpräsenz in den kurdischen Provinzen zur Lösung des Konflikts ein. (vgl. Barkey/Fuller 1998: 137f) Die erste legale pro-kurdische Partei HEP, die sich „[...] die friedliche Lösung der Kurdenfrage unter Wahrung der territorialen Integrität der Türkei zum Ziel gesetzt hatte“ (Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 111) und 1990 gegründet worden war, wurde 1993 verboten. Dies geschah, wie auch bei all ihren Nachfolge-Parteien, zuletzt bei der DTP im Jahr 2009, aufgrund des Vorwurfes mit der PKK zu kooperieren. (vgl. Barkey/Fuller 1998: 85; Der Standard Online, 11.12.2009; Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 111ff) Wegen der 10%-Hürde, die eine Partei überschreiten muss, um ins türkische Parlament zu kommen, sind pro-kurdische PolitikerInnen bis heute nur über unabhängige Kandidaturen ins Parlament gewählt worden. (vgl. Watts 2010: 161)

Viele KurdInnen, die heute in Österreich leben, haben in den 1970ern bis 1990ern die Assimilationspolitik und Diskriminierungen in der Türkei selbst erlebt. Auch meine GesprächspartnerInnen, die damals in der Türkei aufwuchsen, erzählten mir von solchen Erfahrungen. Als Kinder sollten sie in der Schule zu „TürkInnen“ erzogen werden¹³ und wurden von LehrerInnen beschimpft und geschlagen, wenn sie Kurdisch sprachen oder weil sie Türkisch nicht (gut genug) beherrschten. (Interviews Beyazgül, 29.1.11; Ayaz, 12.1.11; M. Can, 5.1.11; D. Can, 23.5.11) Eine meiner Interviewpartnerinnen wurde sich erst durch kurdenfeindliche Diskriminierung überhaupt bewusst, dass sie Kurdin ist, als sie in einer Stadt im Westen der Türkei Anfang der 1990er einen Platz in einem Studentenwohnheim beantragte:

Ich hab bei dieser Studentenwohnung gefragt und ein Mann hat zu mir gesagt: „Guck in meine Augen! Kannst du sehen, ob ich diesen Platz einem Terroristen, einem Kurden gebe?“ Direkt das hat er gesagt – eine Diskriminierung, rassistische Politik. Ich wusste es nicht, wirklich, ich wuss-

13 Bis heute müssen in staatlichen türkischen Schulen SchülerInnen wöchentlich zum Morgenappell antreten, bei welchem Sätze wie „Stolz, wer sich Türke nennen darf!“ und „Meine Existenz sei der Existenz des Türkentums gewidmet!“ aufgesagt, die Nationalhymne gesungen und die türkische Flagge gehisst werden. (vgl. taz Online, 16.6.2011)

te nicht, dass ich Kurde bin. Aber die haben mich informiert, er hat gesagt: „Du bist Kurde.“ Wirklich, danke ihm. [lacht] Ohne ihn hätte ich das vielleicht nicht erfahren.¹⁴ (Interview Beyazgül, 29.1.11)

Aktuelle Entwicklungen

Ende der 1990er und Anfang der 2000er gab es weitere Veränderungen in Bezug auf die pro-kurdische Bewegung, vor allem jene rund um die PKK. Ein besonderer Einschnitt war 1999 die Verhaftung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan (der bis heute in Einzelhaft sitzt), welche unter KurdInnen in der Türkei und in europäischen Ländern zu heftigen Reaktionen u.a. Demonstrationen, Botschaftsbesetzungen, Hungerstreiks und Anschlägen führte. Nach seiner Festnahme wurden beim Parteikongress 2000 die Ziele der PKK offiziell umformuliert, seither wird Autonomie innerhalb der türkischen Staatsgrenzen gefordert¹⁵. Die PKK änderte im Zuge ihrer Neudefinition als vordergründig politische, weniger militante Partei einige Male ihren Namen bzw. versuchte sie unter neuen Namen als legale politische Organisation aufzutreten (z.B. KADEK, KONGRA-GEL). Seit 2007 gibt es die *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans* (KCK, Koma Civakên Kurdistan). Unter der KCK vereinen sich verschiedene (u.a. Jugend-, Frauen-, Auslands-) Organisationen und legale wie illegale pro-kurdische Parteien und AktivistInnen, ihre ideologische Basis bietet die PKK und ihr Ziel ist ein „demokratischer Konföderalismus“ in der Türkei. (vgl. Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 109) Die PKK agiert nach wie vor auch unter ihrem ursprünglichen Namen, der in wissenschaftlichen wie journalistischen Texten und öffentlichen Diskussionen der am meisten gebrauchte ist.

Aus Unzufriedenheit über die politischen Schritte der Regierung und die Zunahme der militärischen Präsenz in den kurdischen Regionen beendete die PKK 2004 den bereits fünf Jahre anhaltenden einseitigen Waffenstillstand und der bewaffnete Konflikt flammte wieder auf. (vgl. Watts 2010: 114) Die Finanzierung der PKK besteht zum größten Teil aus freiwilligen

14 Zur leichteren Lesbarkeit und zum besseren Verständnis der Interviewzitate habe ich Wiederholungen sowie Füllworte/-laute gestrichen sowie grammatikalische Fehler ausgebessert. Ich habe dabei keine Änderungen vorgenommen, welche den Inhalt der Aussagen verändern könnten.

15 Bereits beim 4. Parteikongress der PKK wurde über politische Möglichkeiten der kurdischen Autonomie abseits eines separaten Staates gesprochen und Öcalan äußerte 1994, dass die Partei offen für alle Lösungen sei. (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 148)

Spenden von UnterstützerInnen weltweit, allerdings sind auch Fälle von „[...] erpressten Schutzgeldern in der Türkei und in Europa [...]“ zur Geldbeschaffung bekannt. (Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 109)

Im Vorfeld und im Zuge der Beitrittsverhandlungen mit der EU, die offiziell im Jahr 2005 starteten¹⁶, haben die EU-Mitgliedsstaaten die Türkei mehrmals aufgefordert die Defizite im Bezug auf Minderheiten-, Menschen- und allgemeine demokratische Rechte abzubauen. Dem Druck der EU wurde in einigen Bereichen nachgegeben. Von der derzeitigen Regierung unter Ministerpräsidenten Erdoğan und der *Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung* (AKP) wurden seit 2002 einige Schritte gesetzt, welche die kulturellen Rechte von KurdInnen in der Türkei erweiterten. Der Ausnahmezustand, der seit 1980 über die meisten kurdischen Provinzen ausgerufen war, wurde aufgehoben. (vgl. Watts 2010: XV, 102f, 113ff) Von KritikerInnen werden die Reformen der letzten Jahre als Schein-Reformen bezeichnet, da sie keine wirklichen demokratiepolitischen oder menschenrechtlichen Fortschritte gebracht hätten. Fehlender Kurdisch-Unterricht in Schulen und die Nicht-Anerkennung der kurdischen Minderheit stellen hier große Kritikpunkte dar (Interview Küçükyaşar, 5.7.10).

Noch bis Anfang der 2000er kam es zu Verhaftungen und Folter von (u.a. legal tätigen) pro-kurdischen AktivistInnen seitens staatlicher Autoritäten sowie zu Bürodurchsuchungen, Beschlagnahmung von Computern und Dokumenten usw. (vgl. Watts 2010: 4) Physische Angriffe haben mittlerweile abgenommen, PolitikerInnen legaler pro-kurdischer Parteien, JournalistInnen und MenschenrechtsaktivistInnen sind allerdings nach wie vor von Verhaftungen und Verurteilungen zu jahrelangen Haftstrafen betroffen. Häufig sind die Gründe die angebliche Unterstützung der PKK oder der Gebrauch von Kurdisch in Broschüren, Büchern, öffentlichen Reden, vor Gericht oder im Parlament¹⁷. Besonders BürgermeisterInnen kurdischer

16 Im Jahr 1999 wurde die Türkei offiziell zu einem Beitrittskandidaten der EU erklärt. Auf wirtschaftlicher Ebene besteht bereits seit 1995 eine Zollunion, welche den Handel zwischen EU-Staaten und der Türkei stark erhöht hat. (vgl. European Commission Webseite)

17 In den Jahren 2006 und 2007 wurden aus diesem Grund mindestens zwanzig Untersuchungen gegen MitarbeiterInnen der legalen pro-kurdischen Parteien eingeleitet. Zum Teil folgten Gerichtsverhandlungen und Strafen. (vgl. Watts 2010: 116f) Der pro-kurdische Politiker Ahmet Türk kritisiert, dass zwar der Ministerpräsident in kurdischen Regionen bei Wahlkampfreden kurdische Sätze sprechen kann, KurdInnen jedoch nach dem Parteiengesetz im Parlament nicht Kurdisch sprechen dürfen. (vgl. Der Standard Online, 25.2.2009)

Städte wurden (und werden) in großer Zahl verhaftet. Aufgrund der geringen Anzahl pro-kurdischer PolitikerInnen im Parlament sind sie wichtige politische RepräsentantInnen pro-kurdischer Anliegen. (vgl. Watts 2010: 102f, 113-120; Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 115)

Transnationale Netzwerke beobachten die Vorgänge in der Türkei und reagieren darauf. Verschiedene kurdische Organisationen europaweit starten beispielsweise Solidaritätskampagnen und Demonstrationen für inhaftierte PolitikerInnen. In einer Aussendung „an die Presse und Öffentlichkeit“ informiert der *Dachverband der kurdischen Vereine in Österreich* FEYKOM (siehe Kapitel 4.3.3) über aktuelle Verhaftungen pro-kurdischer PolitikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen und meint:

Alle Intellektuellen, Juristinnen und Juristen im In- und Ausland sind aufgerufen, gegen diesen Putsch vorzugehen. Wir werden das Hauptverfahren welches Heute [sic] am 13.01.2011 geführt wird beobachten und erhoffen uns, dass die Erdoğan-Regierung von ihrem demokratiefeindlichen Kurs abkommt. (E-Mail-Aussendung FEYKOM, 13.1.11)

Im Jänner 2009 vor den Kommunalwahlen wurde ein staatlicher kurdisch-sprachiger Fernsehsender (TRT 6) eröffnet. Die Verwendung kurdischer Sprachen in einem solchen Medium ist positiv zu bewerten, allerdings wird der Sender von manchen als staatliches Propagandamittel kritisiert. Die türkische Regierung setzt weiterhin europäische Staaten unter Druck privaten, als terroristisch erachteten kurdischen Satellitensendern, wie derzeit ROJ-TV, die Sendelizenz zu entziehen – was im Fall der Sender MED-TV und Medya-TV bereits geschehen ist. Als es im März 2010 in Belgien zu Bürodurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Computern von ROJ-TV kam, organisierten kurdische Vereine in mehreren europäischen Städten, so auch in Wien, Demonstrationen vor belgischen Botschaften.

Aufgrund persönlicher Erfahrungen und/oder der kritischen Beobachtung der Lage in Kurdistan setz(t)en sich viele emigrierte KurdInnen in Österreich politisch für eine Veränderung der Bedingungen in der Türkei ein. Ihr alltägliches Leben und auch ihre politisches Handeln gestalten sie im österreichischen Kontext.

2.3 KurdInnen in Österreich

Die Bedingungen, unter denen KurdInnen aus der Türkei nach Österreich kamen und hier leb(t)en sind ein wichtiger Aspekt bei der Beschäftigung mit kurdischen politischen Vereinen und AktivistInnen. Die vorhandenen oder fehlenden rechtlichen, ökonomischen und politischen Möglichkeiten in einem spezifischen Residenzland können die Entscheidungen, Tätigkeiten und die Gestaltung des alltäglichen Lebens von MigrantInnen beeinflussen. Diese Rahmenbedingungen werden von der österreichischen Migrationspolitik geformt, auf welcher in diesem Kapitel mein Fokus liegt. Zeitlich konzentriere ich mich dabei auf die Periode ab den 1960ern, als (arbeitsmarkt-)politische und ökonomische Entscheidungen die Immigration von Menschen aus der Türkei in Gang setzten.

Da in österreichischen Volkszählungen und Statistiken ethnische Zugehörigkeit nicht erfragt wird, gibt es keine genauen Zahlen zur kurdischen Bevölkerung in Österreich. Es wird aber geschätzt, dass im Jahr 2000 etwa 40.000 KurdInnen aus verschiedenen Herkunftsländern¹⁸ in Österreich und eine Million in ganz Europa lebten. Diese Annahmen berufen sich auf den, ebenfalls geschätzten, Prozentanteil von KurdInnen an bestimmten nationalen Gruppen, welche erhoben werden (z.B. türkische oder irakische StaatsbürgerInnen), oder auf Angaben zur Muttersprache. (vgl. Ammann 2001: 138; Verfassungsschutzbericht 2008: 63) FEYKOM gibt die Zahl der in Österreich lebenden KurdInnen mit 100.000-110.000 an, wobei nicht ersichtlich ist, woher diese Zahlen stammen. (vgl. FEYKOM Webseite 1) Die meisten KurdInnen leben in Wien, gefolgt von den Bundesländern Niederösterreich und Vorarlberg. Laut Ammann stammt der Großteil der KurdInnen in Österreich aus der Region Dersim. (vgl. Ammann 2001: 143)

Bei der Entscheidung zu emigrieren spielten in vielen Fällen sowohl ökonomische als auch politische Faktoren eine Rolle – abgesehen von anderen, individuellen Gründen. Kurdische Im-

18 Es gibt Schätzungen, dass von den insgesamt 600.000 KurdInnen, die in Deutschland leben, etwa 500.000 aus der Türkei kommen. (vgl. Ammann 2001: 140) Es ist anzunehmen, dass auch in Österreich der Großteil der KurdInnen aus der Türkei kommen. 40.000 ist etwa ein Viertel der Zahl aller türkischer StaatsbürgerInnen in Österreich im Jahr 2000. (vgl. Statistik Austria Webseite 1) Im Jahr 2010 lebten etwa 112.800 türkische StaatsbürgerInnen in Österreich sowie 163.500 Personen, die in der Türkei geboren sind. (vgl. Statistik Austria Webseite 3)

migrantInnen in politische Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen sowie deren Familienangehörige zu unterscheiden ist daher oft nicht möglich und nicht sinnvoll. Politisch Verfolgte wanderten zum Teil als ArbeitsmigrantInnen ein, weil zu bestimmten Zeiten ein sicherer Aufenthaltsstatus auf diese Weise unkomplizierter und rascher zu erlangen war. (vgl. Ammann 1997: 217ff; 2001: 128f; Østergaard-Nielsen 2001a: 266; 2003: 3)

Die ersten Personen aus verschiedenen Teilen Kurdistans kamen bereits um 1900 nach Europa. Es handelte sich bei ihnen größtenteils um Studierende aus wohlhabenden Familien. (vgl. Ammann 2004: 210f; Van Bruinessen 2000) Die zahlenmäßig relevante Migration von KurdInnen aus der Türkei nach Europa begann allerdings erst in den 1960er Jahren mit der „Erfindung der Gastarbeit“ (Perchinig 2010: 144). Dazu hatten die gegensätzlichen Entwicklungen, wirtschaftlicher Aufschwung und Arbeitskräftenachfrage in den westeuropäischen Ländern sowie wirtschaftliche Depression und hohe Arbeitslosigkeit in der Türkei, geführt. Ausländische Arbeitskräfte sollten im ökonomischen Bedarfsfall nach Österreich kommen und bei schlechter Entwicklung der Wirtschaft möglichst schnell wieder zurückkehren. Bereits im Rahmen des „Raab-Olah-Abkommens“ beschlossen die Sozialpartner (der *Österreichische Gewerkschaftsbund* ÖGB und die *Bundeswirtschaftskammer*, heutige *Wirtschaftskammer Österreich*, WKÖ) 1961 ein Kontingent von 47.000 ausländischen ArbeiterInnen, welche von den Regelungen der gesetzlich verankerten „Inländer-Bevorzugung“¹⁹ ausgenommen waren. Erst die 1964 mit der Türkei und 1966 mit Jugoslawien geschlossene Anwerbeabkommen führten zum Zuzug von mehreren Tausend ArbeitsmigrantInnen. Die *Bundeswirtschaftskammer* eröffnete Anwerbstellen in den Herkunftsländern, so z.B. auch in Istanbul, wo sich die angeworbenen ArbeitnehmerInnen gesundheitlichen Untersuchungen zu unterziehen hatten, um dann eine Stelle in einem österreichischen Unternehmen vermittelt zu bekommen. (vgl. Bauböck 1996: 12f) Das Zielland Österreich war oft keine bewusste Entscheidung – die Löhne waren beispielsweise niedriger als etwa in Deutschland oder den Niederlanden –, sondern Zufall, weil man eben von der österreichischen Stelle angeworben wurde.

19 Das bis heute existierende „Inländerprimat“ bedeutet, dass ausländische ArbeitnehmerInnen eine Stelle nur bekommen dürfen, wenn diese nicht an österreichische StaatsbürgerInnen vergeben werden kann. Diese Form der Sicherung der Beschäftigung von österreichischen StaatsbürgerInnen zieht sich in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik seit 1945 durch. (vgl. Perchinig 2010: 142-146)

Nach dem Rotationsprinzip sollten ArbeiterInnen nur für jeweils ein Jahr bleiben und dann zurückkehren – wie es schon die Bezeichnung „Gast-ArbeiterInnen“ ausdrückt. Dies schien zunächst den Bedürfnissen aller Beteiligten zu entsprechen.

Durch die Rotation ausländischer Arbeitnehmer konnte ihre Zahl kurzfristig der aktuellen Nachfrage der Unternehmer angepaßt werden; mit der garantierten Ausreise am Ende einer kontrollierten und befristeten Beschäftigung würden Ausländer keine stehende »industrielle Reservearmee« [sic] von Lohndrückern oder Streikbrechern bilden; die Arbeitsmigranten selbst könnten kurzfristig ihre Einkommen deutlich verbessern und Ersparnisse bilden, die sie in der Heimat investieren würden, was letztlich auch den Volkswirtschaften der Herkunftsstaaten zugute käme. (Bauböck 1996: 12)

Sehr bald wurde jedoch auf Druck der ArbeitgeberInnen, welche die neu angelernten ArbeitnehmerInnen nicht bereits nach einem Jahr wieder verlieren wollten, auf deren Rücksendung verzichtet. Dies kam auch den Beschäftigten entgegen, die meist nach einem, und auch nach zwei, drei und mehr Jahr(en) das erhoffte Geld noch nicht zusammengespart hatten. (vgl. Bauböck 1996: 12f)

Es wurden aber auch weiterhin neue Arbeitskräfte gebraucht. Ihre Rekrutierung fand ab Ende der 1960er immer öfter über persönliche Kontakte statt. Unternehmen forderten bestimmte Personen, meist Verwandte und Bekannte der bereits beschäftigten ArbeiterInnen, direkt über Namenslisten an oder diese reisten mit Touristenvisa ein und erhielten in Österreich relativ rasch und unkompliziert eine Beschäftigungsbewilligung. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften für bestimmte Sektoren (z.B. Textilindustrie) und den Niedriglohnbereich, kamen außerdem immer mehr Frauen zum Arbeiten nach Österreich. (vgl. Bauböck 1996: 13)

Mit der steigenden Zahl von ausländischen MigrantInnen stellte sich für die Gewerkschaften die Frage, wie sie mit dieser Gruppe von ArbeitnehmerInnen umgehen sollten. Laut Bauböck befand sich der ÖGB in den 1970ern in einem Dilemma:

Er konnte entweder ausländische Arbeiter primär als (potentielle) Mitglieder ansprechen, deren Interessen gegenüber Unternehmern vertreten und Interessenkonflikte zwischen ihnen und einheimischen Arbeitern solidarisch ausgleichen, oder seinen Einfluß auf die Zulassung von Ausländern zum Arbeitsmarkt als Druckmittel in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen einsetzen, den Inländervorrang bei Neueinstellungen und den Ausländerabbau bei Arbeitslosigkeit forcieren. Der ÖGB ent-

schied sich dafür, Ausländer zwar als einfache Mitglieder zu rekrutieren, aber gab im Allgemeinen der zweiten Strategie den Vorrang. (Bauböck 1996: 15)

1973 wurde aufgrund der Wirtschaftskrise ein „Anwerbestopp“ beschlossen, welcher jedoch nicht zum Ende der Einwanderung führte. Sie verlegte sich lediglich vermehrt auf Immigration im Rahmen des Familiennachzugs. (vgl. Perchinig 2010: 146) Das Nachholen der Familie bzw. die Familiengründung in Österreich war ein weiterer Schritt in Richtung dauerhafte Niederlassung. Es war in den 1970ern bereits ersichtlich, dass viele der ursprünglich temporären MigrantInnen bleiben würden. Die auf „GastarbeiterInnen“ zugeschnittenen rechtlichen Bedingungen wurden aber kaum verändert. Die gesellschaftliche und politische Integration von EinwanderInnen wurde nach wie vor kaum gefördert und auf dem Arbeitsmarkt wurden österreichische StaatsbürgerInnen weiterhin bevorzugt. (vgl. Bauböck 1996: 13-15) Der Arbeitsmarktzugang wurde weiterhin neben – und nicht in Verbindung zu – Aufenthalts- und Niederlassungsrechten geregelt. Ein gültiger Aufenthaltstitel beinhaltete also nicht automatisch die Möglichkeit in Österreich einer Arbeit nachzugehen und umgekehrt. Es waren nach wie vor die Sozialpartner für die Migrationspolitik zuständig, welche diese nach wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen gestalteten. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 84, 93)

Die Zahl von AsylwerberInnen aus der Türkei stieg in Österreich ab Mitte der 1970er von einigen wenigen pro Jahr auf 120 Personen im Jahr 1980 an. (vgl. Fercher 1995: 70f) Viele davon waren AktivistInnen politisch linksorientierter Organisationen oder Parteien, in denen KurdInnen einen überproportionalen Anteil stellten. (vgl. Ammann 2004: 217f, 2001: 122) Vor allem aber der Militärputsch in der Türkei 1980 und seine Folgen führten zu verstärkter Emigration aus der Türkei (siehe Kapitel 2.2). Mehr Menschen als zuvor, unter ihnen vor allem politische AktivistInnen, JournalistInnen, Intellektuelle und StudentInnen, suchten in europäischen Staaten um Asyl an. (vgl. Ammann 2004: 217f, Van Bruinessen 2000) Ab Mitte der 1980er stiegen in Österreich die Asylanträge von türkischen StaatsbürgerInnen stark an, 1989 waren es bereits über 3.000. Die Folgen des Putsches und des bewaffneten Konflikts zwischen PKK und Militär wirkten sich besonders in den kurdischen Provinzen negativ aus.

Daher ist anzunehmen, dass ein großer Teil der AsylwerberInnen aus der Türkei kurdisch war. (vgl. Fercher 1995: 87f; Waldrauch/Sohler 2004: 91, 252)

Ab den 1990ern kam es langsam zu migrationspolitischen Veränderungen, welche der Tatsache der permanenten Einwanderung gerecht zu werden versuchten. (vgl. Perchinig 2010: 147f) Ein wichtiger Schritt war, dass die Migrationspolitik nun dem Innenministerium zugeordnet wurde und nicht mehr die Sozialpartner diesen Bereich dominierten. (vgl. Bauböck 1996: 16f) 1993 wurden ein neues Aufenthalts- und ein neues Fremdenrecht beschlossen. Diese hatten eine strikte Regulierung von Migration nach Österreich zum Ziel. Resultate der neuen gesetzlichen Lage waren ein erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt für AusländerInnen und geringere Möglichkeiten einen sicheren Aufenthaltstitel zu erlangen. (vgl. Perchinig 2010: 148f) Das Aufenthaltsgesetz beinhaltete u.a.

[...] jährliche Zuwanderungsquoten²⁰ [...]; die Notwendigkeit der Beantragung eines Aufenthaltstitels im Ausland [...]; Aufenthaltstitel, die nur für einen bestimmten Aufenthaltsweg gelten [...] und die Notwendigkeit des Nachweises einer ‚ortsüblichen‘ Unterkunft bei der Verlängerung des Aufenthaltstitels. (Waldrauch/Sohler 2004: 85)

Es legte außerdem das Recht auf Familienzusammenführung fest, jedoch waren Familienmitglieder nicht von den Zuwanderungsquoten ausgenommen. Dadurch entstanden teilweise lange Wartezeiten für Familienzusammenführungen. (vgl. Kraler 2010: 75)

Im Asylgesetz 1992 wurden Verschärfungen wirksam, die den angeblichen „Asylmissbrauch“ – ein Begriff der bis heute die öffentlichen Diskussionen und politischen Entscheidungen zum Thema Asyl prägt – verhindern sollten²¹. Zum Beispiel wurde damals die „Drittlandsklausel“ festgelegt, nach welcher Asylsuchende im ersten „sicheren Drittstaat“, in den sie einreisen, um Asyl ansuchen müssen. Praktisch alle Asylsuchende in Österreich, die über den Landweg gekommen sind, können seitdem bei Feststellung ihrer Reiseroute in einen zuständigen anderen Staat zurückgewiesen werden – obwohl nicht alle der „sicheren Drittstaaten“ hu-

20 Zuwanderungsquoten legen jährliche Höchstzahlen für die Vergabe der einzelnen Aufenthaltstitel fest.

21 Die Änderungen im Asylgesetz zeigten ihre Wirkung: ab 1992 ist eine starke Abnahme der Asylanträge zu verzeichnen. (vgl. Fercher 1995: 87f)

mane Bedingungen oder notwendige psychische Betreuung für Asylsuchende bieten. (vgl. Bauböck 1996: 21; Waldrauch/Sohler 2004: 90)

Wie Bauböck darstellt, zeigen sich migrationspolitische Strategien nicht nur anhand von veränderten Einreise-, Fremden- und Asylgesetzen:

Ebenso wichtig wie die Asyl- und Fremdenrechtsreform der Jahre 1991-93 ist jedoch die Nichtreform der anderen Rechtsgrundlagen der Migrationspolitik: Das AuslBG [Ausländerbeschäftigungsgesetz], das Staatsbürgerschaftsgesetz und die zahlreichen diskriminierenden Bestimmungen bezüglich sozialer Rechte wurden praktisch unverändert beibehalten. Die [...] Einwanderer werden nach wie vor durch rechtliche Beschränkungen ihrer Freizügigkeit, ihrer sozialen Sicherheit (etwa durch überwiegenden Ausschluß von der Notstands- und Sozialhilfe), des Wohnungsangebots (durch mangelnden Zugang zu geförderten und kommunalen Wohnungen) und der betrieblichen und politischen Eigenvertretung ihrer Interessen in die Position einer Unterklasse gedrängt und in ihren sozialen Aufstiegschancen blockiert. (Bauböck 1996: 23)

Mitte der 1990er wurde schließlich der Grundsatz „Integration vor Neuzuzug“ festgelegt, der die Migrationspolitik bestimmen sollte²². Integration wurde dabei mehr als Anpassungsleistung der ZuwanderInnen verstanden, denn als Aufgabe des Staates MigrantInnen in alle gesellschaftlichen Bereiche zu inkludieren. 1997 wurde eine Fremdenrechtsnovelle („Integrationspaket“) beschlossen, welche eine stufenweise Verfestigung des Aufenthaltsstatus von Drittstaatsangehörigen²³ je nach Länge der Aufenthaltsdauer vorsah. Nach fünfjährigem Aufenthalt bestand bei Erfüllung aller anderen Voraussetzungen die Möglichkeit einen unbefristeten Aufenthaltstitel zu erlangen. Gleichzeitig wurde allerdings die Einwanderung von Familienangehörigen erschwert, da sie als „Neuzuzug“ nachrangig war. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 86f; Perchinig 2010: 149)

Seit Ende der 1990er Jahre nimmt die EU in der nationalen Migrations- und Asylpolitik eine entscheidende Rolle ein. Ihr Ziel ist die Angleichung des Fremdenrechts innerhalb der EU.

22 Durch den EU-Beitritt von Österreich (1995) änderte sich die rechtliche Lage türkischer StaatsbürgerInnen geringfügig, da nun das EG-Assoziationsabkommen mit der Türkei wirksam wurde, welches einen besseren Status im Sozial- und Arbeitsrecht bewirkte. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 253)

23 Drittstaatsangehörige sind StaatsbürgerInnen von Staaten, die dem Europäischen Wirtschaftsraum (EU, Norwegen, Island) nicht angehören.

Dazu wurden bereits zahlreiche Verordnungen und Richtlinien beschlossen, die von den Mitgliedstaaten implementiert werden müssen. (vgl. Schumacher/Peyrl 2006: 15f) Das wichtigste Projekt der Migrations- und Asylpolitik der EU scheint dabei die Sicherung der EU-Außengrenzen gegen ungewollte „Flüchtlingsströme“ zu sein. (vgl. Schmidinger 2010: 37)

In Österreich nahmen in den 1990ern, neben Diskussionen über die Integration von MigrantInnen auch fremdenfeindliche Tendenzen in gesellschaftlichen und politischen Sphären zu. Die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) gewann ab 1986 durch die Gegenüberstellung von „uns ÖsterreicherInnen“ und den („uns“ bedrohenden) „AusländerInnen“ immer mehr Stimmenanteil bei Wahlen. (vgl. Strasser 2009b: 97, 99f) Bei den Nationalratswahlen 1999 erreichte sie über 27% der Stimmen und koalierte ab 2000 mit der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) in der Regierung. Der Eintritt der rechtspopulistischen FPÖ in die Regierung löste in großen Teilen der Bevölkerung und bei vielen Regierungen in Europa Empörung aus. Die EU erließ Sanktionen und über einen langen Zeitraum fanden regelmäßig Demonstrationen gegen die „Schwarz-Blaue-Regierung“ statt.

Diese Entwicklungen führten dazu, dass der Status von MigrantInnen in Österreich, Migrationspolitik und (Anti-)Rassismus zu Kernthemen öffentlicher Diskussionen wurden, an denen sich vermehrt auch MigrantInnen(-vereine) beteiligten. (vgl. Strasser 2009b: 102-106) „Die Möglichkeit sich einzubringen und nicht mehr nur zuzuhören (wie bei der Waldheim-Affäre) ergab sich 1999, als die Spannungen in der Gesellschaft und die europaweite Zunahme von Rechtsradikalismus und Rassismus, Politik und Medien den Zugewanderten mehr Aufmerksamkeit schenkten.“ (Strasser 2009b: 253f)

Eine Novellierung des Fremdengesetzes erschwerte ab 2002 erneut die Neuzuwanderung. Die Möglichkeit der Einwanderung besteht seither nur für „Schlüsselkräfte“ und „befristet beschäftigte Fremde“²⁴, während für „einfach qualifizierte Arbeitskräfte“ die Neuzuwanderung, abgesehen von der Familienzusammenführung, unmöglich ist. (vgl. Schumacher/Peyrl 2006:

24 „Schlüsselkräfte“ sind sehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte oder Angehörige von Berufsgruppen, die in Österreich zu gering vertreten sind. Die „befristet beschäftigten Fremden“ (Saisoniers) sind, ähnlich den „GastarbeiterInnen“ der 1960er und 1970er, zur temporären Arbeit in Österreich berechtigt, haben jedoch auch nach mehrmaliger Verlängerung des Aufenthaltstitels kein Recht auf dauerhafte Niederlassung oder das Nachholen von Familienangehörigen und sind sozialrechtlich benachteiligt. (vgl. Schumacher/Peyrl 2006: 64f)

64f) In der gleichen Novelle wurde auch die „Integrationsvereinbarung“ beschlossen, welche Neuzuwanderer verpflichtet einen Deutsch-Integrationskurs zu absolvieren, der neben Deutschkenntnissen auch europäische und demokratische Grundwerte vermitteln soll. (Schumacher/Peyrl 2006: 147)

In einer Novelle 2003 kam es zu Verschärfungen des Asylgesetzes. Hatten seit 2000 die Asylanträge türkischer StaatsbürgerInnen zugenommen (im Jahr 2002: 3.561), so ist danach eine stetige Abnahme zu verzeichnen. Im Jahr 2005 suchten nur 1.064 Personen aus der Türkei um Asyl an, im Jahr 2010 nur mehr 369. (vgl. BMI Asylstatistik 2002-2010; Waldrauch/Sohler 2004: 252)

Die Tendenz immer restriktivere Einwanderungs- und Asylgesetze zu schaffen, Einschränkungen der Rechte von Drittstaatsangehörigen vorzunehmen und den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu erschweren, dauert bis heute an. Das Fremdenrechtspaket 2005, von ÖVP, FPÖ und der *Sozialdemokratischen Partei Österreichs* (SPÖ) beschlossen, brachte weitere Verschärfungen. (vgl. Schumacher/Peyrl 2006: 15) Eine Folge der verspäteten Reaktion der österreichischen Migrationspolitik auf die Entwicklung von temporärer zu permanenter Immigration ist die bis heute bestehende strukturelle Benachteiligung von MigrantInnen, auch jenen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Beispielsweise sind Aufstiegs- und Ausbildungschancen von MigrantInnen verhältnismäßig gering und in Österreich geborene Kinder von MigrantInnen werden im Bildungswesen generell nicht ausreichend gefördert, um einen sozialen Aufstieg zu schaffen. (vgl. Schmidinger 2010: 37f)

Mittlerweile wandern türkische StaatsbürgerInnen fast ausschließlich über die quotenpflichtige Familienzusammenführung ein. Seit die türkische Regierung unter der AKP einige Zugeständnisse in Bezug auf die kulturellen Rechte der kurdischen Bevölkerung gemacht hat, ist es für KurdInnen schwieriger in Österreich Asyl zu erlangen. Aktuell (2011) sind erneut Novellierungen der Fremdengesetze geplant, nach welchen z.B. Deutschkenntnisse bereits vor dem Zuzug nachgewiesen werden müssen. Wo und wie es in Regionen wie Südostanatolien möglich sein soll einen zertifizierten Deutschkurs abzulegen, bleibt vonseiten der Gesetzgeber ungeklärt.

Die zahlreichen rechtlichen Änderungen im Bereich von Migration und Asyl seit den 1990ern machen es nicht nur für Betroffene, sondern auch für MitarbeiterInnen von Bera-

tungsstellen und Vereinen und selbst für Angestellte in den zuständigen Behörden äußerst schwierig den Überblick zu behalten.

Drittstaatsangehörige sind auch im Bereich der politischen Partizipation gegenüber österreichischen StaatsbürgerInnen benachteiligt (siehe Kapitel 5.3). Trotzdem waren und sind kurdische MigrantInnen in Österreich auf vielfältige Weise politisch aktiv – beispielsweise in kurdischen Vereinen.

2.4 Kurdische politische Vereine in Österreich

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wurden (und werden) MigrantInnen nur selten als politische AkteurInnen wahrgenommen, obwohl sie auf unterschiedliche Weise an politischen Entwicklungen beteiligt sind und diese zu beeinflussen versuchen. (vgl. Strasser 2009b: 111f; Martiniello 2006: 85f) In diesem Kapitel gebe ich einen historischen Überblick über eines der politischen Betätigungsfelder von kurdischen MigrantInnen, nämlich die Arbeit in kurdischen politischen Vereinen in Wien.

Bei der Recherche zur Geschichte kurdischer Vereine in Wien ergaben sich einige Probleme. Die Angaben zu Vereinsnamen und ihre Übersetzungen ins Deutsche sowie die Jahreszahlen von Gründung, Auflösung, Teilung oder Umbenennung der Vereine stimmten innerhalb der themenspezifischen Literatur und mit den Aussagen meiner InterviewpartnerInnen nicht immer überein. Diese Abweichungen – zusammen mit den relativ häufigen Neugründungen, Abspaltungen, Auflösungen und Umbenennungen von Vereinen – machen es schwer, sich einen Überblick zu verschaffen.

Ich habe mich um eine genaue und fehlerlose Darstellung bemüht, kann aber nicht die Richtigkeit aller Angaben oder die Vollständigkeit der Aufzählung kurdischer politischer Vereine in Österreich garantieren.

Viele AutorInnen²⁵, die über KurdInnen außerhalb ihrer Herkunftsregionen geschrieben haben, betonen die starke transnationale Vernetzung auf sozialer und politischer Ebene. Auch wenn längst nicht alle KurdInnen in europäischen Staaten in solche Netzwerke eingebunden sind, stellen sie doch für viele einen Grundbestandteil ihrer Lebensgestaltung dar.

[Kurden in Europa] unterhalten ausgeprägte transnationale Netzwerke, das bedeutet, sie haben individuell und organisiert einen engen Bezug zu ihren Herkunftsregionen und Herkunftsgesellschaften wie auch zu den Regionen und Gesellschaften in denen sie derzeit leben [...]. Sowohl die alte als auch die neue ‚Heimat‘ besteht für die Kurden aus Segmenten, aus Teilen unterschiedlicher Nationalstaaten und aus gesellschaftlichen Nischen in verschiedenen Ländern. Zwischen diesen Segmenten gibt es komplexe Beziehungen. (Ammann 2004: 209)

Da in der Türkei pro-kurdische Tätigkeiten seit jeher verfolgt werden (früher anders als heute), waren und sind die politischen Tätigkeiten von AktivistInnen im Ausland bedeutend für die pro-kurdische Bewegung. Durch den Aufenthalt von politisch aktiven KurdInnen in verschiedenen Ländern entstanden transnationale Netzwerke, die pro-kurdische Strategien und Ideen entwickelten sowie Aktivitäten planten und umsetzten. Laut Van Bruinessen war die Imagination eines eigenen Staates „Kurdistan“ überhaupt erst durch das Zusammentreffen politisch interessierter KurdInnen aus verschiedenen Herkunftsländern im Exil möglich geworden. (vgl. Van Bruinessen 2000)

Eine der ersten transnationalen kurdischen Organisationen war die 1956 in Deutschland gegründete *Kurdish Students Society in Europe* (KSSE)²⁶. Ihre Mitglieder waren größtenteils aus dem Irak, weshalb diese insbesondere die dortigen Ereignisse verfolgten. Ab den 1960ern traten jedoch vermehrt KurdInnen aus der Türkei bei. (vgl. Ammann 2001: 339) Die Organisation betrieb ab 1962 eine Zeit lang eine geheime Zweigstelle in Istanbul, die aber entdeckt und verboten wurde. Die KSSE und die ersten kurdischen Vereinigungen in europäischen Ländern generell waren, gemessen an ihrer Reichweite und Mitgliederzahlen nicht sehr groß. Interessant ist allerdings, dass bereits diese Organisationen transnational agierten und vernetzt wa-

25 Siehe Wahlbeck (2001), Ammann (2004), Van Bruinessen (2000) und Østergaard-Nielsen (2003).

26 Kurdische Studierende hatten in der Schweiz bereits 1949 die *Vereinigung kurdischer Studenten in Europa* gegründet. Allerdings waren kaum KurdInnen aus der Türkei darin vertreten.

ren. (vgl. Ammann 2001: 119, 2004: 210f; Van Bruinessen 2000) Laut einer Interviewpartnerin war die KSSE bis in die 1990er auch in Österreich tätig, wo sie mit dem von mir untersuchten kurdischen StudentInnenverein YXK zusammenarbeitete. Allerdings konnte ich dazu keine weiteren Informationen finden. (Interview D. Can, 23.5.11)

ArbeitsmigrantInnen aus der Türkei mit unterschiedlichen ethnischen, religiösen und politischen Zugehörigkeiten organisierten sich in den Zielländern in den 1960er und 1970er Jahren vor allem in eigenen ArbeiterInnenvereinen. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 46) In Österreich wurde beispielsweise 1968 der *Türkische Arbeiter- und Jugendverein* (Kroissenbrunner 1996: 85) und 1973 der *Arbeiterverein aus der Türkei* (Gächter et al. 2004: 37) gegründet. Diese Vereine dienten vor allem als soziale Treffpunkte für MigrantInnen, die häufig alleine, ohne Familie, nach Österreich gekommen waren. Es wurde dort aber auch Unterstützung bei verschiedenen sozialen, rechtlichen und bürokratischen Problemen geboten. Politische Tätigkeiten spielten in den Vereinen keine große Rolle. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 232) Kurdische ArbeitsmigrantInnen waren zu Beginn hauptsächlich in diesen Vereinen aktiv, sie sahen sich auch der Gruppe der „türkischen GastarbeiterInnen“ zugehörig. (vgl. Østergaard-Nielsen 2002: 188)

Most of these migrants thought of themselves primarily as Turks in Europe, however, even if they belonged to such ethnic or religious minority groups in Turkey as the Kurds or the Alevis. Many of them had internalised, or were reluctant to challenge, Turkey's official doctrine that every citizen of Turkey is a Turk. Only gradually did these immigrants in Europe 'rediscover' or dare to emphasise their Kurdish identity. This process of rediscovery, which owes much to the activities of Kurdish students, and later of political refugees, is still going on. (Van Bruinessen 2000)

Die meisten meiner InterviewpartnerInnen wurden sich erst als Jugendliche oder Erwachsene (u.a. durch das Zusammentreffen mit pro-kurdischen AktivistInnen) in den 1980er und 1990er Jahren, bewusst, dass sie KurdInnen sind. Die Eltern und Großeltern bezeichneten sich gemäß der türkischen Staatsideologie als „TürkInnen“ oder verheimlichten bewusst die kurdische Herkunft vor den Kindern, um diese vor den Schwierigkeiten und Gefahren zu bewahren, denen KurdInnen in der Türkei ausgesetzt waren.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei hatten auch Auswirkungen auf die Organisation von KurdInnen im Ausland. Das Bewusstsein über die eigene ethnische Identität unter KurdInnen stieg in der Türkei, insbesondere unter politischen AktivistInnen und StudentInnen. Als diese ab den 1970ern vermehrt nach Europa migrierten, führte dies dazu, dass auch in den Residenzländern, vor allem in Deutschland, viele ihre kurdische Identität (wieder-)entdeckten und betonten. Es wurden immer mehr explizit kurdische Organisationen gegründet. (vgl. Ammann 2001: 156f)

In Österreich organisierten kurdische Vereine oder einzelne Personen laut Waldrauch und Sohler ab den 1970ern kurdische Sprachkurse und kulturelle Veranstaltungen. Der meines Wissens früheste explizit kurdische Verein in Österreich war der *Kurdische Arbeiterverein*, der 1979 gegründet wurde und sich später in *Kurdischer Arbeiter- und Studentenverein* umbenannte. Der ÖGB stellte dem Verein für Versammlungen Räume zur Verfügung. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 238ff)

Auch der Militärputsch 1980 und seine Folgen, vor allem die Verfolgung, Verhaftungen und Folter politischer AktivistInnen und die Verbote von zahlreichen Organisationen und Parteien, hatten starke Auswirkungen auf die Entwicklungen in den Zielländern von EmigrantInnen aus der Türkei. Tausende politische AktivistInnen und Studierende, darunter viele KurdInnen, flüchteten in europäische Länder und trugen dort maßgeblich zur Politisierung der kurdischen Bevölkerung bei. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 33; Falk 1998: 83) Unter den Flüchtlingen befanden sich u.a. Mitglieder von in der Türkei verbotenen Parteien, wie der *Sozialistischen Partei Kurdistans* (PSK, Partiya Sosyalîst a Kurdistan) und der PKK. Diese mobilisierten innerhalb der bestehenden türkeiorientierten Organisationen Mitglieder für ihre Anliegen oder gründeten eigene Vereine. Zu dieser Zeit kam es zu Aufspaltungen und Neugründungen von Vereinen, häufig entlang parteipolitischer Linien. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 234, 240)

Gegen Ende der 1980er Jahre wurden der *Solidaritätsverein der Arbeiter und Studenten Kurdistans* (HEVKOM) und das *Kurdische Informationsbüro* (KIB) – einer der von mir untersuchten Vereine (siehe Kapitel 4.3.4) – gegründet. KIB vereinte damals jene AktivistInnen und Gruppierungen, die mit der PKK sympathisierten. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 241f)

In den 1990ern wurden weitere kurdische soziale, kulturelle, religiöse und/oder politische Vereine – viele von KünstlerInnen, AkademikerInnen und StudentInnen – gegründet. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 266ff) Die Veränderungen innerhalb der kurdischen Organisationslandschaft in Österreich waren nach wie vor eng mit den Entwicklungen in der Türkei verbunden. Die Aktivitäten der PKK und die Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung im Rahmen des politischen sowie militärischen Vorgehens gegen die PKK waren nach wie vor sehr präsent und erste legale pro-kurdische Parteien bemühten sich um eine politische Vertretung im Parlament. Zu Beginn der 1990er Jahre gab es über 200 kurdische Organisationen und Einrichtungen in ganz Europa. Die meisten davon befanden (und befinden) sich in Deutschland und Frankreich, den europäischen Ländern mit der höchsten kurdischen Bevölkerungszahl. Aber selbst in Ländern, in denen nur wenige KurdInnen leben, wie beispielsweise in Finnland, entstanden kurdische Organisationen. (vgl. Ammann 2001: 158ff)

Auch in Österreich wurden Anfang der 1990er einige kurdische politische Vereine gegründet, darunter die von mir untersuchten Vereine (außer KIB). Diese orientierten sich an und vernetzten sich mit politisch gleichgesinnten Organisationen und Parteien in der Türkei und in Deutschland. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 276; siehe zu den einzelnen Vereinen im Detail Kapitel 4.3) Der *Dachverband der kurdischen Vereine in Österreich* FEYKOM wurde 1992 als Dachorganisation der PKK-nahen Vereine gegründet. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 269) Die Entwicklung eigener kurdischer Frauenorganisationen in der Türkei (u.a. innerhalb der PKK) veranlasste Kurdinnen in Österreich sich Anfang der 1990er in einem *Kurdischen Frauenverein* (seit 2007: „Avesta“) zu organisieren. (Interview Güleryüzü, 1.12.10) Ebenfalls zu dieser Zeit fanden sich politisch interessierte kurdische StudentInnen in Wien zusammen und gründeten den *Verein für StudentInnen aus Kurdistan* (YXK, Yekîtiya Xwendevanên Kurdistan), kurz nachdem der gleichnamige Schwesternverein in Deutschland gegründet worden war. (Interview D. Can, 23.5.11) Der *Verein für ImmigrantInnen aus Kurdistan* KOMKAR, der von SympathisantInnen der PSK bereits 1978 in Deutschland gegründet worden war, besteht in Österreich seit 1995.

Die PKK hatte sich in Europa zur stärksten kurdischen politischen Gruppierung entwickelt²⁷. Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt 1999, dass sich 11.000 Mitglieder der PKK in Deutschland aufhielten. (vgl. Østergaard-Nielsen 2002: 188) Der österreichische Verfassungsschutz ging 1997 von „400 Aktivisten und 4000 Sympathisanten“ der PKK im Land aus. (Verfassungsschutzbericht 1997: 41) Die PKK hatte in Österreich keinen offiziellen Ableger. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 240) Allerdings eröffnete die *Nationale Befreiungsfront Kurdistans* (ERNK, Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan), der damalige politische nicht-militärische Arm der PKK, 1995 ein Büro in Wien. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 268; Strohmeier/Yalçın-Heckmann 2010: 109)

Nach KOMKAR (1995) ist mir keine Gründung anderer politischer kurdischer Vereine bekannt. Die Vereine, die ich untersuche (KIB, FEYKOM, Avesta, YXK, KOMKAR), sind also meines Wissens in Wien die letzten, die gegründet wurden, und sie bestehen bis heute. Østergaard-Nielsen (2003: 62) beobachtet in Deutschland, dass kurdische Vereine nicht in solche mit transnationaler Ausrichtung und solche mit Ausrichtung auf das Residenzland unterschieden werden können. Das gilt auch für die von mir untersuchten Vereine. Diese reagieren in ihrer Arbeit sowohl auf politische Entwicklungen in der Türkei als auch auf jene (v.a. migrationspolitische) in Österreich. Ihre Tätigkeiten und die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit haben sich seit ihrer Gründung bis heute außerdem verändert (siehe Kapitel 4 und 5).

* * *

Ich habe in diesem Kapitel einen historischen Überblick über die Bedingungen unter denen KurdInnen aus der Türkei nach Österreich kamen und über die Entstehung kurdischer politischer Vereine in Wien geboten.

27 Die PKK findet unter KurdInnen generell eine breite Unterstützung. Natürlich gibt es aber auch viele KurdInnen, die ihr kritisch gegenüberstehen. Kritisiert wird u.a. ihre gewählte Methode des bewaffneten Kampfes und dass sie (früher) keine anderen pro-kurdischen Organisationen und Meinungen toleriert(e). (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 214; siehe auch Interview mit Kemal Burkay in Today's Zaman Online, 21.3.2011) KOMKAR-Deutschland meinte, dass ihre eigene Arbeit aufgrund der PKK erschwert wurde, da KurdInnen in Deutschland durch deren Tätigkeiten unter dem Generalverdacht von Terrorismus standen. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 63, 83)

Mit der Ausrufung der Türkischen Republik begann eine Epoche der kulturellen Unterdrückung von KurdInnen und der Verfolgung pro-kurdischer AktivistInnen, sowie all jener, die für solche gehalten wurden. Kurdische Regionen sind gegenüber anderen Gebieten in der Türkei wirtschaftlich benachteiligt, die Arbeitslosigkeit ist höher und die (Aus-)Bildungschancen sind niedriger. Der bewaffnete Konflikt zwischen PKK-Guerilla und dem türkischen Militär erschwerte die Lebensbedingungen zusätzlich. All das sind strukturelle Gründe für die Migration von KurdInnen in andere Teile der Türkei und ins Ausland, u.a. nach Österreich.

Wie ich gezeigt habe, hat die österreichische Migrationspolitik seit den 1960er Jahren einige Wandlungen durchgemacht. Nachdem zu Beginn die Immigration von ausländischen ArbeitnehmerInnen von der Regierung und den Sozialpartnern bewusst gefördert wurde, dauerte es fast dreißig Jahre bis die Politik die Tatsache akzeptierte, dass eine große Zahl von EinwanderInnen sich dauerhaft in Österreich niedergelassen hatte. Die Reaktionen waren die massive Einschränkung von Neuzuzug und langsame Versuche, bereits niedergelassene MigrantInnen zu integrieren. Seit Ende der 1990er gibt es die Tendenz die Rechte von Drittstaatsangehörigen und AsylwerberInnen einzuschränken sowie die Einbürgerung und Einwanderung zu erschweren. Wie die Migrationspolitik und die geringen Möglichkeiten der politischen Partizipation von MigrantInnen die Entstehung und Ausrichtung von kurdischen politischen Vereinen beeinflussen können, zeige ich in Kapitel 5.

Kurdische MigrantInnen haben sich in den 1960er und 1970er Jahren – zuerst in „türkischen“, dann auch in „kurdischen“ – ArbeiterInnen- und StudentInnenvereinen organisiert. Aufgrund der politischen Ereignisse in der Türkei und der vermehrten Einwanderung pro-kurdischer AktivistInnen in europäische Länder, entstanden dort kurdische politische Organisationen. In Österreich wurden ab Ende der 1980er pro-kurdische Vereine gegründet – darunter die von mir untersuchten. Sie organisierten sich entlang parteipolitischer Linien und in Anlehnung an bestehende Organisationen in der Türkei und in Deutschland. Ihre Anliegen und Tätigkeiten können zu einem großen Teil als transnational bezeichnet werden.

3 Politischer Transnationalismus

In diesem Kapitel stelle ich theoretische Ansätze zu Transnationalismus dar. Im ersten Abschnitt (3.1) geht es um die Entwicklung und um Theorien der transnationalen Studien (*transnational studies*) innerhalb der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung. Im zweiten Teil (3.2) konzentriere ich mich auf Ansätze zu „transnationalen politischen Aktivitäten“ und die Eingrenzung des Begriffs. Danach (3.3) gehe ich der Frage nach, welche Faktoren die Entstehung und Ausformung transnationaler Tätigkeiten und Beziehungen beeinflussen können. Dabei liegt mein Fokus auf dem Einfluss von Nationalstaaten, besonders jenem von den Residenzländern der politischen AkteurInnen.

3.1 Transnationale Studien

Der Begriff „transnational“ wurde zuerst in der Ökonomie eingeführt und beschreibt dort Firmen, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg dezentral organisiert sind und „[...] durch ihre Wirtschaftsmacht auch politische Entscheidungen in den Ländern ihrer Niederlassungen beeinflussen können“. (Strasser 2009a: 72) Als neues Forschungsfeld in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung begründeten drei Anthropologinnen die transnationalen Studien. Linda Basch, Nina Glick Schiller und Cristina Blanc-Szanton stellten im Zuge ihrer empirischen Forschung zu Menschen aus Haiti, den Philippinen und der Karibik, die in in den USA leben, fest, dass klassische Konzepte der Migrationsforschung die Lebensstile von heutigen MigrantInnen nicht (mehr) erfassen können. (Basch et al. 1997) Daher entwarfen sie ein eigenes Konzept zur Erklärung der neuen Phänomene, die sie beobachteten und welche sie unter dem Begriff „transnationalism“ zusammenfassten. Damit beschreiben sie „[...] the processes by which immigrants forge and sustain multi-stranded social relations that link together their so-

cieties of origin and settlement. We call these processes transnationalism to emphasize that many immigrants today build social fields that cross geographic, cultural, and political borders.“ (Basch et al. 1997: 7)

Ihrer Argumentation zufolge gestalten MigrantInnen – nun „TransmigrantInnen“ – ihr Leben nicht (mehr) nur im Residenzland, sondern halten Verbindungen zum Herkunftsland aufrecht. Ihre transnationalen Aktivitäten, Beziehungen und Netzwerke sind vielfältig und bestehen auf politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Ebene. Beispiele sind u.a. das regelmäßige physische Überschreiten von Grenzen (um ins Herkunftsland zu reisen), das Senden von Gütern oder Geld (*Remittances*²⁸) ins Herkunftsland oder das politische Engagement in einem anderen Land als dem Residenzland. Transnationale Lebensweisen entwickelten sich bedingt durch Kapitalismus und Globalisierung²⁹. Die Entstehung einer einzigen globalen Arbeitsteilung verstärkte die Migration von wirtschaftlich schwachen in wirtschaftlich starke Länder, wobei MigrantInnen in den Zielländern meist unter prekären Bedingungen leben. (vgl. Glick Schiller et al. 1997: 87, 91; Basch et al. 1997; Guarnizo et al. 2003: 1218) Transnationale Existenzen sind eine Möglichkeit das eigene soziale (und ökonomische) Kapital zu steigern. Je nach Situation greifen „TransmigrantInnen“ auf Ressourcen aus dem einem oder dem anderen Land zurück. Durch Geldtransfer, Besitz (oder das Verschenken) bestimmter Güter mit symbolischem Wert, soziale Kontakte, politisches Engagement usw. in einem Land kann der Status in dem anderen Land verbessert werden. (vgl. Basch et al. 1997; Strasser 2009a: 73)

Das ursprünglich von Anthropologinnen entworfene Konzept fand bald auch Eingang in andere Sozialwissenschaften und die Zahl der Publikationen zu dem Thema stieg in den folgenden Jahren rasant an. Die transnationalen Studien sind heute ein relevanter interdisziplinärer Bereich in der Migrationsforschung. Sie stellten auch einige bestehenden Konzepte der Migrationsforschung in Frage.

28 Für viele Staaten stellen *Remittances* (Geldsendungen aus dem Ausland) mittlerweile eine der wichtigsten staatlichen Einnahmequellen dar. Dazu gehören u.a. einige lateinamerikanische Länder (vgl. Guarnizo et al. 2003: 1214) und auch die Türkei. Letztere gehörte 2001 sogar zu den drei Empfängerländern mit den weltweit höchsten *Remittances*. (International Monetary Fund 2001, zitiert nach Østergaard-Nielsen 2003: 5)

29 Die Zunahme von transnationalen Beziehungen und Aktivitäten wird nach wie vor als Ergebnis von Globalisierungsprozessen gesehen. (vgl. Vertovec 2010)

Beispielsweise zeigten sie, dass

[...] contrary to the conventional assimilation story, the maintenance and cultivation of ties with the home nation do not decline with time since immigration, nor are they the preserve of marginal sectors within immigrant communities. To the contrary, these activities are more common among better-established, better-educated, and wealthier migrants. (Portes et al. 2007: 254f)

Integration in den Residenzstaaten und weiter bestehende Beziehungen zur Herkunftsregion schließen einander nicht aus, sondern können sich sogar gegenseitig verstärken. (vgl. Faist 2010: 31)

Wurden EinwanderInnen in der sozialwissenschaftlichen Forschung früher oft als passive „heimatlose“ und „entwurzelte“ Opfer konstruiert, so schafften es die transnationalen Studien, den Fokus auf die Handlungsfähigkeit von MigrantInnen und ihre innovativen sozialen Praktiken zu lenken. Das transnationale Agieren von MigrantInnen („transnationalism from below“) wurde in der Transnationalismusforschung als Gegengewicht zu oder gar als Widerstand gegen die wachsende Macht international agierender Unternehmen und Organisationen („transnationalism from above“) gesehen. In einem transnationalen Raum, so wurde angenommen, spielen außerdem nationale Grenzen keine große Rolle mehr und dem Nationalstaat wurde voreilig der Niedergang prophezeit. (vgl. Koopmans/Statham 2001: 9; Faist 2010: 11; Vertovec 2010: 85f) Die Euphorie mancher WissenschaftlerInnen über diese angenommenen Veränderungen von Machtverhältnissen, verstellte allerdings den Blick auf die reale Situation, in der MigrantInnen in vielen Staaten nach wie vor strukturell benachteiligt sind.

Bei der Konzentration auf „TransmigrantInnen“ dürfen folgende drei Punkte nicht vergessen werden: erstens beschränken sich transnationale Prozesse nicht nur auf MigrantInnen, sondern umfassen die gesamte Gesellschaft; zweitens sind bei weitem nicht alle MigrantInnen (regelmäßig und dauerhaft) transnational aktiv (vgl. Morales/Jorba 2010: 268f), und drittens stellen transnationale Aktivitäten und Beziehungen im Leben der AkteurInnen immer nur einen gewissen, meist eher geringen Teil dar. (vgl. Vertovec 2010: 13)

WissenschaftlerInnen sollten sich dieser Tatsache bewusst sein, denn „[n]othing is gained, for example, by calling [all] immigrants ‘trans-migrants’, when the earlier and more familiar term is perfectly adequate to describe the subjects in question.“ (Portes et al. 1999: 215)

Die Darstellung von Transnationalismus als neues Phänomen wurde häufig kritisiert und durch historische Beispiele widerlegt. (vgl. Kivisto 2001: 554ff; Portes et al. 1999: 124ff) Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts hielten z.B. viele europäische EinwanderInnen in Amerika soziale, politische und ökonomische Bindungen zu ihren Herkunftsländern aufrecht und einige kehrten wieder in diese zurück. (vgl. Bauböck 2008: 3; Portes et al. 2007: 254; Vertovec 2010: 14) Solche geschichtlichen Belege warfen die Frage auf, ob ein neues analytisches Konzept überhaupt notwendig ist, wenn die Phänomene, die es erklärt, gar nicht neu sind. Portes et al. (2007) sehen den Nutzen des neuen theoretischen Rahmens darin, dass durch den „Transnationalismus“ die beobachteten Phänomene erst als das, was sie sind, erfasst werden können, egal wann sie stattgefunden haben: „For instance, the theoretical linkage between Russian or Polish émigré political activism and the trading activities of the Chinese diaspora could not have been seen because there was no theoretical lens that connected them and pointed to their convergence.“ (Portes et al. 2007: 254)

Auch wenn transnationale Aktivitäten, Beziehungen und Felder nichts Neues sind, so unterscheiden sie sich in ihrer heutigen Form sowohl quantitativ als auch qualitativ von früheren. (vgl. Pries 2010: 102) Neue Informations- und Kommunikationstechnologien, wie (Mobil-)Telefon, Fax, Satellitenfernsehen und insbesondere das Internet sowie immer schnellere und billigere Transportmöglichkeiten haben transnationale Aktivitäten verstärkt und verändert. Räumliche Distanz und nationalstaatliche Grenzen sind leichter zu überbrücken denn je (wenn auch nicht unbedingt physisch) und noch nie war es so einfach und für so viele Menschen leistbar, weltweit mit anderen Menschen in Kontakt zu treten. (vgl. Portes 2001: 188; Mazzucato 2010: 207; Bauböck 2003: 714) Portes et al. beschreiben die neuen Qualitäten der Lebensweise von MigrantInnen:

The novel element at present, which the concept of transnationalism seeks to capture, is the frequent and durable participation of immigrants in the economic, political, and cultural life of their countries, which requires regular and frequent contact across national borders. Such contacts are made possible by innovations in transportation and communications technology unavailable to earlier generations of migrants. (Portes et al. 2007: 252)

Um das Konzept Transnationalismus analytisch anwendbar zu machen und transnationale von anderen Phänomenen unterscheiden zu können, forderten WissenschaftlerInnen die Formulierung von Definitionskriterien. (vgl. Portes 2001: 181ff; Kivisto 2001: 555; Al-Ali/Koser 2002: 1f) Eine einheitliche Bestimmung transnationaler Beziehungen, Aktivitäten, Felder oder Personen gibt es aber nach wie vor nicht.

Allerdings gab es Versuche Abgrenzungen zu ähnlichen oder in Beziehung stehenden Phänomenen vorzunehmen. Zum Beispiel sind Transnationalisierungs- und Globalisierungsprozesse, in der Theorie wie in der Realität, eng verwoben und daher oft schwer voneinander zu trennen. (vgl. Vertovec 2010: 3f) Die globalen Studien unterscheiden sich jedoch von den transnationalen in Bezug auf die Rolle, die Nationalstaaten in ihnen einnehmen: „Während globale Theorien Phänomene losgelöst von nationalen Kontexten untersuchen, sind die transnationalen Migrationsforschungen in den Nationen verankert.“ (Strasser 2009a: 80)

Das Forschungsfeld Transnationalismus brachte auch neue Methoden hervor. Da transnationale Aktivitäten und ihre Auswirkungen nicht nur an einem Ort zu beobachten sind, begannen AnthropologInnen „multi-sited-ethnography“ (Marcus 1995) zu betreiben und Vergleichsstudien durchzuführen. Sie reisten dafür an die „verschiedenen Schnittstellen migrantischer Netzwerke“ (Armbruster 2009: 64). Portes et al. (2007) haben für ihre Studie zum einen Interviews mit MitarbeiterInnen von kolumbianischen, dominikanischen und mexikanischen Organisationen in den USA geführt, und zum anderen AkteurInnen in den Herkunftsländern befragt. „Translokale Ethnographie“ in unterschiedlichen Netzwerken und an mehreren Orten in Österreich und der Türkei betrieb auch Strasser (2009b)³⁰. Diese Art der Forschung bedarf eines erhöhten ökonomischen, logistischen und zeitlichen Aufwands, der von WissenschaftlerInnen nicht immer aufgebracht werden kann.

In dieser Arbeit geht es speziell um transnationale Beziehungen, AkteurInnen und Aktivitäten auf politischer Ebene.

30 Weitere Beispiele für solche multilokalen Forschungen sind u.a. Østergaard-Nielsen (2001a), Koopmans und Statham (2001) sowie Morales und Jorba (2010).

3.2 Transnationale politische Aktivitäten

In transnationalen Studien ist oft die Rede von – mehr oder weniger genau definierten – transnationalen sozialen „Feldern“ oder „Räumen“. Diese stellen für mich zu weite, unklare Begriffe dar, um als Gegenstand meiner Forschung zu dienen. In anderen Arbeiten liegt der Fokus auf „transnational communities“, „ethnischen Gruppen“ oder z.B. „der kurdischen Diaspora“. Bedenklich sind diese Analyseeinheiten insbesondere dann, wenn eine Gruppe generell als „transnational“ bezeichnet wird³¹. Wie bereits Anderson (1993: 6) feststellte, sind alle Formen von „communities“ imaginiert – so auch die „transnational communities“.

Wenn man essentialisierende Konzepte vermeiden möchte, stellt sich die Frage, welche Einheit sich zur Analyse von politischem Transnationalismus eignet. Einige AutorInnen empfehlen, den Fokus auf konkrete Praktiken zu legen. (vgl. Faist 2010: 19; Dahinden 2010: 51) Mir scheint die Konzentration auf grenzüberschreitende Aktivitäten und Beziehungen sowie auf transnationale Organisationen (Vereine) und ihre Netzwerke geeignet, um mich dem Phänomen Transnationalismus wissenschaftlich anzunähern. Auf der Mikro-Ebene können Erfahrungen und Praktiken einzelner Personen, die in transnationale Aktivitäten oder Netzwerke involviert sind, sinnvoll sein.

Es gibt verschiedenartige grenzüberschreitende politische Handlungen, die analytisch unterschieden werden können. Portes schlägt eine Kategorisierung der Aktivitäten anhand der jeweiligen AkteurInnen vor: **Multinational** agieren politische Organisationen, die in mehreren Staaten ein Standbein haben und sich in ihrer Arbeit nicht nur auf ein Land konzentrieren (z.B. die UNO); **internationale** politische AkteurInnen sind jene, deren Interesse meist einem Staat gilt, etwa DiplomatInnen und Botschaften, Universitäten (z.B. internationale Austauschprogramme) und m.E. auch Nationalstaaten bzw. ihre RepräsentantInnen; **transnational** agieren letztendlich nicht-staatliche „grassroot“-Organisationen oder Einzelpersonen. (vgl. Portes 2001: 186; Portes et al. 2007: 252)

31 Wie Martiniello und Lafleur (2008: 651) anmerken: „[...] it is scientifically dubious to essentialize transnationalism because, although all migrants can potentially and to different degrees be involved in transnational activities, no migrant community is by nature transnational.“

Transnationale Organisationen sind „[...] those whose goals and activities are partially or totally located in countries other than where their members reside“ (Portes et al. 2007: 252) und „[...] the key aspect of transnational activities is that they present goal-oriented initiatives that require coordination across national borders by members of civil society.“ (Portes 2001: 186) Nicht das tatsächliche, physische Überschreiten von Grenzen durch die AkteurInnen, sondern Ausrichtung und Ziel der Handlungen sind also ausschlaggebend für die Bezeichnung „transnational“. (vgl. Østergaard-Nielsen 2001b: 4f, 2003: 123) Hierin wird der Grund für die Abnahme der Kontrollmöglichkeiten von Staaten gesehen, die zwar physische Grenzüberschreitungen von Personen verhindern können, nicht aber die transnationale Vernetzung und Handlungen, die in anderer Form stattfinden. (vgl. Waldinger/Fitzgerald 2004: 1178) Das Reisen kann jedoch Teil der politischen Arbeit sein, beispielsweise fahren pro-kurdische AktivistInnen in andere Staaten zu Vernetzungstreffen oder zu politischen Veranstaltungen (z.B. zur Teilnahme an Großdemonstrationen oder zur Beobachtung von Wahlen und Gerichtsprozessen).

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben auch den Charakter des politischen Transnationalismus verändert. Informationsaustausch und -verbreitung sowie Vernetzung und Kommunikation funktionieren durch das Internet schneller und haben eine viel höhere Reichweite als frühere Medien. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 82) Satellitenfernsehen – von europäischen Städten aus gesendet – ermöglichte es in der Türkei, zu Zeiten als Kurdisch verboten war, kurdischsprachige Sendungen zu sehen. (vgl. Hassanpour 1997)

Arbeiten mit Fokus auf „**immigrant** political transnationalism“, wie die vorliegende, laufen Gefahr die falsche Vorstellung zu schaffen, dass ausschließlich MigrantInnen transnational aktiv seien. Dabei gibt es zahlreiche nicht-migrantische (z.B. Umwelt-, Frauenrechts- und Menschenrechts-) Organisationen und Personen, die in mehreren Ländern agieren und vernetzt sind. (vgl. Koinova 2010: 149; Itzigsohn 2000: 1129) In Europa, vor allem in Deutschland, gibt es auch pro-kurdische Initiativen von mehrheitlich nicht-migrantischen AktivistInnen.

Außerdem stellen transnationale politische Tätigkeiten nach wie vor ein Randphänomen dar, an dem die meisten MigrantInnen nicht beteiligt sind (vgl. Guarnizo et al. 2003: 1238, in Bezug auf kolumbianische, dominikanische und salvadorianische EinwanderInnen in den USA). Koopmans und Statham fanden in ihrer komparativen Studie zu verschiedenen Mi-

grantInnenorganisationen in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien heraus, dass sich deren Forderungen und Anliegen zum größten Teil auf das Residenzland beziehen, dass also jene Vereine mit transnationaler Ausrichtung den geringeren Anteil stellen. (vgl. Koopmans/Statham 2001: 31) In Bezug auf meine eigene Studie ist zu beachten, dass die meisten KurdInnen und kurdischen Vereine in Europa und Österreich nicht (transnational) politisch aktiv sind. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 124) Des Weiteren ist das politische Agieren von MigrantInnen nicht generell als „transnational“ zu bezeichnen. Wie Morales und Jorba bevorzuge ich „[...] a notion of political transnationalism that does not automatically include every form of political activity in the country of residence but, rather, one that only considers those truly linking migrants with the political realm of their countries of origin.“ (Morales/Jorba 2010: 270)

Transnationale politische Aktivitäten sind vielfältig. Sie können beispielsweise in institutionalisierter oder nicht-institutionalisierter Form stattfinden. Mein Fokus liegt hier auf Tätigkeiten im Rahmen von Vereinsarbeit. (vgl. Østergaard-Nielsen 2001b: 4)

Politische AkteurInnen versuchen Veränderungen im Herkunftsland außerdem über direkte oder indirekte Wege zu bewirken. Direkte umfassen z.B. die Teilnahme oder Kandidatur bei Wahlen im Herkunftsland, die häufigste Form ist allerdings die direkte finanzielle Unterstützung von legalen oder illegalen politischen Organisationen und Parteien mit Sitz im Herkunftsland. Diese direkten Formen der Beteiligung sind schwer zu untersuchen, da sie, insbesondere wenn sie im Herkunftsland verbotene Organisationen betreffen, kaum offen dargelegt werden. (vgl. Østergaard-Nielsen 2002: 186; Al-Ali et al. 2001: 581) In meiner Forschung konnte ich direktes Partizipieren am politischen Geschehen in der Türkei in Form von der Teilnahme von AktivistInnen an wichtigen kulturellen und politischen Ereignissen vor Ort (wie z.B. Newroz-Feiern in Kurdistan) beobachten.

Indirekte Partizipationsformen, auf welche sich meine Forschung konzentriert, sind in Bezug auf ihre Anliegen ebenfalls auf das Herkunftsland gerichtet, sie nutzen allerdings die im Residenzland vorhandenen Ressourcen und Netzwerke (politische Parteien, nicht-staatliche Organisationen usw.), um ihre Ziele zu erreichen. Einen wichtigen Tätigkeitsbereich stellt hierbei das Lobbying bei der Regierung des Residenzlandes dar. Die StaatsrepräsentantInnen sollen dazu bewegt werden, die transnationalen Anliegen auf die außenpolitische Agenda zu setzen und sie gegenüber der Regierung des Herkunftslandes zu vertreten. (vgl.

Koopmans/Statham 2001: 30f) Auch verschiedene Veranstaltungen mit transnationalem Bezug stellen Versuche dar, die Situation im Herkunftsland indirekt zu beeinflussen. Seminare, Podiumsdiskussionen, Demonstrationen, Kundgebungen usw. sollen Menschen mobilisieren und die Öffentlichkeit und Politik über die Missstände im Herkunftsland informieren.

Die Politikwissenschaftlerin und Anthropologin Eva Østergaard-Nielsen³² (2002: 190f) unterscheidet die politischen Tätigkeiten kurdischer AktivistInnen außerdem in solche, die „confrontational strategies“, und solche, die „institutional participation“ verfolgen. Konfrontative Strategien beinhalten Praktiken im legalen Bereich (z.B. Hungerstreiks, Demonstrationen) oder im illegalen Bereich (z.B. Anschläge, unangemeldete Demonstrationen). Aktivitäten, die in Kooperation mit bzw. innerhalb der nationalen politischen Strukturen ausgeführt werden (z.B. Treffen mit PolitikerInnen, gemeinsame Veranstaltungen oder auch Mitgliedschaft in einer politischen Partei) stellen Formen der institutionellen Partizipation dar. In Bezug auf kurdische Organisationen in Deutschland stellt Østergaard-Nielsen fest, dass „[s]ome employ ‘confrontational’ strategies, others ‘institutional participation’, and many a combination of both.“ (Østergaard-Nielsen 2002: 186)

Eine eindeutige Zuordnung von Tätigkeiten oder Strategien zu den genannten Kategorien ist nicht immer möglich, diese dienen aber zur Darstellung der Vielschichtigkeit und Komplexität von politischem Transnationalismus. Neben den genannten Strategien nennt Adamson (2002: 160f) einen weiteren Weg, die Politik im Herkunftsland zu verändern, und zwar die Konstruktion neuer politischer Identitäten und Diskurse auf transnationaler Ebene. Politische AkteurInnen im Exil können hegemoniale Konzepte bzw. staatliche Konstruktionen von nationaler Identität in Frage stellen, wie es etwa KurdInnen getan haben. Die vom türkischen Staat geleugnete kurdische Identität konnte in transnationalen Räumen artikuliert und gefestigt werden. (vgl. Van Bruinessen 2000)

Die meisten kurdischen und türkischen Organisationen in Deutschland versuchen Veränderungen in der Türkei indirekt über die Beeinflussung der deutschen Regierung zu erreichen.

32 Sie forschte zu transnationalen politischen Aktivitäten türkischer und kurdischer Organisationen in mehreren europäischen Ländern und beschäftigte sich u.a. mit der Frage „[...] how the social and political contexts of the receiving countries effect the transnational political practices of migrants and refugees.“ (Østergaard-Nielsen 2001a: 261) Sowohl auf theoretischer als auch empirischer Ebene sind ihre Arbeiten daher für mich sehr nützlich gewesen.

(vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 83) Auch die kurdischen Vereine, die ich in dieser Arbeit behandle, wählen meist den indirekten, legalen Weg ihre transnationalen Anliegen zu verfolgen und nutzen dazu sowohl konfrontative Strategien als auch institutionelle Partizipation. Ihre Tätigkeiten umfassen neben der Lobbyarbeit vor allem auch Öffentlichkeitsarbeit, durch welche die österreichische Gesamtgesellschaft über die Situation in der Türkei informiert werden soll (siehe Kapitel 4.3).

In transnationalen Studien wurde in den letzten Jahren vermehrt die Beziehung zwischen Nationalstaaten und transnationalen Prozessen untersucht.

3.3 Der Nationalstaat in transnationalen Studien

In diesem Abschnitt geht es um die Rolle von Nationalstaaten in transnationalen Studien. Für meine Arbeit ist insbesondere die Frage nach dem Einfluss von Residenzstaaten sowie den nationalen Rahmenbedingungen auf transnationale politische Tätigkeiten von ImmigrantInnen relevant.

In den transnationalen Studien kam es anfänglich, wie bereits beschrieben, zu einer Abwendung von den Nationalstaaten. Zum einen wurde angenommen, dass Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse die Autonomie und Macht von Nationalstaaten minimieren oder gar zum Verschwinden bringen – dass Staaten also, vor allem für transnationale AkteurInnen, keine bestimmende Rolle mehr spielen. (vgl. Vertovec 2010: 85f) Zum anderen wollten WissenschaftlerInnen dem „methodologischen Nationalismus“ vorbeugen, den sie in anderen Arbeiten erkannten und kritisierten. Damit ist eine Anschauung gemeint, in welcher der Nationalstaat als der „natürliche“ Bezugsrahmen zur Erforschung historischer und sozialer Prozesse herangezogen und dadurch der Blick auf transnationale Phänomene verstellt wird. (vgl. Glick Schiller 2010: 110f; Pries 2010: 10)

Globale und transnationale Prozesse verändern die Position von Nationalstaaten tatsächlich und die Überwindung des „methodologischen Nationalismus“ ist ohne Zweifel ein wichtiger Erfolg transnationaler Studien. Problematisch ist allerdings, dass in der Darstellung von Mi-

grantInnen als „TransmigrantInnen“, welche durch subversive Strategien den Nationalstaat entmachten, die bestehenden ungleichen Machtverhältnisse ignoriert wurden, die sich beispielsweise in der strukturellen Benachteiligung von EinwanderInnen sowie in Aufenthaltsgesetzen, Grenzkontrollen und Visa-Vorschriften ausdrücken. (vgl. Strasser 2009a: 88)

Die nach wie vor bestehende zentrale Rolle von Nationalstaaten bei der Entwicklung und Ausformung von „migrant transnationalism“ wurde mittlerweile in den transnationalen Studien weitgehend anerkannt (Vertovec 2010: 20). Der Fokus wird wieder verstärkt auf Staaten gerichtet, wobei „[t]his angle is not to be mistaken with ‘transnationalism from above’, but refers to the legal, social, political and economic context in which ‘transnationalism from below’ might be more or less likely to occur.“ (Al-Ali et al. 2001: 588)

Transnational agierende Menschen leben, wie alle anderen, in konkreten nationalen und lokalen Kontexten und sind von bestimmten rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen betroffen. Genauso sind transnationale Organisationen und Netzwerke mit konkreten Orten und Staaten verbunden und nicht deterritorialisiert. (vgl. Wahlbeck 2001: 233; Strasser 2009b: 70; Al-Ali/Koser 2002: 13) Außerdem beziehen sich politische AktivistInnen und Organisationen in ihrer Arbeit und Ausrichtung meist selbst auf die Verhältnisse und Politik in einem oder mehreren konkreten Nationalstaat(en). (vgl. Faist 2010: 14; Bauböck 2003: 701)

Bei der Untersuchung des „Einflusses von Nationalstaaten“ auf transnationale politische Praktiken in dieser Arbeit geht es um die Auswirkungen der nationalen Rahmenbedingungen in einem konkreten Staat. „The contextual conditions that influence the emergence of specific transnational spaces depend on social, political and legal factors [...]. Cultural, socio-economic and political constraints block certain possibilities for transnational action and foster others.“ (Dahinden 2010: 52) In transnationalen Studien werden sowohl die Rolle des Herkunfts- als auch jene des Residenzlandes diskutiert. Da erstere zwar nicht Thema dieser Arbeit, aber für transnationale Aktivitäten relevant ist, stelle ich sie in folge kurz dar.

Herkunftsstaaten

Zum Einfluss des Herkunftsstaates auf Aktivitäten von EmigrantInnen gibt es bereits einige Studien³³. In diesen geht es meist um die Bemühungen der Herkunftsländer, EmigrantInnen zu mobilisieren, damit diese den Staat aus dem Ausland weiterhin finanziell und politisch unterstützen. Ihre Strategie dabei ist es, den ausgewanderten (auch ehemaligen) StaatsbürgerInnen das Gefühl zu geben nach wie vor Mitglieder einer „common imagined national community“ zu sein (Portes et al. 2007: 277). Die Verbundenheit zum Herkunftsstaat soll dadurch erhalten bleiben. Mittel zur Umsetzung sind u.a. die Ermöglichung von Doppelstaatsbürgerschaften, die Einführung eines speziellen rechtlichen Status für ehemalige StaatsbürgerInnen sowie die Erleichterung von Geld- und Gütertransfer aus dem Ausland ins Herkunftsland (z.B. durch Steuerbefreiung). Um die Sympathie und Unterstützung der EmigrantInnen zu gewinnen, kommt es sogar vor, dass sich RepräsentantInnen der Herkunftsstaaten bei ihren KollegInnen in den Residenzländern für eine Verbesserung der Situation der MigrantInnen einsetzen³⁴. (vgl. Waterbury 2010: 142, 146; Bauböck 2003: 708ff)

Neben diesen politischen Strategien von Herkunftsstaaten zur Mobilisierung gibt es solche, die darauf abzielen, politische Aktivitäten von regierungskritischen EmigrantInnen außerhalb der eigenen Staatsgrenzen einzuschränken. Für den Herkunftsstaat Türkei gibt es Beispiele beider Handlungsweisen. EmigrantInnen werden einerseits als „threat“ (z.B. kurdische Organisationen und Medien) und andererseits als „source“ (z.B. regierungsfreundliche Organisationen und potentielle GeldsenderInnen) wahrgenommen und entsprechend behandelt. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 10; Strasser 2009b: 36)

Auch die allgemeinen politischen, rechtlichen und sozioökonomischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen im Herkunftsland haben Auswirkungen auf transnationale politische

33 Für konkrete nationale Strategien und Handlungsweisen siehe u.a. Østergaard-Nielsen (2003: 107-122) und Strasser (2009b: 36f) für die Türkei; Portes et al. (2007: 253, 276f) für die Dominikanische Republik, Mexiko und Kolumbien sowie Al-Ali et al. (2001: 589f) für Eritrea. Für eine allgemeinere Darstellung siehe z.B. Waterbury 2010.

34 Solche Fälle sind auch in der Beziehung zwischen Türkei und Österreich bekannt. Der *Verein für österreichisch-türkische Freundschaft* wurde z.B. auf Anraten des Ministerpräsidenten Bülent Ecevit unter Bundeskanzler Bruno Kreisky 1980 gegründet. Bereits 1978 war Ecevit zu einem Treffen nach Wien gekommen und appellierte in einer Rede in der Wiener Stadthalle an die türkischen StaatsbürgerInnen die Türkei finanziell zu unterstützen. Bei einem zweiten Besuch setzte er laut Kroissenbrunner die Erhöhung des Kindergeldes für türkische ArbeitsmigrantInnen durch. (vgl. Kroissenbrunner 1996: 112f)

Prozesse. (vgl. Koinova 2010: 153) Das wird in meinem Fallbeispiel deutlich, wenn man betrachtet, wie politische Organisationen von KurdInnen in Europa ab den 1970ern stark von den Ereignissen in der Türkei beeinflusst waren. Auf politische Umbrüche in der Herkunftsregion – z.B. auf den Militärputsch 1980 und den Beginn des bewaffneten Konflikts in der Türkei 1984 – folgten in Europa vermehrte Neugründungen kurdischer Vereine und die Teilnahme von KurdInnen an Demonstrationen und anderen politischen Aktivitäten stieg. (vgl. Ammann 2001: 161)

Østergaard-Nielsen weist darauf hin, dass die türkeiorientierten politischen Organisationen in Europa nicht einfach die politischen (Organisations-) Strukturen in der Türkei widerspiegeln, sondern dass kurdische und türkische AktivistInnen innerhalb des jeweiligen „political institutional environment“ im Aufenthaltsland eigene Agenden entwickelten. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 127) Damit komme ich nun zur Rolle der Residenzländer, die den Schwerpunkt dieser Arbeit darstellt.

Residenzstaaten

Der Einfluss von Residenzländern auf politische Tätigkeiten von EinwanderInnen wurde bereits in Studien zur Adaption, politischen Partizipation und Organisation von MigrantInnen untersucht – allerdings ohne transnationalen Bezug. In den 1990ern wurde dazu ein Ansatz zur „political opportunity structure“ (politischen Gelegenheitsstruktur) entwickelt³⁵, der vom Einfluss der „[...] politischen, rechtlichen und allgemeinen institutionellen Rahmenbedingungen in der Aufnahmegesellschaft auf die spezifische Ausformung der jeweiligen Organisations- und Mobilisierungsformen von MigrantInnen in nationalen und lokalen Kontexten“ ausgeht. (Waldrauch/Sohler 2004: 32)

Die Schwäche der ersten Studien zur Rolle der nationalen politischen Gelegenheitsstruktur war, dass die Untersuchungen sich ausschließlich auf die politische Partizipation und die Tätigkeiten von MigrantInnen innerhalb des Residenzlandes bezogen. Aufgrund dieses Blickwin-

35 Er folgte auf Annahmen der „Ethnicity/Race Theory“, welche gemeinsame kulturelle, religiöse und/oder ethnische Identitäten sowie die bestehende Bindung zum Herkunftsland als ausschlaggebende Einflussfaktoren für die Mobilisierung und Organisation von MigrantInnen darstellte. (vgl. Ireland 2000: 235, Waldrauch/Sohler 2004: 31)

kels, einer Art methodologischen Nationalismus, blieben transnationale Prozesse meist unbeachtet. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 6)

Zusammen mit einer transnationalen Sichtweise können die Theorien allerdings von Nutzen sein, denn wenn „[...] migrants engage in the political affairs of their country of origin they do so in a particular political and institutional context. Their mobilization and agency is facilitated or constrained by their local surroundings.“ (Østergaard-Nielsen 2003: 2)

Zum nationalen Kontext und zur politischen Gelegenheitsstruktur, die Einflussbereiche des Residenzstaates darstellen, gehören die rechtlichen Rahmenbedingungen. Drittstaatsangehörige sind von Asyl-, Aufenthalts- und Niederlassungsgesetzen betroffen. Die nationale Migrations- und Integrationspolitik spiegelt sich aber auch in Bestimmungen zu anderen Lebensbereichen, wie etwa Arbeit, Wohnen und Bildung wider. Hinzu kommen Einbürgerungsgesetze, die bestimmen wer und unter welchen Voraussetzungen eine Person Zutritt zur Staatsbürgerschaft und damit zu allen sozialen und politischen Rechten bekommt. (vgl. Strasser 2009b)

Die Gelegenheitsstruktur zeigt sich außerdem in politischen Partizipationsmöglichkeiten, in Form von Wahlrechten und Zugang zu bzw. Kooperationsmöglichkeiten mit nationalen politischen Institutionen (Kommunal- und Nationalräte, Parteien, Gewerkschaften, HochschülerInnenschaft usw.). (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 80f) Koopmans und Statham erwähnen außerdem Gleichheits- und Anti-Diskriminierungsgesetze, staatliche Subventionen und Inklusion von MigrantInnenorganisationen in politische Entscheidungsprozesse als wichtige Aspekte bei der Untersuchung des nationalen Kontexts. (Koopmans/Statham 2001: 10)

Nicht zuletzt sollte ein Blick auf die möglichen Interaktionen und Kooperationen mit anderen nicht-staatlichen Organisationen und Vereinen geworfen werden, um festzustellen, welchen Einfluss diese auf die Arbeit von transnational agierenden Vereinen haben. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 127; Waldrauch/Sohler 2004: 79)

Darüber, wie sich die politische Gelegenheitsstruktur und der rechtliche und soziale Status von MigrantInnen auf transnationale Tätigkeiten auswirken, gibt es verschiedene Thesen. Die einen betonen, dass die prekären Lebensverhältnisse und der unsichere Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen und MigrantInnen transnationale Aktivitäten verhindern (z.B. Al-Ali et al. 2001: 582f, 588, 592). Allein die alltäglichen Herausforderungen, die mit der Anpassung an die Ge-

gebenheiten im Residenzland einhergehen (Arbeitssuche, Sprache lernen, bürokratische und rechtliche Hürden), lassen demnach keine Zeit und Energie für das Engagement in transnationalen Organisationen. (vgl. Bloemraad 2005: 868) Dabei wird angenommen, dass mit längerer Aufenthaltsdauer die transnationalen Aktivitäten zunehmen. (vgl. Guarnizo et al. 2003: 1238)

Andere weisen darauf hin, dass gerade der Ausschluss von MigrantInnen auf sozialer, rechtlicher und/oder politischer Ebene, deren transnationale bzw. ethnische Orientierung hervorruft oder verstärkt. (vgl. Morales/Jorba 2010: 283f; Waldrauch/Sohler 2004: 80f) Koopmans und Statham (2001: 31) zeigen in ihrer ländervergleichenden Studie, dass die strikte Einbürgerungs- und Integrationspolitik zu verstärkten transnationalen Aktivitäten („transplanted homeland politics“) von MigrantInnen in Deutschland führt:

Kurds, Turks, or ex-Yugoslavs may be more than averagely inclined to make homeland-oriented claims, but they are especially likely to do so in a political context that reinforces such homeland identifications by putting up high material and symbolic barriers to migrants' entry into the host society's political community. (Koopmans/Statham 2001: 35)

Østergaard-Nielsen beobachtete zum einen, dass sozialer Ausschluss und Marginalisierung von TürkInnen und KurdInnen in europäischen Staaten eine stärkere Identifikation mit dem Herkunftsland und dadurch transnationales politisches Agieren gefördert haben. Zum anderen stellt sie fest, dass die Inklusion und Gleichbehandlung von MigrantInnen auf allen gesellschaftlichen Ebenen jenen manchmal erst die Gelegenheit und die nötigen Ressourcen bieten, um sich zu ethnischen, religiösen oder politischen Organisationen zusammenzuschließen. (vgl. Østergaard-Nielsen 2001b: 11f) Diese zwei Feststellungen scheinen auf den ersten Blick paradox, da in einem Fall die Exklusion und im anderen die Inklusion von EinwanderInnen deren politische Selbstorganisation zu fördern scheinen.

Die Autorin unterscheidet die politischen Tätigkeiten von MigrantInnen in solche, die sich auf (nationale) Migrationspolitik beziehen und deren Zweck die Verbesserung ihrer Lebenssituation im Residenzland ist („migrant politics“), und solche, die sich auf die Politik des Herkunftsstaates konzentrieren („homeland politics“). Die meisten kurdischen und türkischen Organisationen sind in beiden Bereichen tätig – so auch in meiner Forschung. (vgl. Østergaard-Nielsen 2001b: 6) Diese analytische Unterscheidung ist in Hinblick auf das Verhältnis

von Gelegenheitsstrukturen und transnationalen Aktivitäten nützlich. Østergaard-Nielsen stellt in ihrer empirischen Studie fest, dass auf der Ebene von „migrant politics“ mehr politische Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen (in den Niederlanden, im Gegensatz zu Deutschland) auch deren Beteiligung an der nationalen Migrationspolitik erhöhen. In Bezug auf „homeland politics“ findet sie aber zwischen den beiden Ländern keine Unterschiede in den Aktivitäten und Organisationsformen von EinwanderInnen. Den Grund hierfür sieht sie darin, dass zwar in den Niederlanden die politische Beteiligung von MigrantInnen stärker (als in Deutschland) vom Staat gefördert wird, allerdings nur dort, wo inhaltlich zu Migrations- und Integrationspolitik gearbeitet wird. (vgl. Østergaard-Nielsen 2001a: 273ff)

Es reicht also nicht, die Förderung oder Hinderung politischer Partizipation und Betätigung allgemein zu untersuchen, sondern man muss beachten, **welche** Tätigkeiten und Agenden im Residenzstaat toleriert oder sogar gefördert werden und welche nicht. Je nach ihrer politischen Anschauung können verschiedene Gruppierungen unterschiedliche Möglichkeiten haben. Für den Umgang des Residenzlandes mit bestimmten transnationalen Aktivitäten und politischen Organisationen kann u.a. die ökonomische und politische Beziehung, die es zum Herkunftsland der EinwanderInnen pflegt, eine Rolle spielen.

Einflussfaktoren abseits der Nationalstaaten

Nicht nur nationale, sondern auch lokale Kontexte beeinflussen die Arbeit und Ausrichtung transnational tätiger Organisationen. Ein Beispiel liefern Morales und Jorba (2010) mit ihrer empirischen Vergleichsstudie zu MigrantInnenorganisationen in drei spanischen Städten (Barcelona, Madrid und Murcia). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass „[...] the local context powerfully shapes through direct and indirect paths the opportunities that migrants' associations face in taking on transnational practices.“ (Morales/Jorba 2010: 291) Sie zeigen, dass die jeweilige Stadtpolitik bestimmte Themenbereiche (z.B. Menschenrechte) und bestimmte Organisationsformen (z.B. entlang ethnischer Grenzen) fördert, und infolge genau diese unter MigrantInnenorganisationen häufiger zu finden sind. (vgl. Morales/Jorba 2010: 273) In mei-

ner eigenen Forschung stellt sich die Frage, ob und wie die Integrationspolitik der Stadt Wien die Arbeit von MigrantInnenvereinen³⁶ beeinflusst (siehe Kapitel 5.3.3)

Ich möchte zwei weitere Bündel von Einflussfaktoren erwähnen, die ich innerhalb dieser Arbeit nicht näher behandeln kann. Ob MigrantInnen die vorhandenen Möglichkeiten im Residenzland nutzen oder nicht, hängt zum einen auch von individuellen Faktoren ab, wie beispielsweise

[...] their political ideas and values, their previous involvement in politics [...], the degree of ‘institutional completeness’³⁷ of the immigrant ethnic community, the vision they have of their presence in the country of residence as permanent or temporary, their feeling of belonging to the host and/or their society of origin, their knowledge of the political system and institutions, the social capital and density of immigrant associational networks, plus all the usual determinants of political behaviour such as level of education, linguistic skills, socio-economic status, gender, age or generational cohort. (Martiniello 2006: 88)

Geschlecht, Alter, Klasse, Bildung und politische Orientierung sind Faktoren, welche das individuelle Level von Engagement in politischen Sphären beeinflussen, meinen auch Al-Ali et al. (2001: 593).

Zum anderen können globale Entwicklungen sowie soziale und ökonomische transnationale Beziehungen die politischen Tätigkeiten beeinflussen:

Politische Partizipation verändert sich nicht nur mit den Möglichkeiten und Diskursen im Aufenthaltsland, sondern auch, wenn im Land der Eltern oder Großeltern Krieg herrscht, die Familie in einem anderen Land durch eine Finanzkrise Hab und Gut verliert oder Verwandte aus politischen Gründen inhaftiert sind, wenn globale Ereignisse lokale Sicherheiten einer religiösen Gruppe erschüttern oder die Grenzziehungen der Europäischen Union das Herkunftsland betreffen. (Strasser 2009b: 96)

In meinen Interviews hat sich gezeigt, dass alle befragten AktivistInnen soziale und familiäre Beziehungen in der Türkei sowie eine starke emotionale Bindung zu ihrer Herkunftsregion ha-

36 Unter MigrantInnenvereine verstehe ich jene Verein, in denen MigrantInnen sich selbst organisiert haben. Beratungseinrichtungen für MigrantInnen gehören nicht dazu.

37 Mit „institutional completeness“ wird die Quantität und Qualität von bestehenden Institutionen, wie Bildungs- und Kultureinrichtungen, einer bestimmten „MigrantInnengruppe“ gemessen.

ben. Diese Umstände beeinflussen oder sind Grund für ihr politisches Engagement in Bezug auf die Lage in Kurdistan.

* * *

Ich habe in diesem Kapitel die theoretischen Grundlagen meiner Fragestellung dargelegt. Transnationalismus bezeichnet, wie ich erläutert habe, Prozesse, die ökonomische, soziale, politische und/oder kulturelle Aktivitäten und Beziehungen hervorrufen, die sich über zwei oder mehr Nationalstaaten erstrecken. Die politischen Tätigkeiten von MigrantInnen, die das Ziel haben die Situation im Herkunftsland zu verändern, sowie deren Organisationen, durch welche sie sich mit AktivistInnen in anderen Ländern vernetzen, sind demnach transnational. Die politischen AkteurInnen leben und arbeiten allerdings größtenteils in einem bestimmten nationalen Kontext – jenem des Residenzlandes – welcher transnationale Praktiken in verschiedenen Bereichen beeinflussen kann.

In meiner eigenen empirischen Forschung gehe ich der Frage nach, wie sich die nationalen Rahmenbedingungen und die (Migrations-, Integrations-, und „Kurden-“) Politik in Österreich auf die transnationalen Aktivitäten von kurdischen politischen Vereinen in Wien auswirken.

4 Empirische Forschungsmethoden und das Untersuchungsfeld

Nachdem ich in den vorhergehenden Kapiteln den historischen und theoretischen Kontext meines Forschungsthemas dargelegt habe, komme ich nun zu meiner eigenen empirischen Forschung. Im ersten Abschnitt stelle ich die von mir angewandten Erhebungs- und Auswertungsmethoden dar und reflektiere meine Rolle als Forscherin (4.1). Es folgt die Eingrenzung und Beschreibung des Forschungsfeldes „transnational und politisch agierende kurdische Vereine in Wien“ (4.2). Im dritten Unterkapitel stelle ich die fünf untersuchten Vereine vor (4.3).

4.1 Eingrenzung des Untersuchungsfeldes

Ausgehend von meinem anfänglichen Interesse an transnationalen politischen Aktivitäten im Allgemeinen, war es notwendig, dieses breite Feld soweit einzugrenzen, dass es im Rahmen einer Diplomarbeit zu erfassen ist. Ich habe entschieden, mich innerhalb der vielfältigen Tätigkeiten auf die Arbeit in bzw. von Vereinen zu konzentrieren. Mein Untersuchungsfeld stellen also transnationale Aktivitäten und Beziehungen von politischen kurdischen Vereinen in Wien, die sich auf die Türkei beziehen, dar. Ich erläutere infolge, welche Vereine für mich unter diese Bezeichnung fallen und welche nicht.

Kurdische Vereine sind jene, die sich selbst explizit als solche bezeichnen. Als **politisch** verstehe ich die untersuchten Vereine, weil ihr Fokus auf den politischen Entwicklungen in der Türkei und Österreich liegt, sie diese zu beeinflussen versuchen, und weil sie politische Anliegen und Ziele verfolgen. Außerdem sind sie im Kontext von politischen Parteien (PKK bzw. PSK) entstanden und weisen zum Teil bis heute Nähe zu deren politischen Ideologien und Strategien

auf. Die Bezeichnung „politische Vereine“ dient der Eingrenzung des Untersuchungsfeldes und soll nicht suggerieren, dass diese ausschließlich politisch tätig sind, alle fünf Vereine sind auch in anderen Bereichen aktiv (siehe Kapitel 4.3) – wie es bei vielen MigrantInnenvereinen der Fall ist:

Eine Typologisierung von MigrantInnenorganisationen nach ihren grundlegenden Funktionen in soziale, kulturelle und politische Organisationen erweist sich [...] als schwierig, da eines der zentralen Charakteristika von MigrantInnenorganisationen gerade ihre multi-sektorale und multi-funktionale Ausrichtung ist, die sich in der Verknüpfung einer Vielzahl an Aktivitäten im sozialen, kulturellen und interessens- bzw. minderheitenpolitischen Bereich manifestiert. (Waldrauch/Sohler 2004: 39)

Die Vereine sind **transnational**, weil sie mit anderen Organisationen bzw. innerhalb von Dachverbänden über mehrere Staaten vernetzt sind, ihre aktiven Mitglieder³⁸ an Veranstaltungen in anderen Ländern teilnehmen und die politischen Anliegen sich u.a. auf den Herkunftsstaat beziehen. Die ausschließliche Konzentration auf kurdische Vereine mit Bezug zur **Türkei** ermöglicht es mir, den historischen und politischen Kontext des Herkunftsstaates mit einzubeziehen und dabei im Rahmen einer Diplomarbeit zu bleiben. Auf **Wien** begrenze ich mein Feld, weil sich hier österreichweit die meisten KurdInnen sowie die aktivsten und größten politischen Vereine befinden. Durch diese Eingrenzung ist es außerdem möglich lokale und stadtpolitische Einflüsse zu berücksichtigen.

Kurdische Vereine in Wien, die meinen Kriterien nicht entsprechen, sind also die kulturell, religiös und/oder wissenschaftlich ausgerichteten, wie z.B. alevitische Vereine (vgl. Ramsauer 2004: 100ff), sunnitische Glaubensgemeinschaften (vgl. Ramsauer 2004: 97ff), der Kulturverein von KurdInnen aus der Region Dersim sowie die *Österreichisch-Kurdische Gesellschaft für Wissenschafts- und Kulturaustausch*.

Auch KurdInnen aus anderen Herkunftsländern haben in Wien kurdische Vereine gegründet. Das *Kurdische Zentrum* beispielsweise bezieht sich in seiner Arbeit hauptsächlich auf den Irak und die Situation von KurdInnen dort. (vgl. Kurdisches Zentrum Webseite) Viele KurdInnen aus der Türkei sind außerdem in politischen Vereinen von Personen aus der Türkei, wie beispielsweise der 1980 gegründeten linksorientierten *Föderation der Arbeiter und Jugendli-*

38 Mit aktiven Mitgliedern meine ich jene formalen (zahlenden) Mitglieder, die nicht nur an Veranstaltungen teilnehmen (passiv), sondern an der Organisation und Durchführung der Vereinstätigkeiten beteiligt sind, administrative bzw. repräsentative Aufgaben erfüllen usw.

chen aus der Türkei in Österreich (ATIGF, Avusturya Türkiyeli İşçi Gençlik Federasyonu) oder der *Studentischen Initiative Wien* (VÖI, Viyana Öğrenci Inisiyatifi), tätig³⁹. Diese setzen sich als (nicht „kurdische“) Vereine mit Türkei-Bezug u.a. auch mit der Kurdenfrage in der Türkei auseinander. Auch in Wiener Vereinen von und für Frauen aus der Türkei, wie *Peregrina*, *Orient Express* und *Miteinander Lernen* sind Kurdinnen tätig.

Mein Untersuchungsfeld umfasst vier Vereine und einen Dachverband, die ich in dieser Arbeit unter „Vereine“ zusammenfasse: der *Dachverband der kurdischen Vereine in Österreich* (FEYKOM), der *Verein für Kultur und Information Kurdischer Angelegenheiten* (KIB), der *Verein für StudentInnen aus Kurdistan* (YXK), der *Kurdische Frauenverein Avesta* sowie der *Verein für ImmigrantInnen aus Kurdistan* (KOMKAR)⁴⁰. KIB, YXK und Avesta sind Mitgliedsvereine von FEYKOM. Diese sympathisieren mit der PKK wohingegen KOMKAR ursprünglich von SympathisantInnen der *Sozialistischen Partei Kurdistans* (PSK) gegründet worden ist. Die FEYKOM-Vereine⁴¹ unterscheiden sich von KOMKAR also vor allem in ihrer politischen Ausrichtung. In Bezug auf die Lösung der Kurdenfrage in der Türkei und auch migrationspolitische Fragen in Österreich sind die politischen Ziele der Vereine mittlerweile sehr ähnlich, wie ich auch in meinen Interviews feststellen konnte.

Die Arbeit in Vereinen stellt nur einen bestimmten Ausschnitt der vielfältigen politischen Betätigungsfelder von KurdInnen in Österreich dar. Die Vereine repräsentieren nicht die politischen Einstellungen aller in Österreich lebenden KurdInnen und auch innerhalb der Vereine gibt es unterschiedliche Ansichten. (vgl. Østergaard-Nielsen 2002: 188, 2003: 11)

39 Zu Entstehungsgeschichte und Tätigkeiten von ATIGF siehe Kroissenbrunner (1996: 85-110) oder Strasser (2009b: 176-179). Tätigkeiten der VÖI auf ihrer Webseite: <http://wsi.twoday.net> [11.07.2011]

40 Die Tätigkeiten von KOMKAR haben, wie ich während der Forschung festgestellt habe, in den letzten Jahren stark abgenommen, und konzentrieren sich mittlerweile fast nur noch auf die Organisation der *Kurdischen Buchmesse*. Ich entschloss mich den Verein trotzdem in meiner Untersuchung einzubeziehen, aufgrund seiner zahlreichen Aktivitäten seit den 1990ern und um nicht ausschließlich FEYKOM-Vereine zu untersuchen.

41 Unter „FEYKOM-Vereine“ fasse ich die Mitgliedsvereine von FEYKOM und den Dachverband FEYKOM zusammen.

4.2 Datenerhebung und Inhaltsanalyse

Den wichtigsten und größten Teil meines empirischen Datenmaterials stellen qualitative Interviews dar. Eigene Beobachtungen bei öffentlichen kulturellen und politischen Veranstaltungen der Vereine sowie bei einer Vollversammlung von FEYKOM und auch Informationen aus informellen Gesprächen mit AktivistInnen habe ich in Form von Feldnotizen festgehalten. Diese haben, zusammen mit Informationsbroschüren und digitalen Newslettern bzw. E-Mail-Aussendungen der Vereine, mein Datenmaterial erweitert.

Qualitative Interviews und Inhaltsanalyse

Ich habe acht teilstrukturierte, qualitative Interviews mit Personen geführt, die innerhalb der untersuchten Vereine aktiv sind, nur eine Befragte ist mittlerweile nicht mehr aktiv tätig. Im Internet stieß ich bei einer ersten Recherche zuerst auf die Webseite und Kontaktdaten von FEYKOM. Ich fragte um ein Gespräch an, woraufhin ich ein Treffen mit einem Vorstandsmitglied von FEYKOM hatte, bei dem mir der Kontakt zu einem weiteren Gesprächspartner vermittelt wurde. Im weiteren Verlauf kam ich über die bereits bestehenden und hinzukommende Kontakte sowie beim Besuch von Veranstaltungen zu weiteren InterviewpartnerInnen der verschiedenen FEYKOM-Vereine. Meinen Kontakt zu KOMKAR-Österreich stellte der deutsche Verein KOMKAR her, da ich bei der Suche nach Kontaktdaten lediglich jene des deutschen Vereins gefunden hatte. Kurz nachdem ich KOMKAR-Deutschland angeschrieben hatte, erreichte mich eine E-Mail meines Interviewpartners der KOMKAR-Österreich. Dies war für mich auch ein weiterer Beleg für die transnationale Vernetzung der Vereine.

Die Bereitschaft mir Interviews zu geben war generell groß, was sicher auch mit dem Ziel von Vereinen, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden sowie die eigenen Anliegen zu verbreiten, zusammenhängt. (vgl. Portes et al. 2007: 245) Das Bedürfnis über die politische Situation in der Türkei und vor allem die kulturelle Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung zu informieren hat sich auch während einiger meiner Interviews gezeigt, als die Befragten das Gespräch immer wieder auf dieses Thema lenkten. Die meisten meiner InterviewpartnerInnen gaben nicht zum ersten Mal ein Interview. Immer wieder bekommen die Vereine diesbezüglich Anfragen von Studierenden, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen. Über das

Interesse einer nicht-kurdischen Österreicherin an der Arbeit kurdischer Vereine zeigten sich meine GesprächspartnerInnen generell erfreut.

Ich bin in meiner Forschung theoriegeleitet vorgegangen und hatte vor Beginn der empirischen Arbeit bereits meine Fragestellung entwickelt. Um diese beantworten zu können, waren für mich bestimmte Themen besonders wichtig, zu denen ich die GesprächspartnerInnen befragen wollte. Für einen solchen Forschungszugang eignen sich teilstrukturierte Interviews. Ich habe einen Interviewleitfaden mit themenrelevanten Frageblöcken erstellt und dabei versucht die einzelnen Fragen nicht zu eng zu formulieren. Es war mir ein Anliegen, meinen InterviewpartnerInnen Raum für eigene Interpretationen und Erzählungen zu lassen, damit Aspekte, die für die InformantInnen und vielleicht für meine Fragestellung wichtig waren, die ich aber nicht bedacht hatte, angesprochen werden konnten.

Meine GesprächspartnerInnen habe ich zum einen als ExpertInnen zum Thema kurdische Vereine in Österreich (Wien) befragt, zum anderen als (pro-)kurdische AktivistInnen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten, Ansichten und Gründen politisch tätig zu sein. In den Interviews ging es nicht nur um die jeweiligen Vereine, sondern auch um subjektive Perspektiven der Interviewten.

Die geführten Interviews habe ich alle digital aufgenommen und dann transkribiert. Die Analyse der verschriftlichten Interviews nahm ich nach den Anleitungen von Mayring (2010) vor, da sich seine „qualitative Inhaltsanalyse“ gut für theoriegeleitete Forschungen eignet. Vor allem die „inhaltliche Strukturierung“ hat sich als nützlich erwiesen. Dazu habe ich anhand themenspezifischer Theorie für meine Frage relevante Kategorien ausgearbeitet und das Datenmaterial nach diesen durchsucht und sortiert. (vgl. Mayring 2010: 98) Die theoretische Basis boten mir transnationale Studien, die sich mit der Beziehung zwischen Nationalstaaten bzw. nationalen Rahmenbedingungen und transnationalen politischen Aktivitäten (siehe Kapitel 3.3) beschäftigen.

Bevor ich näher auf die einzelnen Vereine eingehe, möchte ich noch einige Bemerkungen zu meinen GesprächspartnerInnen machen.

InterviewpartnerInnen

Alle acht Befragten bezeichnen sich selbst als kurdisch. Sieben von ihnen sind und eine war in einem der ausgewählten Vereine tätig. Sie sind alle in der Türkei, sechs in kurdischen Provinzen, geboren. Sieben von ihnen sind als Kinder oder Jugendliche, zwischen Anfang der 1970er und Anfang der 1990er Jahre, nach Österreich migriert, wo sich bereits zumindest ein Elternteil befunden hat. Die Eltern sind im Zuge der ArbeiterInnenanwerbung nach Österreich gekommen, aber auch die politische Lage in der Türkei kann mit ein Grund für die Migration gewesen sein. Der Militärputsch 1980 und seine Folgen waren zum Beispiel für Metin Can ausschlaggebend für die Entscheidung, nicht zurückzukehren:

Also, ich wollte nicht mehr hier [in Österreich] bleiben ... und danach, nach 1980, da hat es in der Türkei den militärischen Putsch gegeben. Das war damals sehr schlimm für die Kurden, insbesondere für die kurdischen Jugendlichen. Und aus diesem Anlass bin ich dann hier geblieben.

(Interview M. Can, 5.1.11)

Sechs von ihnen haben mittlerweile die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen, einer hat einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Eine Interviewpartnerin ist erst vor etwa vier Jahren als Erwachsene nach Österreich geflüchtet und wurde nach jahrelanger Wartezeit als Flüchtling anerkannt. Alle InterviewpartnerInnen sprechen Deutsch und Türkisch und beherrschen (oder verstehen zumindest) eine kurdische Sprache. Ausreichende Deutschkenntnisse, um ein Interview geben zu können, waren für mich ein Kriterium bei der Auswahl der GesprächspartnerInnen.

4.3 Die untersuchten Vereine

Die politischen kurdischen Vereine in Wien weisen in vielen Bereichen Ähnlichkeiten auf. Die für mich relevantesten behandle ich im folgenden Abschnitt (4.3.1), danach stelle ich die einzelnen Vereine, mit Schwerpunkt auf ihre Entstehungsgeschichte und ihre konkreten Tätigkeiten, vor (4.3.2- 4.3.6).

4.3.1 Gemeinsamkeiten

Die Vereine wurden zwischen Ende der 1980er und Mitte der 1990er gegründet, als die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK-Guerilla und dem türkischen Militär sowie die Repressionen gegen die Zivilbevölkerung in den kurdischen Provinzen ihren Höhepunkt erreicht hatten. Zu anderen Überschneidungspunkten gehören ihre Tätigkeitsbereiche, die politischen Strategien und Ziele, sowie das Verhältnis von Frauen und Männern in den Vereinen. Ihr transnationaler Charakter stellt eine für mich besonders relevante Gemeinsamkeit dar, daher gehe ich etwas ausführlicher darauf ein und mache einige allgemeine Anmerkungen zu transnationalen Beziehungen und Tätigkeiten von KurdInnen in Europa.

Es muss gesagt werden, dass sich die Arbeit von KOMKAR mittlerweile fast ausschließlich auf die Organisation der *Kurdischen Buchmesse* reduziert. Die Mitgliederzahlen sind weitaus geringer als bei den anderen Vereinen. Allerdings war KOMKAR in den ersten Jahren seines Bestehens, ab 1995, ein sehr aktiver kurdischer Verein mit höherer Reichweite. Die folgenden Beschreibungen beziehen sich im Falle von KOMKAR also nicht unbedingt auf die aktuelle, sondern zum Teil auch auf die frühere Rolle und Tätigkeiten des Vereins.

Tätigkeitsbereiche

Die Aktivitäten der untersuchten Vereine teilen sich auf verschiedene Bereiche auf. Diese entsprechen folgenden Punkten, die Ammann (2001: 162) in Bezug auf kurdische Organisationen in Deutschland zusammengefasst hat:

Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Bildungsarbeit [...]; Mobilisierung unpolitischer beziehungsweise assimilierter Kurden; Sozialarbeit, soziale und rechtliche Beratung und Unterstützung für Neuzugewanderte [und bereits Niedergelassene; Anm. H.M.]; Erhaltung und Förderung, teilweise Wiederbelebung der kurdischen Kultur, insbesondere der kurdischen Sprache; Kritische Auseinandersetzung mit und Förderung der Integration in die jeweilige Aufnahmegesellschaft; Unterstützung des Widerstandskampfes in den Herkunftsregionen.

Bei allen untersuchten Vereinen nehmen die kulturellen Tätigkeiten einen sehr großen Teil der Arbeit ein. Das Interesse und die Zahl der BesucherInnen ist bei kulturellen Veranstaltungen viel größer als bei politischen, wie ich selbst beobachten konnte.

Die sozialen und rechtlichen Beratungstätigkeiten zeichnen sich durch ihren informellen Charakter aus. Es gibt keine festen Beratungszeiten oder -orte⁴², sondern Menschen, die Unterstützung brauchen, wenden sich direkt an bestimmte Personen aus den Vereinen. Beispielsweise erzählt meine Interviewpartnerin vom Frauenverein Avesta, dass alle Frauen, die mit dem Verein in Verbindung stehen, ihre private Telefonnummer haben und sie bei Problemen also jederzeit anrufen können. (Interview Gülerüzü, 1.12.10) Die Kontakte zu den Vereinen werden oft durch ein großes soziales und familiäres Netzwerk hergestellt, wie es ein Interviewpartner des StudentInnenvereins beschreibt: *Man kennt und trifft sich ja untereinander. Bei Hochzeiten, bei Veranstaltungen. [...] Oder beim Verein. Da kennt man sich und fragt nach, wer studiert was, wer studiert, wer nicht. Oder du bekommst dann einen Anruf, ich bin der oder die – dann fragen die einfach nach oder man trifft sich und redet darüber.* (Interview YXK-Vorstand 1⁴³, 2.11.10)

Politische Strategien und Aktivitäten

Die Vereine versuchen auf indirektem Weg – mittels Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich – ihre transnationalen politischen Ziele durchzusetzen. (laut Østergaard-Nielsen, 2003: 71, gilt das auch für Deutschland). Sie üben dazu legale konfrontative Tätigkeiten aus (z.B. Demonstrationen), kooperieren aber auch mit nationalen, etablierten Institutionen. Ein FEYKOM-Vorstandsmitglied beschreibt es folgendermaßen:

Wir versuchen schon mit den Mitteln, die wir als ehrenamtlicher Verein haben, auch eine Lobbyarbeit zu betreiben – also FEYKOM in Österreich und andere Dachverbände in den anderen Ländern –, die Situation in Kurdistan und die Kurdenfrage unter den politischen Parteien zu verbreiten und Informationsaustausch zu geben und auch mit den verschiedenen Regierungsstellen und -ämtern, mit den verschiedenen staatlichen Institutionen in Verbindung zu bleiben. (Interview Küçükyaşar, 5.7.10)

42 Der Frauenverein Avesta hatte nur eine Zeit lang eine bezahlte Beraterin mit fixen Beratungszeiten.

43 Ich nenne die Namen der zwei Vorstandsmitglieder des kurdischen StudentInnenvereins YXK, die ich interviewt habe, auf deren Wunsch nicht.

Die Vereine betreiben allerdings nicht nur „homeland politics“, sondern auch, je nach Verein mehr oder weniger intensiv, „migrant politics“. Sie organisieren verschiedene Veranstaltungen im Bereich der Migrations-, Integrations- und Asylpolitik und kooperieren zu diesem Zweck mit anderen Organisationen in Österreich.

Mitgliedschaft und Finanzierung

Die Vereine finanzieren sich über Mitgliedsbeiträge, Spenden und Erlöse bei Veranstaltungen. Außerdem bekommen sie für konkrete, meist kulturelle Veranstaltungen und Projekte zum Teil Unterstützungsbeiträge von Parteien (vor allem der SPÖ), dem ÖGB, der *Arbeiterkammer* (AK) und anderen Institutionen sowie staatliche und städtische Subventionen.

Alle Personen, die in den Vereinen tätig sind, auch die Vorstandsmitglieder, arbeiten ehrenamtlich, es gibt momentan keine bezahlten MitarbeiterInnen. Die Vereinsarbeit hängt daher sehr stark vom Engagement und der Motivation einzelner aktiver Mitglieder ab.

Es gibt in allen Vereinen⁴⁴ formale Mitgliedschaft und Mitgliedsbeiträge. Diese Form der Mitgliedschaft ist allerdings eine relative neue Entwicklung. Die Zahl der formalen Mitglieder ist bei allen Vereinen weitaus geringer als jene der Menschen, die im Vereinslokal ein und ausgehen, Veranstaltungen besuchen, an Demonstrationen teilnehmen usw. Bei FEYKOM-Vereinen ist die ideologische Nähe zur PKK außerdem für manche ein Grund nicht offizielles Mitglied zu werden. Es besteht die Angst, sich selbst oder den Verwandten in der Türkei dadurch Probleme zu schaffen. (Interview Ayaz, 12.1.11; vgl. auch Ramsauer 2004: 103f). Die tatsächliche Reichweite der Vereine zu eruieren erweist sich daher als schwierig.

Vereinsmitglieder sind fast ausschließlich KurdInnen aus der Türkei, vereinzelt finden sich aber laut meinen GesprächspartnerInnen bei FEYKOM-Vereinen auch KurdInnen aus anderen Herkunftsländern sowie ethnische TürkInnen und ÖsterreicherInnen darunter.

Frauen, Männer und Geschlechterrollen in den Vereinen

Bei allen Vereinen – ausgenommen dem Frauenverein, der ausschließlich weibliche Mitglieder hat – sind sowohl im Vorstand als auch unter den einfachen Mitgliedern deutlich mehr Män-

44 Beim Dachverband FEYKOM sind nur Vereine, keine Personen, Mitglieder.

ner als Frauen vertreten. Sowohl die interviewten Aktivisten als auch die Aktivistinnen finden es schade, dass nicht mehr Frauen in den Vereinen politisch aktiv sind. Die Gründe für die geringe Präsenz von Frauen sehen meine GesprächspartnerInnen in den sich nur langsam wandelnden, patriarchalen Strukturen der (kurdischen bzw. gesamten) Gesellschaft sowie in der Mehrfachbelastung von Frauen durch Erwerbsarbeit, Haushaltsarbeit und Kindererziehung. Diese lässt vielen keine Zeit sich zusätzlich ehrenamtlich politisch zu engagieren. Diese Erklärungen zeigen, dass meine GesprächspartnerInnen sich den Auswirkungen von Geschlechterrollen in ihrem Umfeld bewusst sind.

Innerhalb der FEYKOM-Vereine gibt es eine bewusste politisch-ideologische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen (benachteiligten) Stellung von Frauen. Das kommt daher, dass sich innerhalb der PKK eine starke politische Frauenbewegung entwickelt hat. Auch in den neueren theoretischen Schriften des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, an denen sich FEYKOM-Vereine orientieren, nimmt die „Befreiung der Frau“ eine zentrale Rolle ein⁴⁵. Einige InterviewpartnerInnen kritisierten allerdings, dass es zwar unter Aktivisten (bzw. auch Aktivistinnen) in FEYKOM-Vereinen theoretische Kritik an den Geschlechterrollen(-zuschreibungen) und der Benachteiligung von Frauen gibt, viele diese jedoch im eigenen Leben und im Verein nicht in die Praxis umsetzen. Avesta bietet Seminare zu unterschiedlichen Themen an, in denen gesellschaftlich tief verankerte Geschlechterrollen und ihre Auswirkungen bewusst gemacht und überwunden werden sollen. Es ist dem Frauenverein ein Anliegen auch Männer in diese feministische Bildungsarbeit einzubeziehen, daher können diese an den Seminaren teilnehmen (und tun es auch).

Auch Guarnizo et al. stellen in ihrer empirischen Forschung (zu LateinamerikanerInnen in den USA) fest, dass mehr Männer als Frauen in transnationale politische Aktivitäten involviert sind. Sie begründen dies damit, dass die historisch verankerten Machtverhältnisse des Herkunftskontextes in einem anderen nationalen Kontext weiterbestehen. (vgl. Guarnizo et al. 2003: 1238f) Meines Erachtens wirken sich allerdings auch die (patriarchalen) Machtstruktu-

45 „Im real existierenden Sozialismus galt die Frauenfrage als eine eher untergeordnete Problematik, die nur im Zuge der Lösung von ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Problemstellungen für lösbar erachtet wurde. Frauen sind jedoch eher als unterdrückte Klasse und Nation respektive unterdrücktes Geschlecht zu begreifen. Solange die Freiheit und Gleichstellung der Frau nicht im historischen und gesellschaftlichen Kontext betrachtet wird, d. h., solange keine entsprechende Theorie entworfen wird, so lange wird sich keine adäquate Praxis umsetzen lassen. Somit nimmt die Befreiung der Frau eine zentrale strategische Rolle im demokratischen Freiheitskampf Kurdistans ein.“ (Abdullah Öcalan, zitiert auf der FEYKOM Webseite 3)

ren, die im Residenzland vorherrschen, aus, wenn diese beispielsweise Männern und Frauen bzw. männlichen und weiblichen MigrantInnen unterschiedliche Möglichkeiten politischer Partizipation bieten.

Transnationalismus

Ich gehe nun etwas detaillierter auf den transnationalen Charakter der Vereine ein. Wie bereits erwähnt, besteht dieser darin, dass sie in länderübergreifende Netzwerke eingebunden sind, sowie dass sich ihre politischen Ziele auf die Türkei beziehen und direkte Verbindungen zur Herkunftsregion bestehen. Kurdische transnationale Medien, die ich hier ebenfalls behandle, spielen als Kommunikationsmittel und Informationsquelle eine wichtige Rolle für Netzwerke pro-kurdischer AktivistInnen.

Die Emigration und Flucht von KurdInnen aus der Türkei nach Europa hat zur Entstehung und Stärkung eines pro-kurdischen, transnationalen Netzwerks geführt. Die Tätigkeiten von AktivistInnen, welche unterschiedlichen nationalen Rechtssystemen und politischen Regimen unterliegen, können vom türkischen Staat nicht so wie innerhalb der eigenen Staatsgrenzen politisch, rechtlich und/oder militärisch eingeschränkt werden, wie es auch Osman Ayaz beschreibt:

Früher war kein einziger Kurde im Ausland, kein Kurde hat Deutsch gekonnt, Englisch, Französisch, Italienisch. Jetzt sind Kurden, durch diesen Kampf, auf der ganzen Welt verstreut – ohne ihren Willen, sie waren dazu gezwungen. [...] Und deswegen kann der türkische Staat nicht so wie vor hundert Jahren gegen sie vorgehen. Weil so viele Kurden – fast über zwei Millionen – im Ausland sind. Bei irgendeiner Kleinigkeit kommen hunderttausende Kurden zusammen und protestieren und so erfährt die Öffentlichkeit davon. (Interview Ayaz, 12.1.11)

Bereits die Gründungsgeschichte der Vereine in Österreich demonstriert die transnationale Vernetzung der involvierten kurdischen AktivistInnen. Politisch Interessierte gründeten Vereine und schlossen sich dabei bestehenden Organisationen in Deutschland und in der Türkei an. Alle untersuchten Vereine sind bis heute in Dachverbänden und informellen Netzwerken mit anderen pro-kurdischen Organisationen und AktivistInnen verbunden. Die Kooperation

ist insbesondere mit Vereinen in Deutschland stark, wo sich europaweit die aktivsten Vereine befinden. FEYKOM-Vereine organisieren zum Teil zeitgleich mit Schwesterorganisationen in anderen europäischen Ländern Demonstrationen. Mit diesen reagieren sie auf Ereignisse in der Türkei, wie z.B. 1999 auf die Verhaftung Öcalans und in jüngerer Vergangenheit auf die Verhaftungen von hunderten PolitikerInnen der legalen pro-kurdischen Partei DTP. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 81f) Es kommt auch vor, dass AktivistInnen zu wichtigen politischen Ereignissen in andere europäische Länder (z.B. zur jährlichen Großdemonstration gegen die Verhaftung Abdullah Öcalans am 15. Februar in Strassburg) oder in die Türkei (z.B. zu Newroz) reisen. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Die transnationale Ausrichtung der Vereine ist auch in ihrer Konzentration auf die politische Lage in der Türkei bzw. Kurdistan zu sehen.

Und der Bezug zur Heimat ... wie gesagt, die Menschen sind aus politischen Gründen hergekommen und haben ihre politischen Aktivitäten in Europa eigentlich nicht aufgegeben. Es hat hier immer, und gibt noch immer eine starke Verbindung zur Türkei, weil die Menschen auch hin- und herfahren, die Medien verfolgen, Nachrichten und Zeitungen lesen. Und wenn es in der Türkei einen Vorfall gegen Kurden gibt – oder in anderen Regionen, zum Beispiel letzstens im Iran – dann schwappt das schon auch nach Österreich. Und Kurdinnen und Kurden in Österreich sind sensibel auf solche Sachen und reagieren dann darauf. Ja, also, diese Vernetzung ist sehr stark gegeben. (Interview Küçükyasar, 5.7.10)

Interessant ist, dass die transnationalen Beziehungen zu politischen AktivistInnen in der Türkei eher schwach ausgeprägt sind. Direkte Zusammenarbeit mit Organisationen oder Parteien in der Türkei gibt es laut meinen InterviewpartnerInnen kaum. Die Vereine selber agieren nicht (offiziell) in der Türkei. Für FEYKOM ist dies allein deswegen nicht möglich, *weil FEYKOM nach dem türkischen Staatsverständnis oder nach dieser Staatsideologie eine Terrororganisation ist, weil sie angeblich mit der PKK kooperiert.* (Interview Küçükyasar, 5.7.10)

Allerdings organisieren FEYKOM-Vereine jedes Jahr Delegationen von AktivistInnen und PolitikerInnen, die zu Newroz nach Diyarbakir reisen, um an den dortigen Feierlichkeiten teilzunehmen und damit ihre Unterstützung zu demonstrieren. Außerdem werden Menschen-

rechtsaktivistInnen, JournalistInnen, RechtsanwältInnen und PolitikerInnen aus der Türkei nach Österreich zu Vorträgen und anderen Veranstaltungen eingeladen.

Die interviewten AktivistInnen nutzen türkisch-, kurdisch- und deutschsprachige Medien (Fernseher, Print- und insbesondere Online-Medien), um sich über die Ereignisse in Kurdistan zu informieren. In der Türkei waren das Ausleben der kurdischen Identität und pro-kurdische politische Aktivitäten lange Zeit (und sind in gewissen Bereichen bis heute) von staatlicher Seite verboten. Die Möglichkeiten, die sich in dieser Hinsicht im Ausland boten, wurden nicht nur auf politischer Ebene genutzt. Viele kurdischsprachige kulturelle und politische Medien konnten in westeuropäischen Ländern entstehen. Verschiedene AutorInnen meinen, dass diese von Europa ausgehenden (transnationalen) Medien den Erhalt bzw. die Wiederbelebung der kurdischen Sprache und Kultur ermöglicht haben. (vgl. Van Bruinessen 2000; Hassanpour 1997) Beispielsweise wurden seit den 1960ern vermehrt kurdische Zeitschriften in verschiedenen Aufenthaltsländern von KurdInnen publiziert⁴⁶. (vgl. Van Bruinessen 2000) In Schweden, wo Publikationen ethnischer Minderheiten besonders gefördert werden, gibt es überdurchschnittlich viele Zeitschriften und Buchpublikationen. Darin zeigt sich der Einfluss der Minderheitenpolitik des Residenzlandes auf transnationale Tätigkeiten. Kurdische Journale werden auch in Frankreich, Deutschland und England herausgegeben. (vgl. Van Bruinessen 2000; Ammann 2001: 300) In Österreich sind mir keine regelmäßig erscheinenden kurdischen Zeitschriften bekannt, es gibt aber die deutsch- und kurdischsprachige Zeitung *Kurdi – Kurdisch-Österreichische Zeitung für Kultur und Kommunikation*, die unregelmäßig, meines Wissens nach bisher dreimal, in Wien erschienen ist⁴⁷.

Der erste Satellitensender, der in mehreren kurdischen Sprachen sendete, war MED-TV. Er begann 1995 in Großbritannien auszustrahlen und erreichte auch kurdische Regionen. In der Türkei war MED-TV verboten, da der Sender als ein von der PKK gelenktes – und damit terroris-

46 Diese ersten politischen und literarischen Publikationen in kurdischer Sprache (in Europa) hatten meist keine hohe Reichweite unter kurdischer ArbeiterInnen. Sie wurden allerdings teilweise in die Türkei geschmuggelt bzw. dort nachgedruckt als 1991 das Sprachverbot aufgehoben wurde. (vgl. Van Bruinessen 2000)

47 Siehe <http://www.kurdi.at> [13.07.2011]

tisches – Medium gesehen wurde⁴⁸. Da er aber eine der wenigen Alternativen zu offiziellen und zensurierten türkischen Medien darstellte, hatte MED-TV hohe ZuseherInnenzahlen, sowohl in der Türkei als auch in Europa. Die Türkei begann bereits vor Inbetriebnahme des Senders eine diplomatische Offensive dagegen und drängte Großbritannien dazu, die Sendeerlaubnis zu entziehen, was 1999 passierte⁴⁹. (vgl. Hassanpour 1997) Der aktuelle kurdische Sender ROJ-TV, mit Sitz in Belgien, hat mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Zuletzt haben im März 2010 kurdische Vereine in ganz Europa, so auch in Wien, vor belgischen Botschaften demonstriert, als es zu Bürodurchsuchungen und Beschlagnahmung von Computern von ROJ-TV in Belgien gekommen war. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10) In Österreich gibt es keine eigenen kurdischen Fernsehsender, aber beispielsweise die kurdischsprachige Radiosendung *Radio Dersim*, welche einmal wöchentlich 90 Minuten auf dem freien Radiosender *Orange 94.0* läuft⁵⁰.

Das Internet hat transnationale Tätigkeiten und Beziehungen stark verändert. Zahlreiche wissenschaftliche, journalistische, kulturelle und politische Internetplattformen und Webseiten mit Fokus auf Ereignisse in Kurdistan sind in den letzten Jahren entstanden⁵¹. (vgl. Van Bruinessen 2000) Das Internet dient vielen transnationalen Netzwerken, so auch den untersuchten Vereinen, als Basis für Kommunikation und Informationsbeschaffung, wie im folgenden Zitat deutlich wird.

Da die YXK eine Vereinigung ist, die über mehrere Länder in Europa vernetzt ist, bekommen wir – von den Genossen aus Deutschland – regelmäßig Informationen, Mails mit Nachrichten bezüglich der Situation in Kurdistan. Außerdem [erhalten wir Informationen] aus den Medien aus der Türkei, sowohl kurdischen als auch türkischen; vom Fernsehen; was man selber hört; von österreichischen, deutschen und internationalen Medien – angefangen von Al Jazeera bis zur APA und so. [...] Wir bekommen Informationen auch aus der Türkei von den Genossen,

48 Laut Ammann wurde MED-TV von der PKK initiiert. (vgl. Ammann 2001: 159) Hassanpour betont, dass der Sender unterschiedlichen Stimmen, auch PKK-kritischen, eine Plattform bot. In kurdischen Städten in der Türkei gab es Fälle von staatlicher Gewalt gegen und Verhaftungen von BesitzerInnen von Satellitenschüsseln. (vgl. Hassanpour 1997)

49 Als Grund wurden die Aussagen zweier Studiogäste genannt, welche in einer Sendung zur Gewalt als Durchsetzung der Rechte der KurdInnen aufgerufen hatten.

50 Siehe http://o94.at/programs/radio_dersim [13.07.2011]

51 In der Türkei sind allerdings viele kurdische Online-Plattformen gesperrt. (vgl. Kissau/Hunger 2010: 251)

die vor Ort sind, per Mail. Dann gibt's größere Webseiten, mit mehr als 50.000 Mitgliedern, da wird auch regelmäßig was veröffentlicht. Wenn vor Ort irgendwas passiert, zum Beispiel in Diyarbakir oder in Hakkari, dann gibt's User, die dort leben, und die stellen das dann gleich online. Und das, was interessant zu sein scheint für hier, für Österreich, das übersetzen wir und dann machen wir entweder Presseaussendungen oder stellen das einfach online oder schicken das an unsere Emailliste. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Die enge Verbindung zu den Vereinen in Deutschland hat wohl auch mit der gemeinsamen Sprache zu tun. Da in Österreich die Zahl von KurdInnen und pro-kurdischen AktivistInnen sowie die allgemeinen Ressourcen der Vereine geringer sind als in Deutschland, greifen die Vereine auf deutschsprachige Publikationen der KollegInnen in Deutschland zurück. Der StudentInnenverein YXK bekommt z.B. die deutsch- und kurdischsprachige Zeitschrift *Ronahi* und den *Kurdistan-Report* aus Deutschland zugeschickt und verteilt sie unter Interessierten in Österreich. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Neben den eben beschriebenen Gemeinsamkeiten, weisen die Vereine natürlich jeweils eine spezifische Geschichte, eigene Tätigkeitsbereiche usw. auf. Daher bietet es sich an, sie einzeln vorzustellen.

4.3.2 KOMKAR – Verein für ImmigrantInnen aus Kurdistan

KOMKAR wurde ursprünglich 1978 in Deutschland als Föderation von acht kurdischen Arbeitervereinen gegründet und hatte bis Ende der 1990er Jahre bereits 40 Mitgliedsvereine. Es fanden dort AktivistInnen zusammen, die mit der in der Türkei verbotenen *Sozialistischen Partei Kurdistans* (PSK, Partiya Sosyalista Kurdistan)⁵², sympathisierten, die der heute in Schweden lebende, kurdische Politiker und Schriftsteller Kemal Burkay 1974 gegründet hatte. In den folgenden Jahren kam es in mehreren europäischen Ländern zur Gründung von Tochterorganisationen, die jeweils als eigene Vereine organisiert waren. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 62f; Falk 1998: 82f) In Österreich wurde KOMKAR 1995 von einigen politisch engagierten KurdInnen gegründet. Der Verein bezeichnet sich als „überparteilich, gewaltfrei, de-

52 Die PSK sieht als Lösung der Kurdenfrage in der Türkei eine Föderation nach belgischem Vorbild und lehnt jegliche Form der Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele ab. (vgl. Østergaard-Nielsen 2002: 188)

mokratisch, religiös und sozial tolerant“ und sieht seine Hauptziele in der „Integration und Partizipation“, „Interessensvertretung der kurdischen MigrantInnen in Österreich“ und „Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für Kurdistan“ (KOMKAR 2010: 14f). Heute gibt es KOMKAR-Vereine in vielen europäischen Staaten. Die einzelnen Organisationen agieren unabhängig voneinander und es finden keine regelmäßigen Treffen statt.

Der Verein zählte zum Zeitpunkt des Interviews etwa 20-30 offizielle Mitglieder und der Vorstand besteht aus drei männlichen Mitgliedern. (Interview M. Can, 5.1.11) Ramsauer erhielt in einem Interview 2004 die Information, dass KOMKAR etwa 100 Familien zu seinen Mitgliedern zählt, was bedeutet, dass die Mitgliederzahlen in den letzten Jahren abgenommen hat. (vgl. Ramsauer 2004: 99)

KOMKAR hat sich seit seiner Gründung u.a. für die Verbesserung der Situation von KurdInnen (zu Beginn vor allem kurdischen ArbeiterInnen) in den jeweiligen Residenzländern eingesetzt. In Österreich wurden zu Beginn Beratungs-, Begleitungs- und Übersetzungsdienste angeboten.

Die Aktivitäten von KOMKAR-Österreich haben in den letzten Jahren stark abgenommen, wie ich auch im Vergleich mit Ramsauers (2004) Beschreibung von KOMKAR feststellen konnte. Mittlerweile konzentriert sich der Verein ausschließlich auf die Organisation der *Kurdischen Buchmesse*, die seit 2005 jährlich stattfindet. (Interview M. Can, 5.1.11) Neben der Präsentation von kurdisch-, deutsch-, türkisch- und englischsprachigen Büchern finden dort u.a. Podiumsdiskussionen und Vorträge zu politischen⁵³ und sozialen Themen, Konzerte, Film- und Theatervorführungen statt. KOMKAR versteht die Buchmesse als einen „Tagungsort für politische Bildung und Meinungsaustausch“ sowie als Vernetzungsplattform für kurdische SchriftstellerInnen und WissenschaftlerInnen. (KOMKAR 2010: 2f) KOMKAR ist Mitglied bei der Wiener Integrationskonferenz.

53 Zum Beispiel sprach bei der ersten Buchmesse Kemal Burkay über „Politik und Literatur“ und in den folgenden Jahren fanden u.a. Veranstaltungen zu folgenden politisch relevanten Themen statt: „Der interkulturelle Dialog unter MigrantInnenorganisationen“, „Die aktuelle politische Lage in der Türkei“, „Die MigrantInnenpolitik der Sozialpartner“, „Die kulturpolitische Vernetzung der Frauen in Kurdistan, in Österreich und in der Türkei“ sowie die „Staudammprojekte in Munzur und Hasankeyf“ (KOMKAR 2010: 7-13).

4.3.3 FEYKOM – Dachverband der kurdischen Vereine in Österreich

FEYKOM wurde 1992 gegründet und vereinte als Dachverband die PKK-nahen⁵⁴ kurdischen Vereine in Österreich. Er versteht „die soziale und kulturelle Interessensvertretung und die Repräsentation der kurdischen MigrantInnen in Österreich“ als seine Hauptaufgabe (Waldrauch/Sohler 2004: 270). Zur Zeit hat FEYKOM acht Mitgliedsvereine in Österreich, zusätzlich gehören der kurdische StudentInnenverein YXK in Wien sowie Jugend- und Frauenvereine (darunter Avesta) in Wien, Graz und Linz dazu. FEYKOM hatte zum Zeitpunkt des Interviews sieben (zwei weibliche, fünf männliche) Vorstandsmitglieder. (Interview Küçükyaşar, 5.7.10)

Mevlüt Küçükyaşar schätzt, dass FEYKOM-Vereine österreichweit insgesamt etwa 1500 Mitglieder haben. Verglichen mit Ramsauer (2004: 94ff) haben sich die Mitgliederzahlen von FEYKOM seit 2004 nicht verändert. FEYKOM ist, alle seine Vereine inkludiert, in Österreich die mitgliederstärkste und aktivste kurdische Organisation. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 270, 289) Das passt zur generellen Tendenz in der „kurdischen Diaspora“, dass sich die PKK bzw. PKK-nahe Organisationen und Vereine seit den 1990ern als stärkste politische Organisationen herausgebildet haben. (vgl. Ammann 2001: 158)

FEYKOM ist Mitglied in der Föderation KON-KURD, die ihren Sitz in Brüssel hat und zu der Verbände in zwölf, zu einem großen Teil europäischen, Ländern gehören. (vgl. KON-KURD Webseite) Alle zwei Monate treffen sich RepräsentantInnen der verschiedenen Verbände zum Informationsaustausch über ihre Arbeit und es gibt eine jährliche Generalversammlung mit Vorstandswahlen. FEYKOM ist außerdem Mitglied bei der Wiener Integrationskonferenz. (Interview Küçükyaşar, 5.7.10)

Als Dachverband übernimmt FEYKOM die Aufgaben, Kontakte zu staatlichen RepräsentantInnen und zu politischen Parteien zu halten, auf die Lage der kurdischen Bevölkerung in der Türkei aufmerksam zu machen und auf politischer Ebene Unterstützung für ihre Anliegen zu suchen. (Interviews YXK-Vorstand 1, 2.11.10; Küçükyaşar, 5.7.10) FEYKOM konzentriert sich aber nicht nur auf die politische Lage in der Türkei, sondern hat auch eine *gesamtgesell-*

54 Mit „PKK-nahe“ meine ich, dass sie die politische Linie der PKK vertreten. FEYKOM zitiert beispielsweise auf ihrer Webseite den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und auch in den Interviews bemerkte ich die politisch-ideologische Nähe. Ob direkte Verbindungen oder Kontakte zur PKK bestanden oder bestehen ist mir nicht bekannt.

schaftliche Aufgabe. (Interview Küçükyaşar, 5.7.10) Der Dachverband organisiert selbst politische und kulturelle Veranstaltungen. Die größte ist hierbei das kurdische Neujahrsfest Newroz mit Festreden und Live-Musik, welches tausende BesucherInnen zählt. Zu weiteren Veranstaltungen gehörten 2011 u.a. die jährlich stattfindende Großkundgebung zu Newroz, eine Demonstration anlässlich des Staatsbesuches des türkischen Präsidenten in Wien sowie das Aufstellen von „Friedenszelten“ am Christian-Broda-Platz in Wien aus Solidarität mit kurdischen AktivistInnen und der kurdischen Bevölkerung⁵⁵. Auch in Bezug auf die Lage von MigrantInnen in Österreich ist FEYKOM aktiv.

FEYKOM befindet sich, wie Avesta, in den KIB-Vereinsräumlichkeiten (in der Jurekgasse im 15. Wiener Gemeindebezirk), welche auch die YXK hin und wieder nutzt. Nicht nur räumlich, sondern auch personell gibt es bei den Vereinen Überschneidungen. Es gibt besonders aktive Personen, darunter einige meiner GesprächspartnerInnen, die in den verschiedenen Vereinen tätig sind, je nachdem wo es gerade viel zu erledigen gibt. Für mich war nicht immer klar, welcher Verein welche Veranstaltungen organisiert bzw. welche Tätigkeiten ausübt. So wurden mir Deutsch-, Kurdisch-, Saz- (türkische Laute), Theater- und kurdische Folkloretanzkurse von meinen InterviewpartnerInnen von FEYKOM, KIB, YXK sowie Avesta als Vereinsaktivitäten genannt.

Auch die politische Ausrichtung und die Vorstellung, wie die Kurdenfrage gelöst werden sollte, ist den FEYKOM-Vereinen gemein. Analog zur Entwicklung der politischen Ziele der PKK – nach den Vorschlägen Abdullah Öcalans⁵⁶ – sehen die AktivistInnen nicht mehr einen eigenen Staat Kurdistan (wie in den 1990ern) als Lösung, sondern fordern Veränderungen innerhalb der bestehenden Grenzen, welche KurdInnen und anderen Minderheiten kulturelle,

55 „Die Zelte für eine demokratische Lösung wurden auf Initiative der Friedensmütter ab dem 18. März in allen kurdischen Gebieten und der Türkei mit dem Ziel errichtet, die eigene Entschlossenheit und den Willen zu bezeugen, um täglich 24 Stunden lang Wache zu halten, bis der Krieg beendet wird. Die Zelte sind eine Reaktion auf die Verbannung der Diskussionen zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage von der Agenda und stellen somit auch eine Interventions- und Diskussionsplattform in diesem Rahmen dar.“ (FEYKOM Webseite 2)

56 „Ein Aufflammen des kurdischen Nationalismus würde den persischen, arabischen und türkischen Nationalismus noch weiter radikalieren, was eine Lösung der Probleme weiter erschwert. Dem muss ein Lösungsmodell gegenübergestellt werden, das frei von nationalistischen Begehren ist und die bestehenden Landesgrenzen anerkennt, im Gegenzug aber den Status der Kurden in den jeweiligen Verfassungen gesetzlich regelt, auf deren Grundlage ihre kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte garantiert werden.“ (Öcalan, zitiert auf der FEYKOM Webseite 3)

sprachliche und politische Rechte und eine gewisse Autonomie sichern sowie eine demokratische Verfassung.

4.3.4 KIB – Verein für Kultur und Information Kurdischer Angelegenheiten

Ursprünglich wurde KIB 1982⁵⁷ als *Kurdisches Informationsbüro* von dem Journalisten und Autor Hans Hauser und anderen eröffnet. Es war als Reaktion auf den Militärputsch in der Türkei entstanden und sollte KurdInnen und Nicht-KurdInnen dazu dienen, Informationen zu den Ereignissen in der Türkei zu bekommen. Aber auch kulturelle Veranstaltungen und Seminare wurden organisiert. (Interview Ayaz, 12.1.11; vgl. Ramsauer 2004: 95f) Laut KIB-Obmann Osman Ayaz zogen sich die Gründer irgendwann zurück und andere kurdische AktivistInnen führten den Verein weiter. (Interview Ayaz, 12.1.11)

Momentan sind sieben Personen im Vorstand, darunter sechs Männer und eine Frau (die Obmann-Stellvertretende). KIB bietet seinen Mitgliedern Beratung, Begleitung (zu Ärzten, Behörden, usw.) sowie Übersetzungsdienste. Ich hatte den Eindruck, dass bei KIB die Funktion von Vereinen als sozialem Treffpunkt noch stark vorhanden ist. In den Räumlichkeiten im 15. Gemeindebezirk ist ein großer Raum mit Sitzmöglichkeiten und Tischen eingerichtet und es werden Getränke und Essen verkauft. Bei meinen Besuchen waren immer einige Personen, mehr Männer als Frauen, anwesend, die zusammensaßen und sich unterhielten, während immer auch auf einem Fernseher kurdische oder türkische Programme liefen. Beim Donauinselfest betreibt KIB (bzw. die FEYKOM-Vereine zusammen) jährlich einen Stand zum Verkauf von Essen und Getränken, bei dem auch Musik gespielt und getanzt wird und der KurdInnen als Treffpunkt dient. (Interview Ayaz, 12.1.11)

KIB war zu Beginn zwar fast ausschließlich auf die Ereignisse in der Türkei konzentriert, allerdings unterstützte er beispielsweise 1987 den „Langen Marsch“, einen von ATIGF organisierten Demonstrationzug von Vorarlberg nach Wien gegen Ausländerfeindlichkeit und strukturelle Benachteiligung von MigrantInnen. (vgl. Strasser 2009b: 177, 286)

57 Laut Informationen, die Waldrauch und Sohler erhielten, wurde KIB erst 1986 gegründet und stellte zu Beginn eine (partei-)politisch unabhängige Dachorganisation dar. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 241)

4.3.5 YXK – Verein für StudentInnen aus Kurdistan

Der kurdische StudentInnenverein YXK (Yekîtiya Xwendevanên Kurdistan) wurde zuerst von 75 Studierenden 1991 in Bochum gegründet. (vgl. YXK-Deutschland Webseite 1) Der Wiener Verein YXK wurde ebenfalls bereits Anfang der 1990er gegründet. Einige politisch interessierte kurdische Studierende, die fast alle erst zum Studieren nach Österreich gekommen waren, trafen in Wien zusammen und gründeten den Verein. Zu Beginn war ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf Kurdistan gerichtet. Das wichtigste Anliegen der Studierenden war es, in Österreich auf die Situation in der Türkei aufmerksam zu machen, was sie durch Seminare, Demonstrationen, Vorträge und andere Veranstaltungen zu erreichen versuchten. Es wurden zwar auch Hilfestellungen bei konkreten Problemen im Universitätsalltag geleistet, eine politische Auseinandersetzung mit österreichischer Migrationspolitik fand zu Beginn allerdings kaum statt. Bereits damals kam es zur Zusammenarbeit mit der *Österreichischen HochschülerInnenschaft* (ÖH) und verschiedenen StudentInnenorganisationen, insbesondere dem *Verband Sozialistischer Studentinnen und Studenten Österreichs* (VSSTÖ), den *Grünen & Alternativen StudentInnen* (GRAS) und dem *Kommunistischen StudentInnenverband* (KSV). (Interview D. Can, 23.5.11)

Der Verein hat aufgrund der ideologischen Nähe von Beginn an mit FEYKOM zusammengearbeitet und ist ein Mitgliedsverein. Der Vorstand bestand zum Zeitpunkt des Interviews aus sieben Personen (drei Frauen, vier Männer). Derzeit hat der Verein etwa 120 offizielle Mitglieder. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Seit der Gründung gab es Phasen mit mehr und Phasen mit geringerer Aktivität, meist abhängig vom Studienbeginn oder -ende einzelner besonders aktiver Mitglieder. Nach einer passiven Phase ab Mitte der 2000er wird seit 2009 wieder verstärkt gearbeitet. Es wurde die formale Mitgliedschaft inklusive Mitgliedsbeiträgen eingeführt sowie eine Webseite und Mailingliste eingerichtet. Insgesamt möchte der Verein nun, laut meinen InterviewpartnerInnen, professioneller arbeiten sowie die Kooperation mit ÖH und anderen StudentInnenorganisationen erhöhen. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit YXK in Deutschland wurde bereits verstärkt. (Interviews YXK-Vorstand 1, 2.11.10; YXK-Vorstand 2, 7.1.11) Laut ihrer Webseite will die YXK:

der studentisch-universitären und allgemeinen Öffentlichkeit in Österreich ein Verständnis über die kurdische Frage und die mit ihr zusammenhängenden Konflikte ermöglichen; das Bewusstsein für eine eigenständige kulturelle Identität in der Emigration fördern und bewahren; Hilfe für kurdische und andere benachteiligte Studierende bei ihren akademischen, hochschulischen, sozialen und bürokratischen Anliegen; die gesellschafts- und sozialpolitischen Bereiche des Lebens in Europa im Rahmen des Studiums wissenschaftlich erarbeiten, erforschen und publizieren [sowie] Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker aus der ganzen Welt fördern und sich mit diesen solidarisieren. (YXK-Wien Webseite)

Analog zu den offiziellen Zielen der YXK haben meine InterviewpartnerInnen zum einen den Erhalt und die Weitergabe der kurdischen Sprache(n) und Kultur (Interview YXK-Vorstand 2, 7.1.11) und zum anderen das Informieren der (kurdisch-)österreichischen Öffentlichkeit über die Lage in Kurdistan sowie die Anwerbung neuer Mitglieder (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10) als wichtigsten Teil der Arbeit genannt.

Die Vereinstätigkeiten umfassen die Veranstaltung von Vorträgen, Buchpräsentationen und Diskussionsveranstaltungen zu kurdischer Kultur, Politik und Geschichte, die Organisation von Demonstrationen oder Infoständen sowie von informellen Treffen zum Kennenlernen und Diskutieren⁵⁸. Sie vertreten aber auch allgemeine Interessen von MigrantInnen an den österreichischen Universitäten und informieren über migrationsrechtliche Themen (individuell und in Form von öffentlichen Veranstaltungen). Sie unterstützen kurdische Studierende in sozialen und rechtlichen Belangen und beraten Interessierte hinsichtlich Studiumswahl und -verlauf. Die YXK versucht auch Personen, die zum Studieren nach Österreich kommen möchten, bei der Durchsetzung ihres Vorhabens zu unterstützen. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Mittlerweile gibt es Ortsgruppen, die zum *Dachverband der Studierenden aus Kurdistan* YXK in Deutschland gehören, in verschiedenen Städten in mehreren europäischen Ländern. (YXK-Deutschland Webseite 1) Jährlich (2010 zum 18. Mal) findet im Rahmen der *Hüseyin-*

58 Im Untersuchungszeitraum besuchte ich z.B. Buchpräsentationen mit anschließenden Diskussionen von „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ (deutsche Übersetzung Abdullah Öcalans zuletzt verfasster Schriften) sowie von „PKK - Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam“ mit dem Autor Nikolaus Brauns sowie Vorträge zu kurdischer Literatur und zum österreichischen Fremdenrecht.

Çelebi⁵⁹-Literaturveranstaltung in Deutschland eine Hauptversammlung mit Vorstandswahlen statt. Meistens reisen auch Mitglieder der österreichischen YXK zu dieser Veranstaltung. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

4.3.6 Avesta – Kurdischer Frauenverein

Der erste *Kurdische Frauenverein* von Kurdsinnen aus der Türkei wurde in Österreich, laut Informationen die Ramsauer (2004: 94) erhielt, 1986 gegründet. Meine Interviewpartnerin meinte hingegen, dass er Anfang der 1990er gegründet worden ist. Auslöser waren die Entwicklung einer kurdischen Frauenbewegung innerhalb der pro-kurdischen politischen Bewegung und der PKK sowie die Gründung von eigenen kurdischen Frauenorganisationen in der Türkei und in westeuropäischen Ländern. (Interview Güteryüzü, 1.12.10; vgl. Van Bruinessen 2003: 11)

Unter dem aktuellen Namen Avesta besteht der Verein seit 2007. Zum Zeitpunkt des Interviews hatte er etwa 120 Mitglieder. Der aktuell aus sieben Frauen bestehende Vorstand ist in vier Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Aufgaben aufgeteilt: *Außendienst* (Vernetzung mit anderen Frauenvereinen), *Junge Mädchen* (Mitglieder rekrutieren), *Bildungsgruppe* (bzgl. Frauenrechte, Geschlechterrollen, Gesundheit, kurdische Geschichte usw.) und *Sozial-Gruppe* (Unterstützung bei Problemen aller Art, Besuchsdienste nach Geburt oder bei Krankheit usw.). (Interview Güteryüzü, 1.12.10)

Der Verein organisiert Seminare zu Fragen der Stellung der (kurdischen) Frau, z.B. anhand Themen wie Frauenbeschneidung, von der Frauen im irakischen Kurdistan betroffen sind, oder häusliche Gewalt. Außerdem unterstützt Avesta Frauen bei konkreten Problemen und bietet muttersprachliche Beratung an.

Die Vereinsarbeit konzentriert sich *auf die Heimat und auch darauf wie wir uns hier integrieren und weiter zusammenleben können*. (Interview Güteryüzü, 1.12.10) Auch pro-kurdische Anliegen spielen im Frauenverein eine wichtige Rolle, wie auch das folgende Zitat zeigt:

59 Çelebi war ein in Deutschland geborener (pro-)kurdischer Aktivist, der wegen seinen politischen Tätigkeiten zwei Jahre in einem deutschen Gefängnis war, sich der Guerillaeinheiten der PKK anschloss und 1992 in Südkurdistan bei gewaltsamen Auseinandersetzungen umkam. „Hüseyn wurde auf dem 2. YXK-Kongreß im Dezember 1992 zum ersten Ehrenvorsitzenden unseres Verbandes erklärt, weil er mit seiner Persönlichkeit den kurdischen Studierenden in Europa ein Vorbild ist“. (YXK-Deutschland Webseite 2)

Aber auch als Frauenverein bleiben die Arbeiten nicht begrenzt auf Frauen. Weil das, was in der Heimat geschieht, das betrifft uns direkt. Und das letzte Jahr war ein sehr sensibles Jahr. [...] Zum Beispiel haben wir unsere Frauen alle mobilisiert, unsere Verwandten und Bekannten in der Türkei anzurufen, damit sie gegen diese Volksabstimmung⁶⁰ protestieren und nicht zu den Wahlen gehen. (Interview Güleryüzü, 1.12.10)

Avesta ist Teil eines transnationalen Netzwerks kurdischer Frauenvereine. Zusammenarbeit besteht hier insbesondere mit deutschen Vereinen, darunter *Utamara* (2006 gegründet) und *Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden* (2000 gegründet). Letzteres organisiert seit 2004 jährlich das *Zilan-Festival*, bei dem es neben kulturellen Veranstaltungen auch Seminare, Vorträge usw. gibt und zu dem Frauen aus vielen europäischen Ländern anreisen. Es gibt innerhalb der kurdischen Frauenbewegung jährlich ein Thema, zu dem dann europaweit gearbeitet wird (die letzten beiden waren „Meine Ehre ist meine Freiheit!“ sowie „Schluss mit der Vergewaltigungskultur und erhöhen wir den Freiheitskampf!“). Vertreterinnen der Vereine tauschen sich bei Treffen über ihre Arbeit aus. (Interview Güleryüzü, 1.12.10)

* * *

In diesem Kapitel ging es darum meine Vorgangsweise bei der empirischen Forschung darzulegen sowie mein Untersuchungsfeld zu beschreiben. Meinen Untersuchungen im Feld ging die theoretische Auseinandersetzung mit themenspezifischer Literatur voraus, wodurch ich bereits zu Beginn der eigentlichen Untersuchung die für meine Fragestellung wichtigen Aspekte beachten konnte. Ich habe in diesem Abschnitt erklärt, anhand welcher Kriterien ich die fünf von mir untersuchten Vereine ausgewählt habe. Sie sind, nach meinen dargelegten Definitionen, „politisch“, „kurdisch“ und „transnational“, außerdem beziehen sie sich in ihren Tätigkeiten auf das Herkunftsland Türkei und agieren von Wien aus. Weitere Gemeinsamkeiten

⁶⁰ In der Türkei fand am 12. September 2010 eine Volksabstimmung über mehrere Verfassungsänderungen statt. Die pro-kurdische Partei BDP sowie die PKK riefen zu einem Wahlboykott auf, weil in der geplanten Reform keine Änderungen bzgl. der Rechte und des Status religiöser und ethnischer Minderheiten vorgesehen waren. Auch die Gesetze, aufgrund derer bereits mehrere pro-kurdische Parteien verboten worden sind, sowie die 10% Hürde, welche pro-kurdische Parteien fast immer daran hindert ins Parlament einzuziehen, wurden nicht aufgehoben. (vgl. Der Standard Online, 19.8.2010)

zum einen und ihre Besonderheiten – die jeweilige Entstehungsgeschichte, ihre konkreten Aktivitäten und Tätigkeitsbereiche usw. – zum anderen habe ich in einzelnen Unterkapiteln dargestellt. Die dazu notwendigen Informationen erhielt ich (abgesehen von Sekundärquellen) aus acht teilstrukturierten qualitativen Interviews, eigenen Beobachtungen, informellen Gesprächen sowie Newslettern / E-Mail-Aussendungen und Informationsmaterialien der Vereine. Bei der Analyse der Interviews, die ich mit AktivistInnen der einzelnen Vereine geführt habe, bin ich nach Mayring (2010) vorgegangen. Die genannten Quellen stellen das empirische Datenmaterial dar, anhand dem ich auch meine Frage nach dem Einfluss des österreichischen Kontexts auf die transnationalen Tätigkeiten der Vereine beantworte.

5 Der Residenzstaat Österreich und transnationale politische Aktivitäten der kurdischen Vereine

In diesem Kapitel geht es um den Einfluss Österreichs und der nationalen Rahmenbedingungen auf die transnationalen Tätigkeiten kurdischer politischer Vereine, welche dort ihren Ausgangspunkt finden. Anhand der von mir geführten Interviews mit AktivistInnen aus den verschiedenen Vereinen, eigener Beobachtungen im Feld sowie themenspezifischer Primär- und Sekundär-Literatur, beantworte ich die eingangs gestellte Forschungsfrage. Ich untersuche einzelne Bereiche, die in transnationalen Studien als mögliche Einflussfaktoren aufgezeigt wurden und die ich in Kapitel 3.3 herausgearbeitet habe.

Zuerst untersuche ich, ob und wie die österreichische Migrations- und Integrationspolitik seit den 1960ern zu den Vereinen und ihren Praktiken in Beziehung stehen (5.1). Die spezifischen Einbürgerungsgesetze und -möglichkeiten sowie die Bedeutung der österreichischen bzw. türkischen Staatsbürgerschaft für meine InterviewpartnerInnen und ihre politischen Tätigkeiten sind Thema des zweiten Abschnitts (5.2). Danach geht es um politische Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen (5.3). Ich untersuche hier erstens, inwiefern diese in die etablierten politischen Strukturen eingebunden werden; zweitens, welche Möglichkeiten der formalen Selbstorganisation sie haben und drittens, ob und wie MigrantInnenvereine unterstützt bzw. in politische Entscheidungen auf nationaler und kommunaler Ebene einbezogen werden. Im darauffolgenden Unterkapitel (5.4) konzentriere ich mich auf Kooperationsmöglichkeiten der untersuchten Vereine mit nationalen politischen Institutionen, politischen Parteien und nicht-staatlichen Organisationen und auf den Einfluss, den diese auf die Vereinstätigkeiten haben. Zuletzt (5.5) untersuche ich den spezifischen staatlichen Umgang mit prokurdischen politischen Tätigkeiten und Vereinen. Die Beziehung des Residenzlandes mit dem Herkunftsstaat sowie internationale Politik spielen hierbei eine Rolle, die ich ebenfalls beleuchten werde.

5.1 Migrations- und Integrationspolitik

Für die österreichische Migrationspolitik, seit den 1990ern auch „Integrationspolitik“, ist die Unterscheidung in österreichische StaatsbürgerInnen (EU-BürgerInnen) und sogenannte Drittstaatsangehörige ausschlaggebend. (vgl. Perchinig 1999: 162) Einreisebestimmungen sowie Aufenthalts-, Niederlassungs- und Asylgesetze sind die Bereiche, in denen sich die Migrationspolitik am deutlichsten zeigt.

In diesem Abschnitt geht es darum herauszuarbeiten, inwieweit die migrations- und asylrechtlichen Rahmenbedingungen mit transnationalen Aktivitäten von KurdInnen in Beziehung stehen und diese beeinflussen. Aufgrund der Wandlung sowohl der Migrationspolitik als auch der Vereinstätigkeiten seit den 1960ern bietet sich eine chronologische Betrachtung unterschiedlicher Phasen an.

1960er bis 1990er: „Gäste“ in Österreich und Ausgangspunkt für transnationales Agieren

Der Einfluss eines Residenzlandes auf die transnationalen politischen Tätigkeiten von MigrantInnen beginnt m.E. bereits damit, dass der Staat die Zusammensetzung und Größe der migrantischen Bevölkerung mitbestimmt. Je nach Zielland wird bestimmten Personen (z.B. ungelernten ArbeiterInnen, Schlüsselkräften, politischen Flüchtlingen, StudentInnen) aus bestimmten Herkunftsländern die legale Einwanderung und temporäre oder dauerhafte Niederlassung ermöglicht. Einige werden bevorzugt aufgenommen oder sogar gezielt angeworben, während anderen die legale Einreise nicht genehmigt wird.

Die spezifische Geschichte der Migration wird so von den Zielländern mitgestaltet. Beispielsweise hat Deutschland, wegen des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs, bereits Mitte der 1950er Jahre mit der gezielten ArbeiterInnenanwerbung aus dem Ausland begonnen und europaweit die meisten Arbeitskräfte aufgenommen. Zusammen mit dem Familiennachzug führte dies dazu, dass heute etwa eine halbe Million KurdInnen in Deutschland leben. Aufgrund dieser hohen Repräsentation kurdischer MigrantInnen wurde Deutschland zum Ausgangspunkt und Zentrum transnationaler, pro-kurdischer Tätigkeiten.

Nach Schweden und Finnland hingegen sind, aufgrund der dortigen hohen Anerkennungsraten von Asylanträgen kurdischer Personen, viele KurdInnen als politische Flüchtlinge gekommen. (vgl. Wahlbeck 1996: 3, 1998; Van Bruinessen 2000) Intellektuelle bzw. AkademikerInnen stellen einen hohen Teil unter KurdInnen in Schweden. Die schwedische Minderheitenpolitik spricht allen ethnischen Minderheiten das Recht zu, kulturelle Aktivitäten auszuüben und fördert diese auch (z.B. Unterricht der Muttersprache in Schulen). Aus diesen Gründen hat sich dort ein Netzwerk von kurdischen Intellektuellen und KünstlerInnen ausgebildet und die Zahl kurdischer Organisationen, Publikationen und Zeitschriften ist verhältnismäßig hoch. (vgl. Van Bruinessen 2000; Ammann 2001: 159f, 300; Interview M. Can, 5.1.11)

Die meisten KurdInnen, die heute in Österreich leben, sind infolge der gezielten Anwerbung ab 1964 als ArbeitsmigrantInnen oder im Rahmen des Familiennachzugs eingewandert. Alle meine GesprächspartnerInnen, bis auf eine, folgten ihren Eltern zwischen Anfang der 1970er und Anfang der 1990er nach Österreich. Zu der Zeit wurden die EinwanderInnen und ihre Familien nicht als dauerhafter Bestandteil der österreichischen Gesellschaft wahrgenommen und lebten oft in prekären Verhältnissen – nicht nur in rechtlicher Hinsicht, sondern auch z.B. die Arbeits- und Wohnsituation betreffend. Metin Can erzählt von seiner Ankunft in Österreich:

Das war vor 30 Jahren, 1979. Vorher war mein Vater da, als Gastarbeiter. Und ich wollte auch zu meinem Vater. Als ich hierher kam, war das eine große Enttäuschung. Das Wetter war anders, sprachlich [verstand ich] gar nichts. [...] Und damals war die Situation ganz anders. In einem Heim, das von den Baufirma für die Arbeiter zu Verfügung gestellt wurde, standen in einem Zimmer vier, manchmal sogar sechs Stockbetten beieinander. Gemeinsame Küche und gemeinsame Waschanlagen usw. Drei Monate lang musste ich, von der Früh bis am Abend, bis der Vater kommt, in dieser Wohnung bleiben. (Interview M. Can, 5.1.11)

Kurdische ArbeiterInnen gründeten ab den 1970ern eigene kurdische (zunächst ArbeiterInnen-) Vereine. Diese dienten vielen Menschen primär als soziale Treffpunkte. Ab den 1980ern und vor allem zu Beginn der 1990er Jahre formierten sich kurdische politische Vereine, die sich an bestehenden Organisationen und Parteien in der Türkei und Deutschland orientierten und politisch Gleichgesinnte zusammenbrachten. Die vorwiegende Konzentration ihrer politi-

schen Tätigkeiten auf die Lage in der Türkei zu dieser Zeit hängt mit unterschiedlichen Faktoren zusammen. Zum einen hatten der kurdische Freiheitskampf der PKK, die bewaffneten Auseinandersetzungen sowie staatliche und militärische Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung (im Zuge der Terrorbekämpfung) einen Höhepunkt erreicht (vgl. Van Bruinessen 2000). Viele KurdInnen setzten sich in Zusammenhang mit diesen präsenten politischen Entwicklungen erstmals mit ihrer kurdischen Identität auseinander oder wurden sich dieser überhaupt erst bewusst. Zum anderen wurden MigrantInnen in Österreich auf politischer und gesellschaftlicher Ebene als nur temporäre „Gast“-ArbeiterInnen dargestellt und dementsprechend glaubten und planten auch viele KurdInnen selbst, dass sie wieder in die Türkei zurückkehren würden. Aus diesen Gründen interessierten (und betrafen scheinbar) politische Entwicklungen in der Türkei die kurdischen AktivistInnen mehr als die österreichische Politik, wie auch eine Interviewpartnerin berichtet:

Der Hauptschwerpunkt [des kurdischen Studentenvereins YXK in den 1990ern] lag auf der Türkei und den aktuellen Ereignissen in Kurdistan, weil das war, wie gesagt, sehr emotional. [...] Diese Emotionalität, dieser Aufbruch, diese Entstehungsphase – wo vieles für dich neu ist, spannend ist, wo viel zu erfahren ist, kannst du dich gar nicht auf migrationsspezifische Probleme konzentrieren. Vor allem, wenn du denkst, ich gehöre eh nicht hier her oder ich werde sowie so wieder zurückkehren. Das haben am Anfang viele gedacht. Weil wir so aktiv waren, vielleicht, weil wir die österreichische Gesellschaft nicht wirklich kannten und die Schwierigkeiten, die Migration, Integration mit sich brachte. [...] Erst im Laufe der Zeit sind uns die Alltagsprobleme bewusst geworden. (Interview D. Can, 23.5.11)

FEYKOM-Vereine unterstützten bereits damals neuzugewanderte und niedergelassene KurdInnen in Österreich durch Beratung und Begleitungen. Dieser soziale Tätigkeitsbereich nahm allerdings keinen großen Teil der Vereinsarbeit ein, sondern fand dann seine Anwendung, wenn es nötig war. Die Vereine reagierten damals, wie auch heute, in ihrer Arbeit auf die konkreten Bedürfnisse und Probleme der Menschen, die den Verein besuchten, indem sie beispielsweise auch Deutsch- und Alphabetisierungskurse sowie Informationsveranstaltungen zu österreichischen Gesetzen anboten.

Zum Beispiel kommen unsere Mitglieder und können kein Deutsch: wir machen Deutschkurse. Wir klären über österreichische Gesetze, Bürokratie usw. auf. Wenn jemand krank ist, gehen wir

als Dolmetscher mit zum Arzt, wenn er Asylwerber ist, was halt ein Asylwerber braucht. Wir zeigen ihm alle Wege und gehen mit, bis zum Asylamt. (Interview Ayaz, 12.1.11)

Viele der Probleme kurdischer MigrantInnen ergaben sich aufgrund der gesetzlichen Regelungen im Bereich Migration. Da viele KurdInnen nach Österreich geflüchtet sind und um Asyl angesucht haben, spielt(e) die Asylpolitik für kurdische Vereine bei ihrer Arbeit eine Rolle.

KurdInnen aus der Türkei in Österreich hatten in den 1980er und 1990er Jahren bessere Chancen als heute Asyl gewährt zu bekommen (siehe Kapitel 2.3). Allerdings stellte Fercher in seiner Studie 1995 fest, dass Asylanträge kurdischer Flüchtlinge oft mit der Begründung, dass der/die AntragstellerIn einer terroristischen Gruppierung angehöre (was meist nicht nachgewiesen werden konnte), abgelehnt wurden. (vgl. Fercher 1995: 96ff) In meiner Forschung stieß ich auf ähnliche Fälle. Die Annahme, dass Beziehungen zur PKK bestehen, kann auch heute das Erlangen von Asyl erschweren. Die aktive Betätigung bei FEYKOM-Vereinen kann hierbei als Indiz gelten. Eine meiner Interviewpartnerinnen, eine kurdische Journalistin und Musikerin, musste aufgrund ihrer kritischen journalistischen Arbeit zuerst aus der Türkei und später aus dem Nord-Irak (Südkurdistan) flüchten. Sie ist bei keinem Verein formales Mitglied, arbeitet aber bei FEYKOM-Vereinen mit, in dem sie z.B. Seminare zu feministischen Themen hält. Sie wartete vier Jahre auf einen positiven Asylbescheid:

Zweimal, haben die mir Briefe geschickt: „Du machst politische Arbeit für Kurden, das heißt, du bist ein Mitglied von der PKK.“ Und ich hab selber gesagt bei der Polizei, beim Asylamt: „Ich habe das und das gemacht. Das heißt, ich bin Kurdin und ich habe politisches Interesse, besonders für Frauenarbeit. Aber ich bin kein Mitglied der PKK.“ [...] Und das hier [FEYKOM] ist ein legaler Verein, der österreichische Staat hat gesagt: „Okay, das ist alles in Ordnung, die können diese Arbeit machen.“ – Dann könnten wir auch sagen, dass das Innenministerium mit der PKK zusammenarbeitet. Wenn das hier eine terroristische Organisation ist, dann kannst du hier zumachen, aber nein, das ist offen. (Interview Beyazgül, 29.1.11)

Jahrelange Asylverfahren sind in Österreich in Bezug auf KurdInnen, aber auch generell keine Ausnahme. Dies bringt für die Betroffenen Schwierigkeiten, da AsylwerberInnen sich in einer prekären Lage befinden. Sie sind nicht zur Ausreise berechtigt, haben praktisch keine Möglichkeit legal zu arbeiten und müssen oft mit geringen finanziellen Mitteln auskommen. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 94f)

KOMKAR wurde in Österreich relativ spät, 1995, gegründet. Neben der Situation in Kurdistan waren die beschriebenen alltäglichen Probleme sowie die strukturelle Benachteiligung von (kurdischen) MigrantInnen ausschlaggebend für die Gründung.

Damals war's ein bisschen anders: erstens gab es die Kurdenproblematik und die Generation, die weg von Kurdistan und nach Europa gekommen ist und zweitens gab es auch die Integrationsproblematik; sprachliche, rechtliche Probleme; Arbeitsmarktpolitik; Gesellschaftspolitik ... Da hat es viele Gründe gegeben. Und das war der Anlass. Ich weiß nicht, wenn es wie heute gewesen wäre – ob heute KOMKAR gegründet worden wäre. (Interview M. Can, 5.1.11)

Die kurdischen Vereine waren in den 1990ern für viele KurdInnen eine wichtige, oder sogar die einzige Anlaufstelle bei allen möglichen Schwierigkeiten und Fragen. Von staatlicher Seite gab es damals nur wenige, vor allem kaum muttersprachliche Beratungseinrichtungen.

Ende 1990er: die Beschäftigung mit migrationspolitischen Themen nimmt zu

Ab Mitte der 1990er erlebte die österreichische Migrationspolitik eine allmähliche Wende (siehe im Detail Kapitel 2.3). Die Tatsache, dass viele der ArbeitsmigrantInnen geblieben waren, wurde akzeptiert und der Grundsatz „Integration vor Neuzuzug“ leitete infolge die Gesetzgebungen. Im Zuge von Integrationsmaßnahmen wurde vom Staat bzw. der Stadt Wien Institutionen, die mit der „Integration“ von EinwanderInnen beauftragt waren, sowie mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen geschaffen. Diese stellten nun neben den Vereinen Anlaufstellen für kurdische MigrantInnen bei sozialen und rechtlichen Problemen dar. Diese Entwicklungen, die sich in den 2000ern fortsetzten, sieht Metin Can, ein Mitbegründer von KOMKAR, als einen Grund für die starke Abnahme der Tätigkeiten des Vereins: *Früher haben die jeweiligen Staaten sich überhaupt nicht mit Integration beschäftigt, heutzutage ist das eine Staatspolitik. Sie haben unsere ehrenamtliche Arbeit übernommen [lacht]. (Interview M. Can, 5.1.11)*

Neben Diskussionen über die Integration von MigrantInnen nahmen in Österreich Ende der 1990er fremdenfeindliche Tendenzen in gesellschaftlichen und politischen Sphären stark zu. EinwanderInnen wurden zum Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen und politischer

Wahlkämpfe. Dadurch eröffneten sich für MigrantInnen Möglichkeiten, selbst mitzureden und an politischen Diskursen teilzunehmen. (vgl. Strasser 2009b: 253f)

FEYKOM-Vereine beschäftigten sich ab diesem Zeitpunkt immer mehr mit dem Thema Integration und der strukturellen Lage von MigrantInnen in Österreich. Ihre Aufmerksamkeit, die anfangs fast ausschließlich auf Kurdistan gerichtet war, bezieht sich heute zu einem großen Teil auch auf migrations- und integrationspolitische Fragen.

Ja, also es ist so, dass es bis Anfang 2000 eine Politik gegeben hat, die extrem Kurdistan-zentriert war. Aber dann hat man gemerkt, dass es den Menschen hier wichtig ist, dass man sich auch um ihre Probleme hier kümmert und hier sozusagen aktiv wird, was Sprache, die kurdische Sprache angeht, was Schulbildung angeht, was z.B. die Asylpolitik hier angeht. (Interview Küçükyazar, 5.7.10)

Für viele AktivistInnen ist Integration ein Anliegen, wie etwa für KIB-Obmann Osman Ayaz:

Das Wichtigste für mich ist, dass wir unsere Leute gut aufklären und gut integrieren, das ist für später umso besser, für die österreichische Gesellschaft und auch für die Kurden. Wenn wir uns jetzt nur auf den [kurdischen Freiheits-] Kampf fixieren, dann vernachlässigen wir unsere Leute in Bezug auf Integration. Weil von den 80ern bis in die 90er Jahre haben wir diese Seite wirklich vergessen gehabt. Wir haben gedacht, wir werden bald zurückgehen. Wie ich nach Österreich gekommen bin, hab ich gedacht, nach einem Jahr geh' ich zurück – heute sind es fast 38 Jahre und ich bin noch immer nicht zurück. (Interview Ayaz, 12.1.11)

Die Integration wurde auch offiziell zu einem Betätigungsfeld. Auf der Webseite von FEYKOM steht beispielsweise: „Ein großes Anliegen unsererseits ist es die Integration der kurdischen Bevölkerung durch verschiedene soziale und kulturelle Aktivitäten zu fördern und zu unterstützen.“ (FEYKOM Webseite 1) Und auch KOMKAR nennt als seine „Ziele, Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte“ an erster Stelle „Allgemeine Integration und Partizipation“. (KOMKAR 2010: 14)

Waldrauch und Sohler machten ähnliche Beobachtungen bei politisch linksorientierten Vereinen aus der Türkei im Allgemeinen. Hier habe es eine Verschiebung der Hauptinteressen von stark auf das Herkunftsland bezogenen Themen in den 1970ern hin zu migrations- und

integrationspolitischen Themen und sozialarbeiterischen Tätigkeiten in den 1990ern gegeben. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 278-281)

Aktuelle Entwicklungen in den letzten Jahren

Die Anwerbung von kurdischen ArbeiterInnen ab den 1960ern hat dazu geführt, dass mittlerweile bereits die zweite, dritte und vierte Generation von immigrierten KurdInnen in Österreich geboren sind. Und die meisten, die nicht hier geboren und aufgewachsen sind, leben mittlerweile seit Jahrzehnten in Österreich. Sie sprechen besser Deutsch als früher und haben zu einem großen Teil einen sicheren, unbefristeten Aufenthaltsstatus oder die österreichische Staatsbürgerschaft. Diese Entwicklung beeinflusst die Vereinsarbeit auf unterschiedliche Weise.

Metin Can von KOMKAR, sieht die Gründe für die starke Abnahme der Vereinstätigkeiten darin, dass der Bedarf an Unterstützung abgenommen hat: *Ja, wir sind nicht so aktiv wie früher, weil früher war der Bedarf noch stärker da und heute ist das nicht mehr so, weil mit der Zeit sind viele Staatsbürger geworden und eine andere Generation ist entstanden.* (Interview M. Can, 5.1.11)

Obwohl KIB und die FEYKOM-Vereine generell nach wie vor viele Mitglieder und eine relativ hohe Reichweite unter KurdInnen haben, beobachtet auch Osman Ayaz diese Entwicklung:

In den 90er Jahren war der Kampf stark und die Leute sind frisch gekommen und die haben uns gebraucht. [...] Jetzt können diese Leute Deutsch sprechen, sie erledigen ihre Wege selber usw. Das Kommen und Gehen ist ganz anders geworden und viele Leute, wenn sie Österreich einmal gewohnt sind, wenn sie ein bisschen die Sprache beherrschen und so, dann – weil sie so schlimme Sachen erlebt haben – die schalten das aus, also die wollen überhaupt keinen Kontakt haben. (Interview Ayaz, 12.1.11)

Die meisten meiner GesprächspartnerInnen und viele andere AktivistInnen in den Vereinen sind österreichische StaatsbürgerInnen geworden. Sie sind selbst von rechtlichen Benachteiligungen, denen Drittstaatsangehörige unterliegen, nicht (mehr) betroffen – wie sie auch von

der Situation in Kurdistan nicht direkt in ihrem alltäglichen Leben betroffen sind. Die vier jüngsten meiner InterviewpartnerInnen haben studiert bzw. studieren. Die strukturelle und rechtliche Diskriminierung von MigrantInnen in Österreich ist jedoch ein aktuelles politisches Thema, das in ihrer Arbeit eine Rolle spielt.

Beim Studentenverein [ist mir das Wichtigste], dass kurdische Kinder von Nicht-Akademikern studieren können, weil das in Kurdistan sehr sehr schwer war. Bis vor ein paar Jahrzehnten gab's kaum Akademiker in Kurdistan, auch in meiner Familie. Ein Kind, das aus einer Arbeiterfamilie kommt und einen Migrationshintergrund hat, tut sich viel schwerer in die akademische Bahn – also zu studieren. [...] Als Elternteil, der nicht Deutsch spricht und sich im Bildungssystem nicht auskennt, ist man da wirklich angewiesen auf Informationen, die man als normaler Bürger schon bekommt, wenn man in eine Schule geht und nachfragt oder beim Tag der offenen Tür. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Der Wunsch der generell niedrigeren Bildung von KurdInnen in der Türkei und in Österreich entgegenzuwirken, wird hier zum Antrieb politischer Arbeit.

Die nationale Migrationspolitik sowie auch die Vereinsaktivitäten haben sich, wie ich beschrieben habe, seit Ende der 1990er verstärkt der Integration von EinwanderInnen gewidmet. Konkrete Probleme von MigrantInnen und später der Wunsch den Kindern gute Ausbildungschancen in Österreich zu bieten usw. führten dazu, dass FEYKOM-Vereine sich stärker den „migrant politics“ zuwandten, welche ihnen in den 1990ern noch nicht relevant erschienen. Østergaard-Nielsen beobachtet auch für Deutschland „[...] the trend towards immigrant political focused work in most [turkish and kurdish] organizations [...]“. (Østergaard-Nielsen 2003: 63)

Für KOMKAR stellte neben pro-kurdischen, transnationalen Anliegen die Verbesserung der Lage von MigrantInnen in Österreich bereits ein wichtiges Motiv bei der Gründung dar. Die Vereinstätigkeiten nahmen in den letzten Jahren allerdings stark ab. Diese Entwicklung begründet mein Gesprächspartner mit der Abnahme des Bedarfs bei den Mitgliedern, weil sie zum einen nicht mehr soviel Unterstützung brauchen und zum anderen, weil vom Staat mehr Unterstützung für MigrantInnen geboten wird. (Interview M. Can, 5.1.11)

Nicht nur in rechtlichen und konkret migrationspezifischen Bereichen spiegelt sich die nationale Migrationspolitik wider, sondern auch in anderen Bereichen, wie politischen Partizipationsmöglichkeiten oder den Erwerbsvoraussetzungen für die österreichische Staatsbürgerschaft.

5.2 Staatsbürgerschaft

Die Zunahme transnationaler Lebensweisen (von MigrantInnen) hat Nationalstaaten zu einer Anpassung an diese Realitäten und zur Neuformulierung von „Mitgliedschaft“ gezwungen. Beispiele dafür sind die Einführung von Doppelstaatsbürgerschaften, die Erweiterung der Rechte niedergelassener ImmigrantInnen (in den Zielländern) bzw. der Rechte von EmigrantInnen und ehemaligen StaatsbürgerInnen (in den Herkunftsländern⁶¹). (vgl. Bauböck 2003: 715ff) Die Staatsbürgerschaft bleibt trotzdem nach wie vor der einzige Zugang zu allen zivilen und vor allem politischen Rechten. (vgl. Koopmans/Statham 2001: 4f) Jedoch bewahrt sie eingebürgerte Personen mit Migrationshintergrund nicht vor strukturellen Benachteiligungen. Im alltäglichen Leben, bei Job- oder Wohnungssuche und in der Ausbildung kann allein ein fremdsprachiger Name oder das Aussehen Grund für rassistische und diskriminierende Behandlungen sein. (vgl. Strasser 2009b: 249) Der Zutritt zu allen gesellschaftlichen Bereichen kann EinwanderInnen verschlossen bleiben, da sie ein österreichischer Pass noch nicht zu „echten“ ÖsterreicherInnen macht, wie Metin Can anhand seiner eigenen Erfahrungen feststellt. Nach stufenweisem Aufstieg in der rechtlichen Hierarchie von Aufenthaltstiteln und Arbeitsbewilligungen, erlangte er zuletzt die Staatsbürgerschaft.

Da hab ich mich gefreut: „Ja, ich hab einen [österreichischen] Pass, jetzt geht's!“ Und auf einmal: „Nein, gebürtiger Österreicher muss man sein!“. Da hab ich gesagt: „Pech, das geht nicht mehr. Aber zumindest meine Kinder sind gebürtige Österreicher!“ Und dann ist gekommen: „Echte Österreicher.“ Also, das ist das Bild von der Integrationspolitik. Aber wir können nicht „echte Österreicher“ sein, das geht nicht, das ist nicht möglich. Und genau da merkt man, dass

61 Die Türkei führte beispielsweise 1995 die „Rosa Karte“ (heute: „Blaue Karte“) für ehemalige StaatsbürgerInnen ein. Diese räumt ihnen in Bezug auf Arbeit, Aufenthalt, Erbschaft usw. weitgehend die gleichen Rechte wie StaatsbürgerInnen ein. Allerdings haben BesitzerInnen der Karte kein Wahlrecht und können kein staatliches Amt in der Türkei innehaben. (vgl. Deutsche Bundesagentur für Arbeit Webseite)

man nicht so aufgenommen wird, wie das sein sollte. Ich glaub, dass ist das größte Problem der Integration. (Interview M. Can, 5.1.11)

Österreich gehört zu den wenigen EU-Staaten, die doppelte Staatsbürgerschaften nicht erlauben, der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ist daher an die Aufgabe der vorherigen Staatsbürgerschaft gebunden. Bereits bei ihrer Geburt wird sie ausschließlich Kindern mit zumindest einem österreichischen Elternteil verliehen („ius sanguinis“), wohingegen in vielen anderen Staaten die Geburt in dem Land ausreichend ist – unabhängig der Staatsangehörigkeit der Eltern („ius soli“). Die Staatsbürgerschaft kann nach einer Mindestaufenthaltsdauer von zehn Jahren beantragt werden, nur bei bestimmten Personengruppen früher⁶². (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 103) Das Erlangen der Staatsbürgerschaft gestaltet sich im europäischen Vergleich in Österreich deutlich schwieriger und langwieriger als in den meisten anderen Ländern. (vgl. Migration Integration Policy Index Webseite)

KurdInnen, die während der 1960er bis 1990er eingewandert oder bereits in Österreich geboren sind, haben mittlerweile, aufgrund der langen Aufenthaltsdauer, grundsätzlich gute Chancen die Staatsbürgerschaft zu erlangen. Die Erwerbsvoraussetzungen werden allerdings tendenziell immer schwerer zu erfüllen⁶³. Im Jahr 2010 betrug die Zahl von türkischen StaatsbürgerInnen in Österreich etwa 112.800 (vgl. Statistik Austria Webseite 3). Es ist anzunehmen, dass ein großer Teil der KurdInnen in Österreich und der Mitglieder kurdischer Vereine die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen.

Von meinen acht InterviewpartnerInnen haben mittlerweile sechs die österreichische Staatsbürgerschaft. Die Gründe für die Antragstellung waren meistens praktische, wie etwa das Wegfallen des finanziellen und bürokratischen Aufwands für Verlängerungen der Aufenthaltstitel und der Zugang zu allen Sozialleistungen sowie sozialen und politischen Rechten. Die österreichische Staatsbürgerschaft bringt auch Vorteile gegenüber der türkischen.

62 Zum Beispiel von in Österreich geborenen Menschen und anerkannten Flüchtlinge nach sechs Jahren.

63 Die jährlichen Einbürgerungen türkischer StaatsbürgerInnen nahmen bis zum Jahr 2004 (etwa 13.000) stetig zu. Ab 2005 (Verschärfungen der Einbürgerungsgesetze) sanken die Zahlen bis auf nur mehr 924 Einbürgerungen im Jahr 2010. (vgl. Statistik Austria Webseite 2)

Für mich war das in erster Linie [...] eher wegen bürokratischen Sachen. Weil man beim Studium mehr Hilfe bekommt und man leichter reisen kann. Und das Militär in der Türkei wollt ich auf jeden Fall vermeiden, das hab ich dann hier gemacht. Ja, das waren eigentlich die Punkte. Auch weil ich plane, dass ich in Österreich leben werde für längere Zeit, ist es auf jeden Fall sinnvoller, die Staatsbürgerschaft zu haben. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Für einige spielten auch politische und ideologische Überlegungen eine Rolle. Manche KurdInnen lehnen die türkische Staatsbürgerschaft aufgrund der türkischen, diskriminierenden Minderheitenpolitik ab und nehmen die österreichische an (vgl. Strasser 2009b: 248f):

Also wenn's mein Vater nicht gemacht hätte, hätte ich spätestens vor ein paar Jahren, mit dem 18. Lebensjahr, selber die österreichische beantragt. Also ich gehöre lieber Österreich an als der Türkei. (Interview YXK-Vorstand 2, 7.1.11)

Manche fühlen sich durch die österreichische Staatsbürgerschaft in Bezug auf ihre transnationalen, regierungskritischen Tätigkeiten sicherer:

Wie ich hier Demonstration gemacht hab, hab ich nie Angst gehabt. Auch wenn ich untergeh', ich hab sie [die türkische Staatsbürgerschaft] nicht, ich bin keine Türkin. Das hat mir vieles erleichtert. [...] Viele wollen auch nicht in den Vorstand, wenn sie die türkische Staatsbürgerschaft haben. Sie denken, wenn die österreichische Regierung oder die Polizei das weitergibt, dann haben wir Probleme und wenn wir auch nicht selbst runterfahren, dann haben unsere Familien unten Probleme. Deswegen will keine zum Vorstand. (Interview Güteryüzü, 1.12.10)

Pro-kurdische politische Betätigung kann in Österreich das Erlangen der Staatsbürgerschaft, ähnlich wie bei Asylansuchen, erschweren. Von drei InterviewpartnerInnen wurden mir Fälle von abgelehnten Anträgen oder verzögerter Verleihung geschildert, wobei es sich in allen Erzählungen um aktive Mitglieder von FEYKOM-Vereinen handelte. Auch Kroissenbrunner stellt fest: „Weiters könne der Nachweis ‚einschlägiger‘ politischer Aktivität in Wien zu einer Ablehnung [des Staatsbürgerschaftsantrags] führen.“ (Kroissenbrunner 1996: 14) Diese Praxis scheint jedoch vor allem in den 1990er Jahren vorgekommen zu sein. Begründet wurde die Ablehnung der Anträge mit angeblichen, nicht nachgewiesenen Kontakten zu oder Mitgliedschaft bei einer „terroristischen Gruppierung“. An diesem Beispiel lässt sich die gewisserma-

ßen doppel-moralische österreichische Politik im Umgang mit pro-kurdischen Vereinen nachvollziehen: einerseits ist FEYKOM ein legaler, eingetragener Verein in Österreich, andererseits kann die aktive Mitarbeit bei dem Verein ein Hindernis für die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft oder Asyl darstellen.

Transnationale politische Aktivitäten von KurdInnen können durch deren Zugangsmöglichkeiten zur österreichischen Staatsbürgerschaft beeinflusst werden. Durch ihre Verleihung bekommen AktivistInnen Zugang zu allen Rechten und u.a. erhöhen sich ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten an der nationalen Politik.

5.3 Politische Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen

In diesem Kapitel gehe ich der Frage nach, inwiefern die vorhandenen Gelegenheiten politischer Partizipation von MigrantInnen Auswirkungen auf ihre Arbeit in Vereinen haben.

Politische Mitbestimmung untersuche ich zuerst in Form von aktiven und passiven Wahlrechten von Drittstaatsangehörigen sowie Zugangsmöglichkeiten zu den etablierten politischen Strukturen. Dazu zähle ich Interessensvertretungen (ÖGB und Betriebsräte, AK, WKÖ, ÖH), politische Parteien sowie Bezirks-, Gemeinde-, Nationalrat und Landtag. Es geht hierbei nicht nur um die Rechte von Drittstaatsangehörigen, sondern um die Präsenz bzw. Abwesenheit von österreichischen StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund in diesen Institutionen. Im zweiten Teil dieses Unterkapitels betrachte ich die Optionen von MigrantInnen, sich in Österreich formal zu organisieren, um transnationalen politischen Aktivitäten nachzugehen. Abschließend geht es um die Förderung und Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnenvereinen auf nationaler Ebene und um den Einfluss des lokalen Kontexts in der Stadt Wien.

5.3.1 Interessensvertretungen, politische Parteien, kommunale und nationale Entscheidungsämter

Bei den gesetzlichen Interessensvertretungen AK, WKÖ und ÖH besteht unabhängig der Staatsangehörigkeit Pflichtmitgliedschaft für alle Personen, die der Interessensgruppe angehören (ArbeitnehmerInnen, Gewerbetreibende, Studierende usw.). Auch beim ÖGB können Drittstaatsangehörige Mitglieder werden. Sie haben (erst) in den letzten Jahren bei allen vier Vertretungen das aktive Wahlrecht erlangt, sind allerdings nur in der AK und der WKÖ⁶⁴ berechtigt selbst zu kandidieren.

Da türkische StaatsbürgerInnen in Wien zu einem großen Teil ArbeitnehmerInnen sind, spielt vor allem der Zugang zu Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Letztere haben sich in Österreich nie wirklich mit den ausländischen ArbeiterInnen solidarisiert, sondern betrachteten sie bis vor kurzem lediglich als KonkurrentInnen der österreichischen ArbeitnehmerInnen. (vgl. Schmidinger 2010: 35f; Kroissenbrunner 1996: 16) In Betriebsräten erlangten Drittstaatsangehörige bereits 1974 das aktive, nicht jedoch das passive Wahlrecht. Bis 2006, als sie letztendlich zur Kandidatur zugelassen wurden, blieb ihnen somit die Möglichkeit, eigene Interessen zu vertreten, vorenthalten. In Deutschland hingegen können ausländische ArbeitnehmerInnen bereits seit 1972 bei Betriebsratswahlen kandidieren. (vgl. Perchinig 2010: 146, 150) Interessensvertretungen verwehr(t)en Drittstaatsangehörigen lange Zeit die aktive Mitbestimmung, unterstütz(t)en aber beispielsweise kurdische politische Vereine in Form von finanziellen Zuschüssen (siehe Kapitel 5.4).

Drittstaatsangehörige haben österreichweit bei Nationalrats-, Landtags-, Gemeinderats- sowie Bezirksratswahlen weder das passive noch das aktive Wahlrecht. Diese rechtliche Situation entspricht nicht der allgemeinen Lage in Europa. In einigen Staaten – darunter Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und die Niederlande – haben sie zumindest bei Kommunalwahlen das aktive und passive Wahlrecht. (vgl. Bauböck/Liegl 2000) Østergaard-Nielsen meint, dass türkische StaatsbürgerInnen in Deutschland, weil sie keine Wahlrechte besitzen, keine an-

64 Die WKÖ gewährt das passive Wahlrecht nicht allen Drittstaatsangehörigen, sondern nur Staatsangehörigen von Ländern, in denen auch österreichische StaatsbürgerInnen entsprechende Rechte haben. Seit Februar 2011 gibt es ein solches Abkommen mit der Türkei, so dass nun auch türkische StaatsbürgerInnen kandidieren können. (vgl. Der Standard Online, 8.2.2011)

dere Möglichkeit haben, denn als „outsider“ zu agieren. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 84) MigrantInnen als WählerInnen und PolitikerInnen waren erst ab der politischen Wende 2000 vermehrt im Gespräch. (Strasser 2009b: 255)

Kritik am Rechtspopulismus und Debatten um nationale Identität führten zu verstärkten öffentlichen Diskussionen zu Vielfalt und zu Möglichkeiten der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund. Auch wenn „MigrantInnen“ zuerst Sündenböcke der Politik werden mussten, um überhaupt in Parteien und Gremien „sichtbar“ zu werden, bleiben sie meist nach wie vor stärker auf Bezirks-, selten auf Landes- oder (mit einer Ausnahme im Bundesrat) nicht auf Bundesebene repräsentiert. (Strasser 2009b: 255)

Der Anteil österreichischer StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund stieg in politischen Parteien, vor allem in der SPÖ, KPÖ und bei den Grünen, seit Ende 1990er an. Viele dieser politischen AkteurInnen waren zuvor in MigrantInnenvereinen tätig gewesen. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 124) Das soziale Kapital (Kontakte, Kenntnis des politischen Systems usw.), welches sie während der Arbeit in Vereinen erlangt hatten, erleichterte ihnen den Einstieg in die nationale und kommunale Politik. PolitikerInnen mit Migrationshintergrund sind auf nationaler und kommunaler Ebene allerdings nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. (vgl. Strasser 2009b: 112, 185f)

Auch kurdische PolitikerInnen in österreichischen Parteien waren zuvor häufig in Vereinen tätig. Ali Can, ehemaliger Obmann von FEYKOM, war beispielsweise 2010 Kandidat der SPÖ bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen. Şenol Akkılıç, zuvor bei ATIGF tätig, wurde Mitarbeiter der Grünen und stellte dadurch einen Verbindungspunkt zwischen der Partei sowie türkischen bzw. kurdischen Organisationen dar. Er trat bereits 1999 bei Gemeinde- und Nationalratswahlen an. (Strasser 2009b: 183, 185)

Meine Interviewpartnerin Nurcan Güteryüzü war zehn Jahre lang Bezirksrätin der SPÖ. Sie betont, dass sie bei dieser Tätigkeit die Interessen aller BezirksbewohnerInnen vertrat, empfand ihren Migrationshintergrund allerdings als nützlich, um ein Miteinander von Personen aus verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten zu ermöglichen. *Weil ein Österreicher, ein Politiker, kennt nicht die Mentalitäten, die ein Türke, Jugoslawe, was-weiß-ich-wer, hat.* (Interview Güteryüzü, 1.12.10)

Neben ihrer Erwerbstätigkeit auch noch im Bezirksrat und im kurdischen Verein tätig zu sein, wurde ihr zu viel. Sie entschied sich für die Arbeit im Verein und beendete 2010 ihre Tätigkeit als Bezirksrätin. *Ich mache zur Zeit: Arbeit, Ausbildung, ich arbeite bei Avesta mit, ich arbeite bei KIB mit und Bezirksrätin ... ich hab keine Zeit für meinen Mann und mein Kind. Irgendwo musste ich nachgeben.* (Interview Güleryüzü, 1.12.10)

Diese politischen AkteurInnen sind oft (gewollt oder ungewollt) in ihrer Tätigkeit nicht losgelöst von ihrem Migrationshintergrund. Nicht zuletzt im Wahlkampf werden KandidatInnen „[...] von heterogenen Persönlichkeiten zu ‚MigrantInnen‘, indem die meisten in der Mobilisierung ‚ihrer‘ community auf ihre ethnische, nationale oder religiöse Herkunft zurückgreifen.“ (Strasser 2009b: 186) Parteien profitieren von MitarbeiterInnen mit guten Beziehungen zu MigrantInnenvereinen bzw. zur „community“. (vgl. Strasser 2009b: 112) Meine GesprächspartnerInnen sehen zum Teil Vorteile für die Vereine, wenn KurdInnen in österreichischen Parteien vertreten sind. Diese können kurdischen Vereinen als Kontaktpersonen in den Parteien dienen, und dazu beitragen KurdInnen, wenn sie bewusst als solche auftreten, sichtbar zu machen.

Also, wenn wir [Kurden] mit einer politischen Partei arbeiten wollen, dann sind wir da als Sozialdemokraten oder als Grüne oder als ÖVPler oder als FPÖler, dann machen wir österreichische Politik. Man kann nicht Kurdenpolitik machen, das würde auch nicht funktionieren. Aber ein Kurde dort zu sein – vielleicht kann man eine Kontaktperson sein, aber nicht mehr und nicht weniger. Man kann mit einem Österreicher, mit einem anderen Abgeordneten, dieselbe Empathie haben. Ein Vorteil ist nur: wo Kurden sind und beachtet werden, das ist ein Zeichen: „Wir sind auch da!“ (Interview M. Can, 5.1.11)

Kurdische PolitikerInnen in österreichischen Parteien konzentrieren sich auf nationale Themen, setzen sich allerdings oft weiterhin mit Ereignissen in kurdischen Gebieten auseinander. Sie können beispielsweise auch außenpolitische Themen, wie die Positionierung von Österreich gegenüber der Türkei, auf die politische Agenda bringen. (vgl. Strasser 2009b: 183f) Østergaard-Nielsen beobachtet in Deutschland, dass PolitikerInnen kurdischer Herkunft in türkische Politik involviert sind und Kampagnen für Rechte der KurdInnen in Deutschland und der Türkei unterstützen oder initiieren. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 92)

5.3.2 Möglichkeiten zur formellen Selbstorganisation

Als die untersuchten Vereine in den 1980er und 1990er Jahren gegründet wurden, galt das (nach wie vor aktuelle) Vereinsrecht von 1951, welches nicht zwischen österreichischen und nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen unterscheidet. Für Drittstaatsangehörige, die sich formal in einer politischen, kulturellen, religiösen oder anderen Organisation zusammenschließen wollten, stellte eine Vereinsgründung die einzige Möglichkeit dazu dar. (vgl. Grasl 2002: 33, 44) Als Verein konnten kurdische AktivistInnen Demonstrationen und Veranstaltungen mit transnationalem Bezug organisieren. Die Möglichkeiten zur Ausübung prokurdischer Aktivitäten waren besser als in der Türkei, wie Didar Can beschreibt:

Allein, dass jede Volksgruppe hier einen Verein gründen kann, nach dem Vereinsgesetz, und sich frei äußern kann, demonstrieren kann, sich treffen kann, war schon viel für jemand, der das nicht machen durfte. [...] Die Möglichkeiten waren da. Ich glaube, hätte man das nicht machen können – Vereine gründen, sich organisieren – hätte man vieles nicht weitergebracht. Daher, natürlich sind diese demokratischen Rechte, davon Gebrauch zu machen, sehr wertvoll, weil wir das als Volk nicht kannten. (Interview D. Can, 23.5.11)

Als Verein organisiert zu sein brachte (und bringt) außerdem einige Vorteile, wie etwa die Erlangung einer Rechtspersönlichkeit und steuerliche Begünstigungen. Kreditaufnahmen, Kontoeröffnungen, Eigentumserwerb im Namen einer Organisation und Subventionen sind zum Teil überhaupt nur eingetragenen Vereinen möglich. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 104f) In Bezug auf ihre politische Arbeit können Vereine meist effektiver als Einzelpersonen öffentlich auftreten. Außerdem haben sie die Möglichkeit mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen zu kooperieren (siehe Kapitel 5.4). Es gab (und gibt) also im österreichischen Kontext mehrere Gründe für politische AkteurInnen sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens, in Vereinen, zu organisieren.

5.3.3 Politische Mitsprache und Förderung von MigrantInnenvereinen

In Österreich und verstärkt in Wien wird zum Teil versucht MigrantInnenvereine in politische Entscheidungen im Bereich der Migrationspolitik einzubeziehen und die Vereine erhalten von unterschiedlichen Seiten finanzielle Unterstützung.

Lokaler Kontext – die Stadt Wien

Wien hat im Bereich der Migrationspolitik ab den 1990ern eine eigene Linie verfolgt, die zum Teil von der nationalen abweicht. (vgl. Strasser 2009b: 108-111) Während (oder weil) auf nationaler Ebene die FPÖ mit ausländerfeindlichen Kampagnen Erfolg hatte und Aufenthaltsgesetze immer restriktiver wurden, wählte die Wiener Stadtregierung unter der SPÖ einen anderen Weg. Sie versuchte eine Integrationspolitik zu gestalten, die dem Umstand gerecht wurde, dass etwa ein Viertel der Wiener Wohnbevölkerung (im Jahr 2000) einen Migrationshintergrund hatte. (vgl. Strasser 2009b: 111) Es wurden eigene Institutionen geschaffen, deren Auftrag die „Integration von MigrantInnen“ war. 1992 wurde der *Wiener Integrationsfonds* (WIF) geschaffen, der MigrantInnenvereinen als Ansprechpartner dienen sollte und finanzielle Förderungen vergab (allerdings ab 1997 nur noch für Projekte mit „Integrationsbezug“). Ab 1996 gab es ein eigenes Ressort der Stadtverwaltung für „Integrations-, Frauen-, Konsumentenschutz und Personalangelegenheiten“, welches die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen koordinierte. (Waldrauch/Sohler 2004: 116ff) 1999 wurde innerhalb des WIF die *Wiener Integrationskonferenz* (WIK) als beratendes Gremium der Stadtverwaltung und Vernetzungsplattform für die Vereine eingerichtet, in ihr waren Personen aus verschiedenen MigrantInnenvereinen vertreten. Vonseiten der WIK wurde allerdings kritisiert, dass sie in der Realität keine Partizipationsmöglichkeiten an nationalen politischen Entscheidungen habe. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 122f) Die Schaffung eines solchen Gremiums muss generell kritisch bewertet werden, da die fehlenden demokratischen (Wahl-)Rechte von MigrantInnen dadurch nicht ersetzt werden können. (vgl. Strasser 2009b: 112) Der Wiener Gemeinderat unter der SPÖ hatte 2002 Drittstaatsangehörigen mit fünfjährigem legalen Aufenthalt in Wien das Wahlrecht bei Bezirksratswahlen zugesprochen. Nach Einspruch von FPÖ und ÖVP wurde

das entsprechende Landesgesetz 2004 jedoch als verfassungswidrig aufgehoben. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 101)

Seit 2000 haben sich die untersuchten FEYKOM-Vereine stärker auf Integrations- und Migrationspolitik konzentriert, was vom lokalen politischen Kontext in Wien gefördert wurde. Seit 2002 geht die Wiener Integrationspolitik in Richtung „Diversitätspolitik“. Der WIF wurde Ende 2003 aufgelöst und seine Aufgaben wurden an eine eigene Magistratsabteilung für „Diversität und Integration“ (MA 17) übertragen, deren Leitlinie eine „integrationsorientierte Diversitätspolitik“ ist. Ziel ist es, eine der Vielfalt der Wiener Bevölkerung entsprechende Politik zu machen. (vgl. MA 17 Webseite) Die WIK wurde ausgegliedert, um von der Stadt unabhängiger arbeiten zu können und eröffnete Ende 2004 ein eigenes Büro, das *Vernetzungsbüro der WIK*. (vgl. WIK-VB Webseite) Sowohl KOMKAR als auch FEYKOM sind formale Mitglieder der WIK. Diese hat aber in den letzten zwei, drei Jahren an Bedeutung verloren. Aufgrund interner Uneinigheiten zwischen Vereinen, verlor sie ihre Legitimation als Vertretung der Wiener MigrantInnenvereine, weshalb die MA 17 ihr Budget kürzte. (Informelles Gespräch mit Mevlüt Küçükyaşar, 2.8.11) Das erklärt, weshalb WIK zur Zeit meiner Recherche nicht sehr aktiv war und es keine regelmäßigen Treffen der Mitgliedsvereine gab. Die formale (und früher aktive) Mitgliedschaft der zwei genannten Vereine zeigt allerdings, dass deren Bereitschaft besteht, vorhandene Chancen politischer Partizipation zu nutzen.

Durch das Anbieten von Vernetzungstreffen sowie Seminaren zu Themen, die für Vereine von Interesse sind, werden diese in ihrer integrationspolitischen und (inter-)kulturellen Arbeit von der Stadt Wien, also in Bezug auf „migrant politics“, unterstützt. *Jetzt gibt es so ein Projekt [Seminar] von der MA 17, was ich sehr gut finde: „Förderwesen“. Ich hab mich angemeldet, weil ich möchte viel machen, aber ich weiß nicht, woher ich das Geld bekomme.* (Interview Güteryüzü, 1.12.10)

Finanzielle Unterstützungen

Die untersuchten Vereine erhalten von verschiedenen staatlichen Stellen finanzielle Zuschüsse, die meist an konkrete Aktivitäten gebunden sind. Vor allem kulturelle Veranstaltungen, wie etwa die *Kurdische Buchmesse* (KOMKAR), die jährliche Newroz-Feier und die *Kurdischen*

Filmtage (FEYKOM) werden vom *Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur* (BMUKK) und der *Kulturabteilung der Stadt Wien* (MA 7) subventioniert.

Neben kulturellen wurden soziale Tätigkeiten mit Integrationsbezug von staatlicher Seite gefördert. Avesta bekam vom Frauenministerium zwei Jahre lang eine Stelle für eine Sozialberaterin finanziert. (Interview Güteryüzü, 1.12.10) Die MA 17 finanziert(e) von FEYKOM angebotene Deutschkurse – allerdings nur jene für TeilnehmerInnen, denen die Kurse zur Erfüllung der verpflichtenden Integrationsvereinbarung dienen. Seit die Stadt Wien selbst immer mehr Integrationsmaßnahmen vornimmt, z.B. muttersprachliche Beratung und Deutschkurse anbietet, haben allerdings laut einem Interviewpartner die Förderungen für MigrantInnenvereine abgenommen. (Interview Küçükyaşar, 5.7.10) Transnationale politische Tätigkeiten (die „homeland politics“) der Vereine bekommen keine finanzielle Förderung durch staatliche oder städtische Stellen.

Die Durchsetzung von transnationalen und nationalen Anliegen kann in nicht materieller Form auf unterschiedliche Weise unterstützt werden. In Bezug auf bestimmte politische Themen mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen vernetzt zu sein und mit ihnen zusammenzuarbeiten kann den Anliegen mehr Wirkung verleihen als das Handeln einzelner Vereine alleine.

5.4 Kooperation mit nationalen Institutionen, Parteien, nicht-staatlichen Organisationen

In diesem Abschnitt geht es um die Unterstützung und Zusammenarbeit der kurdischen Vereine mit politischen Parteien, Interessensvertretungen und nicht-staatlichen Organisationen bzw. Vereinen in Österreich. Die spezifische Organisationslandschaft des Residenzlandes gehört zur nationalen politischen Gelegenheitsstruktur, da diese sich in verschiedenen Staaten auch unterschiedlich formiert.

Politische Parteien, Sozialpartner und ÖH

Politische Parteien, die Sozialpartner sowie die ÖH bieten Drittstaatsangehörigen, wie in Kapitel 5.3.1 dargestellt, nicht die gleichen Partizipationsmöglichkeiten wie österreichischen StaatsbürgerInnen. Sie unterstützen aber kurdische Vereine auf unterschiedliche Weise.

Beispielsweise erhalten die Vereine bei bestimmten Veranstaltungen, insbesondere bei kulturellen, regelmäßig finanzielle Zuschüsse von der SPÖ, dem ÖGB und der AK sowie manchmal von den Grünen und der KPÖ. Die häufigste Form der immateriellen Unterstützung sind Redebeiträge von RepräsentantInnen der Parteien bzw. Interessensvertretungen bei Veranstaltungen. Die SPÖ scheint als unterstützende Partei sehr präsent zu sein, eine besondere Nähe zur SPÖ wird jedoch von meinen InterviewpartnerInnen nicht bestätigt. Metin Can von KOMKAR äußert lediglich eine ähnliche politische (nämlich sozialdemokratische) Grundhaltung von KOMKAR und der SPÖ. (Interview M. Can, 5.1.11) KIB-Obmann Osman Ayaz sieht eine politisch-ideologische Nähe eher zur KPÖ und den Grünen. Die Verbindungen zur SPÖ resultieren laut ihm aus der Tatsache, dass die Partei jahrzehntlang in Wien an der Regierung war und die Kooperation mit ihr daher für die Vereine wichtig war. (Interview Ayaz, 12.1.11)

FEYKOM organisierte auch gemeinsame Veranstaltungen mit den Grünen. Beispielsweise fand im September 2009 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Frauenrechte und Rechte von Minderheiten in der Türkei“ mit einer Politikerin der pro-kurdischen Partei DTP und einer Menschenrechtsexpertin aus der Türkei statt, deren Veranstalter FEYKOM, die *Grünen MigrantInnen Wien* und die *Grünen Frauen Wien* waren. (vgl. Die Grünen Webseite)

Alle Formen der Unterstützung und Zusammenarbeit hängen meist von einzelnen Personen innerhalb der Parteien bzw. Institutionen ab, welche sich mit den Anliegen der Vereine solidarisieren.

Es gibt bei der SPÖ und bei den Grünen [...] sehr starke Unterstützungen von bestimmten Persönlichkeiten. Wie die Partei selber eingestellt ist, ist wieder eine andere Frage. Weil in Österreich [...] läuft vieles über Beziehungen. Leider auch hier. (Interview Güleryüzü, 1.12.10)

Die YXK arbeitete bereits zu Beginn, in den 1990ern, mit der ÖH sowie einzelnen studentischen Organisationen (VSSTÖ, GRAS und KSV) zusammen. (Interview D. Can, 23.5.11) Nach einer weniger aktiven Phase der YXK Mitte der 2000er wurden die Kontakte zu diesen

nicht wieder richtig aufgebaut, eine zukünftige stärkere Kooperation wird aber angestrebt. (Interviews YXK-Vorstand 2, 7.1.11; YXK-Vorstand 1, 2.11.10) Veranstaltungen der YXK finden oft in einem Hörsaal der Universität Wien statt, den sie über die ÖH zur Verfügung gestellt bekommt. Es gab im April 2011 außerdem eine gemeinsame Informationsveranstaltung von YXK, FEYKOM und der ÖH zum geplanten Fremdenrechtspaket (siehe unten).

Die guten Verbindungen zu politischen Parteien sind für die Vereine in vielen Tätigkeitsbereichen nützlich. Mein Interviewpartner der YXK nimmt diese als österreichische Besonderheit wahr:

Das ganz andere bei uns [in Österreich] ist, das kann ich vielleicht sagen, dass wir mit den staatlichen Strukturen, mit politischen Parteien ... also, zum Beispiel, wenn wir Veranstaltungen machen, haben wir die Grünen Wien oder die SPÖ oder die KPÖ als Mitveranstalter. Das können wir hier ohne Probleme machen. In Deutschland zum Beispiel ist das nicht so, da nähert sich keiner. In Österreich und England ist es, glaub ich, einfacher. [...] Da werden wir bisschen bewundert in Europa, da fragen die Genossen immer nach. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Kontakte zu Parteien und politischen Interessensvertretungen sind für kurdische Vereine nicht nur wegen finanziellen Unterstützungen wichtig. Sie können auch für die Durchsetzung der transnationalen Ziele hilfreich sein, wenn politische EntscheidungsträgerInnen für pro-kurdische Anliegen gewonnen werden.

Nicht-staatliche Organisationen und Vereine

In Österreich konnte sich aufgrund bestehender demokratischer Rechte, Meinungs- und Versammlungsfreiheit usw. ein zivilgesellschaftliches Netzwerk von nicht-staatlichen AkteurInnen entwickeln. Auch kurdische Vereine sind in dieses eingebunden. Sie kooperieren und interagieren mit anderen Vereinen und nicht-staatlichen Organisationen in Österreich, und zwar dort, wo sich transnationale oder nationale Anliegen und Forderungen inhaltlich überschneiden.

Zusammenarbeit bei transnationalen Tätigkeiten gibt es u.a. mit anderen kurdischen Organisationen (aller Herkunftsländer) und Umweltorganisationen. Im Jänner 2011 rief FEYKOM zusammen mit verschiedenen kurdischen Parteien und Organisationen zu einer Protestkundgebung gegen die Todesstrafe im Iran, von der auch viele KurdInnen betroffen sind, auf. (E-Mail-Aussendung FEYKOM, 18.1.11) Im Oktober 2007 protestierten zahlreiche kulturelle, religiöse, wissenschaftliche und politische Vereine von KurdInnen in Österreich, darunter alle von mir untersuchten, gegen den Einmarsch des türkischen Militärs im Nordirak (Südkurdistan). (E-Mail-Aussendung OK-Gesellschaft, 30.10.07) Gemeinsame transnationale Forderungen in Bezug auf die sozial und ökologisch bedenklichen Staudammprojekte in Südostanatolien (Nordkurdistan) führten zu Kooperationen der YXK mit der nationalen Umweltorganisation *Global2000* und der internationalen *ECA-Watch* in Österreich (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10). Über ihren eigenen Newsletter und per SMS informieren FEYKOM und YXK außerdem über Veranstaltungen von anderen Organisationen bzw. Institutionen, wenn diese Themen wie die politische Lage in der Türkei oder die Situation von KurdInnen generell behandeln. (SMS und E-Mail-Aussendungen FEYKOM, YXK ab November 2010)

In Wien gibt es viele nicht-staatliche Organisationen und Vereine, die im Bereich der Migrationspolitik tätig sind und sich für die Rechte von EinwanderInnen und/oder AsylwerberInnen einsetzen. In diesem Betätigungsfeld ergeben sich daher für kurdische Vereine viele Kooperationsmöglichkeiten. FEYKOM, Avesta und YXK sind beispielsweise Teil der Plattform *Das ist nicht unser Gesetz!*, in der sich Vereine und AktivistInnen gegen das aktuell (2011) geplante Fremdenrechtspaket einsetzen. Zusammen mit der ÖH organisierten die YXK und FEYKOM im April 2011 (im Vorfeld einer Großdemonstration an der noch weitere Organisationen beteiligt waren) eine Informationsveranstaltung zu den geplanten Gesetzesänderungen mit je einem Vertreter von den nicht-staatlichen Organisationen *Asyl in Not* und *SOS Mitmensch* sowie einer Mitarbeiterin vom *Beratungszentrum für MigrantInnen*.

Der kurdische Frauen- sowie der StudentInnenverein kooperieren außerdem mit anderen Organisationen der gleichen Interessensgruppen. Avesta nahm gemeinsam mit der *Frauensolidarität* und anderen Frauenorganisationen bei der *FrauenLesbenMädchen-Demo* sowie einer Kundgebung am Stephansplatz im November 2010 teil. (Interview Güleryüzü, 1.12.10) Die YXK war bei den StudentInnenprotesten *unibrennt* im Wintersemester 2009/2010 aktiv betei-

ligt und setzte sich in deren Rahmen besonders für die Anliegen studierender Drittstaatsangehöriger ein (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10).

Wie eingangs beschrieben, kommen Kooperationen also dort zustande, wo es gleiche nationale oder transnationale Ziele gibt. Die Anliegen können durch gemeinsames Handeln stärker vertreten werden. So kann im Rahmen einer gemeinsamen Plattform gegen Verschärfungen im Fremdenrecht wahrscheinlich mehr bewirkt werden, als wenn die Vereine alleine agieren. Der österreichische Kontext ermöglicht diese Zusammenarbeit. Wie der österreichische Staat konkret mit transnationalen, pro-kurdischen Tätigkeiten umgeht, ist Thema des folgenden Unterkapitels.

5.5 Österreichische „Kurdenpolitik“

Im erstens Abschnitt dieses Unterkapitels untersuche ich, ob und in welcher Form direkte staatliche Beeinflussung von transnationalen Aktivitäten kurdischer Vereinen stattfindet. Dabei geht es um Formen der Unterstützung oder Einschränkung der Vereine in ihren transnationalen Anliegen. Europäische Residenzstaaten sehen sich beim Umgang mit pro-kurdischen Anliegen und Forderungen in einem Zwiespalt, wie Østergaard-Nielsen in Bezug auf Deutschland beschreibt:

[...] governments, in their response to such political lobbying, balance national interests with concerns about wider humanitarian and human rights issues. [...] National interests include foreign policy concerns with an important trade and security political partner like Turkey, concerns with threats to domestic security in Germany posed by more radical dissident homeland political groups, or general concern with harmonious coexistence among Turks, Kurds, and Germans. (Østergaard-Nielsen 2003: 98)

Anhand des Vergleichs zur Situation in Deutschland verdeutliche ich infolge, dass von Land zu Land unterschiedliche politische Strategien existieren.

Im zweiten Abschnitt stelle ich dar, wie politische und wirtschaftliche Staatsinteressen, diplomatische Beziehungen sowie internationale Politik die Vorgehensweise der jeweiligen Staaten beeinflussen können.

5.5.1 Staatlicher Umgang mit pro-kurdischen politischen Tätigkeiten

Die Relevanz der *österreichischen Kurdenpolitik* (Interview D. Can, 23.5.11) zeigte sich in meinen Interviews, in denen das Thema oft von meinen GesprächspartnerInnen angesprochen wurde, bevor ich danach fragte. Es geht dabei um den Umgang von staatlicher Seite mit pro-kurdischen Aktivitäten.

Öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen von kurdischen Vereinen mit Bezug zur türkischen Politik werden in Österreich meist genehmigt. Es gibt auch keine spezifischen rechtlichen Beschränkungen für PKK-nahe Organisationen, wie es sie etwa in Deutschland hinsichtlich der Verwendung bestimmter Fahnen (mit dem Bildnis Abdullah Öcalans) oder bestimmter Slogans bei Demonstrationen gibt. Direkte Einschränkungen der transnationalen Tätigkeiten vonseiten des Staates werden von meinen InterviewpartnerInnen keine wahrgenommen. Es bestehen zum Teil auch gute Kontakte zu hohen PolitikerInnen:

Zum Beispiel FEYKOM hat Termine bis zum Bundeskanzler. Mit dem Bundespräsidenten haben wir auch schon Versammlungen, Sitzungen abgehalten, was in Deutschland unmöglich ist, dass so etwas zustande kommt. Da distanzieren sich die Politiker. (Interview YXK-Vorstand 1, 2.11.10)

Die Entwicklung einer im Vergleich zu anderen Staaten eher toleranten Vorgehensweise Österreichs in Bezug auf pro-kurdische Aktivitäten von Vereinen hat auch damit zu tun, dass diese in Österreich weitaus geringer und überschaubarer sind als in anderen europäischen Ländern (mit einem größeren kurdischen Bevölkerungsanteil).

Illegale konfrontative Methoden, in Form von gewaltvollen Ausschreitungen und Anschlägen sind in Österreich nur sehr vereinzelt vorgekommen und nicht auf die Vereine zurückzuführen. Laut Verfassungsschutzberichten von 1997-2010 agierten pro-kurdische AktivistInnen in Österreich in dem Zeitraum meistens innerhalb des legalen Bereichs. (vgl. Verfassungsschutzberichte 1997-2010, Østergaard-Nielsen 2003: 71). In den 1990ern, vor allem in Reaktion auf die Verhaftung Abdullah Öcalans 1999, gab es zwar einige Fälle von nicht genehmigten Demonstrationen und Botschaftsbesetzungen, diese eskalierten aber nicht. Ab und zu kam

es damals allerdings zu gewaltsamen Auseinandersetzungen bei Demonstrationen. (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 268; Interview Ayaz, 12.1.11) 1993 wurden „[...] eine türkische Bank in Wien und ein türkisches Reisebüro in Innsbruck verwüstet [...]“ – die „Verwüstungen“ wurden auf die PKK zurückgeführt (Verfassungsschutzbericht 1997: 41f). In den letzten Jahren wurden laut Verfassungsschutzberichten eine handvoll gewalttätige Handlungen im Zusammenhang mit dem „türkisch-kurdischen Konflikt“ verzeichnet, meist handelte es sich um Anschläge auf türkische bzw. kurdische Geschäfte oder Vereinslokale, bei denen es keine Verletzten gab. (vgl. Verfassungsschutzbericht 2000-2010).

Obwohl die beschriebenen Gewalttaten nie mit einem kurdischen Verein in Verbindung gebracht wurden, werden die Veranstaltungen der FEYKOM-Vereine, aufgrund ihrer Nähe zur PKK, vom Verfassungsschutz beobachtet.

So groß aktiv waren sie [die KurdInnen] in Österreich eigentlich nie, dass sie der politischen Macht – wie soll ich sagen – unangenehm wurden. Das hat's in Österreich nie gegeben und so große Repressalien seitens des österreichischen Staates hat es nie gegeben. Obwohl der Verfassungsschutz, Personen vom Verfassungsschutz bei all unseren Demonstrationen und Kundgebungen dabei sind, bei all unsere Festen. (Interview Küçükyazar, 5.7.10)

Nationale, rechtliche Beschränkungen hinsichtlich pro-kurdischen Tätigkeiten hängen in verschiedenen Staaten häufig mit dem politischen Umgang mit der PKK und PKK-nahen Vereinen (wie etwa FEYKOM in Österreich) zusammen.

In Wien eröffnete die ERNK, der damalige politische, nicht-militante Flügel der PKK, 1995 ein Büro. ÖVP und FPÖ sprachen sich für ein Verbot der PKK/ERNK in Österreich aus. Die SPÖ setzte jedoch auf eine weniger restriktive Politik, die „[...] in einer Kombination aus präventiver polizeilicher Beobachtung und politischem Dialog bestand.“ (Waldrauch/Sohler 2004: 269.) Diese politische Strategie wird in Österreich in Bezug auf PKK-nahe Vereine im Grunde bis heute verfolgt.

Die PKK befindet sich (auch unter dem Namen KADEK und KONGRA-GEL) in der EU-Verordnung zur „Terrorismusbekämpfung“ von 2001 auf der Liste terroristischer Vereinigungen. (vgl. Verfassungsschutzbericht 2010: 69) Infolge der Durchsetzung dieser Verordnung gilt die PKK auch in Österreich als terroristische Gruppierung.

Als Vergleich zu Österreich möchte ich die Situation in Deutschland kurz etwas genauer schildern. In den 1990ern kam es dort zu Anschlägen gegen TürkInnen und türkische Geschäfte, Autobahn- und Botschaftsbesetzungen, Hungerstreiks sowie gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen rechtsextremen türkischen Gruppierungen (u.a. *Graue Wölfe*) und pro-kurdischen AktivistInnen. (Kirişçi/Winrow 1997: 172) Die PKK und Nebenorganisationen der PKK wurden 1993 verboten, darunter die 1984 gegründete *Föderation patriotischer Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan in der BRD* (FEYKA-Kurdistan), deren Nachfolgeorganisation YEKKOM das deutsche Pendant zu FEYKOM ist. (vgl. Falk 1998: 84) Im Laufe des Versuchs einer langsamen, strategischen Wandlung der PKK von einer militanten zu einer nicht-militanten, politischen Organisation seit Ende der 1990er nahmen die illegalen konfrontativen Aktivitäten in Deutschland jedoch ab. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 72) Der Umgang mit pro-kurdischen Vereinen und Tätigkeiten ist in Deutschland nach wie vor restriktiver als in anderen europäischen Ländern und wurde mir auch in meinen Interviews immer wieder als Negativ-Beispiel genannt.

Meine GesprächspartnerInnen nehmen die österreichische „Kurdenpolitik“ generell als eine der Duldung bei gleichzeitiger Kontrolle der politischen Tätigkeiten wahr. Solange die Aktivitäten im vorgesehenen Bereich stattfinden, wird nicht in die politische Arbeit eingegriffen, wie es eine Interviewpartnerin beschreibt:

Also, sie lassen. Du darfst machen, du darfst nur die Grenzen nicht überschreiten. Du darfst nicht viel schreien. Du darfst leise und ruhig etwas machen. [...] Hauptsache sie dürfen sehen, wer da aller mitmacht. Solange man alles unter Kontrolle hat von der Ferne, in Sicht hat, dürfen die Kurden alles machen. Eben bis zu bestimmten Grenzen. (Interview Güleryüzü, 1.12.10)

Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zeigt, dass die Vereine in Verdacht stehen möglicherweise in Zukunft doch illegale – oder gar terroristische – Tätigkeiten vorzunehmen. In Fällen von Anschlägen gegen türkische Einrichtungen, Unternehmen oder Personen in Österreich ist FEYKOM *der erste Verein, in den sie kommen und wo sie nachfragen. Das sind diese Vorurteile uns gegenüber. Nur weil wir ein kurdischer Verein sind und uns für die kurdische Sache*

einsetzen, heißt das nicht, dass wir türkenfeindlich sind, das sind wir nämlich nicht. (Interview Küçükyaşar, 5.7.10)

Der spezifische Umgang von Residenzstaaten mit transnationalen Tätigkeiten und pro-kurdischen Forderungen ist u.a. von ihren diplomatischen Beziehungen mit der Türkei abhängig.

5.5.2 Internationale Politik und transnationales politisches Agieren

Internationale und transnationale Politik stehen in wechselseitiger Beeinflussung. Die transnationalen Aktivitäten haben Einfluss auf internationale Beziehungen: „[...] the presence in one country of ‘transnational communities’ or ‘diasporas’ [...] has been proclaimed to constitute an increasingly important feature of not only contemporary domestic politics but also transnational and international relations.” (Østergaard-Nielsen 2003: 1) Die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit von pro-kurdischen AktivistInnen und Organisationen in EU-Ländern hat dazu beigetragen, dass die Kurdenfrage auf die Agenden internationaler Politik gebracht wurden. Umgekehrt – und das ist für meine Studie relevant – beeinflussen politische und ökonomische Beziehungen zwischen Staaten die Position, die Residenzländer gegenüber bestimmten (transnationalen) Organisationen und Tätigkeiten einnehmen.

Als Mitgliedsstaat spielt für Österreich die Beziehung der EU zur Türkei eine Rolle. Diese steht mit der EU in Beitrittsverhandlungen und ist durch ihre Mitgliedschaft in europäischen Organisationen sowie durch multilaterale Verträge⁶⁵ politisch und wirtschaftlich eng mit europäischen Ländern verbunden. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen ergaben sich für die EU-Staaten Möglichkeiten, Forderungen zu stellen. Pro-kurdische Institutionen wenden sich daher mit ihren Anliegen auch an die EU. Die demokratiepolitischen und menschenrechtlichen Defizite in der Türkei und die Nicht-Anerkennung der ethnischen Minderheiten wurden von der EU als Hindernisse für einen möglichen Beitritt genannt (vgl. Kirişçi/Winrow 1997: 172f).

65 Die Türkei ist Mitglied des *Europarats* (seit 1949) und der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (seit 1975) und unterzeichnete 1963 ein Assoziationsabkommen mit der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten haben unterschiedlich starke, historisch gewachsene Beziehungen zur Türkei. Je enger diese ökonomischen und politischen Verbindungen sind, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass sich Residenzländer gegenüber der Türkei für pro-kurdische Anliegen einsetzen. Der türkische Staat übt Druck auf europäische Staaten aus, pro-kurdische Tätigkeiten einzuschränken, meist mit der Begründung, dass diese von terroristischen Gruppierungen ausgehen. Wie bereits dargestellt, wurden in einigen EU-Staaten auf Drängen der Türkei kurdische Fernsehsender und Zeitungen geschlossen (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 39).

Auch zwischen der Türkei und Österreich bestehen politische und vor allem wirtschaftliche Verbindungen, die sich besonders in den letzten Jahren intensiviert haben. Das österreichische Außenministerium beschreibt die Beziehungen zur Türkei folgendermaßen:

Die Republik Österreich unterhält traditionell freundschaftliche und substanzreiche Beziehungen zur Türkischen Republik. Davon zeugt ein dichtes Netz österreichischer Vertretungen in der Türkei und türkischer Vertretungen in Österreich, ein reger Besuchs Austausch auf hoher und höchster Ebene, zahlreiche bilaterale Verträge, intensive Wirtschaftsbeziehungen (Österreich war 2006 drittgrößter und 2007 fünftgrößter Investor in der Türkei) und vielfältige kulturelle Beziehungen. (Außenministerium Österreich Webseite)

Osman Ayaz (KIB) und Metin Can (KOMKAR), die aufgrund ihrer jahrelangen politischen Arbeit Kontakte zu hohen staatlichen RepräsentantInnen haben, berichteten mir beide von Gesprächen mit österreichischen PolitikerInnen, in denen sie nachfragten, warum Österreich gegenüber den Herkunftsländern von KurdInnen keine deutlicheren Schritte setze, um die Diskriminierungen und Repressionen zu stoppen. Als Grund wurden die (wirtschaftlichen) Staatsinteressen genannt, die Priorität haben.

Die Parteien sind eine Sache, die Staatspolitik ist eine andere Sache. Egal, welche an die Macht kommen, sie müssen das Interesse des Staates Österreich vertreten. Solange der österreichische Staat mit der Türkei, Irak, Iran und Syrien wirtschaftliche Beziehungen in Milliardenhöhe hat und das der Brennpunkt der Kurden ist – da sind sie sehr vorsichtig. [...] Die [Kurden-] Problematik, das ist ein heißes Eisen, das wollen sie nicht angreifen. (Interview M. Can, 5.1.11)

Die internationalen Beziehungen Österreichs beeinflussen transnationale Tätigkeiten aber nicht nur, weil sie die Entwicklung der nationalen „Kurdenpolitik“ mitbestimmen. Das Beobachten der Außenpolitik des jeweiligen Residenzlandes gegenüber der Türkei und die Reaktion auf diese stellen auch Tätigkeitsbereiche kurdischer Vereine dar.

Zum Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Abdullah Gül in Wien organisierte FEYKOM im Mai 2011 eine Kundgebung und appellierte an die österreichischen PolitikerInnen: „Wir hoffen, dass der Herr Bundespräsident, die Frau Parlamentspräsidenten [sic] auch deutliche Worte zum Faschismus in der Türkei finden können, denn die Gelegenheit würde sich ja anbieten.“ (FEYKOM Webseite 4)

Das (außen-)politische Handeln der österreichischen Regierung in Bezug auf die kulturelle Unterdrückung von KurdInnen in der Türkei wird von meinen InterviewpartnerInnen kritisiert. Die Zurückhaltung österreichischer PolitikerInnen beim Versuch auf diplomatischer Ebene zur Veränderung der türkischen Minderheitenpolitik beizutragen, stört viele pro-kurdische AktivistInnen:

Ich würde mir wünschen, dass sie wirklich konkretere Schritte setzen gegenüber Türkei. Nicht nur vorne [ermahnende Geste] und von hinten den Rücken streicheln – weil das macht Österreich zur Zeit. (Interview Güteryüzü, 1.12.10)

Deutschland, um ein weiteres Beispiel zu nennen, ist ein besonders wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner der Türkei und ist u.a. auch einer der größten Exporteure von Waffen in die Türkei (welche dort hauptsächlich zur Bekämpfung der PKK-Guerilla genutzt werden). Pro-kurdische Organisationen in Deutschland stellen daher seit Jahren immer wieder Forderungen an die deutsche Regierung, diese Waffenlieferungen einzustellen. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 43; Turkish Ministry of Foreign Affairs Webseite 1 und 2)

Østergaard-Nielsen sieht die Chancen für pro-kurdische AktivistInnen, die politische Agenda der Residenzländer zu ändern, wenn deren Anliegen den Staatsinteressen entgegenstehen, als gering an. Zumindest solange TürkInnen und KurdInnen keine ausschlaggebende politische (z.B. WählerInnenstimmen) oder ökonomische Macht haben. (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 87)

Da KurdInnen mit türkischer Staatsbürgerschaft im Ausland von türkischen Botschaften vertreten werden, kann in manchen Bereichen die (kulturelle) Unterdrückung im Residenzland weiterbestehen. In Österreich (Interview M. Can, 5.1.11) und Deutschland (vgl. Østergaard-Nielsen 2003: 100) war es beispielsweise noch in den 1990ern nicht möglich einem Kind offiziell einen kurdischen Namen zu geben, der nicht vom türkischen Staat anerkannt war. Nur türkische bzw. kurdische Namen, die in Namenslisten auf den Meldeämtern vorlagen, konnten gewählt werden. Diese Listen waren von der türkischen Botschaft an die Behörden ergangen und enthielten, gemäß der türkischen Staatspolitik, keine kurdischen Namen. Kurdische Vereine stellten den Meldeämtern dann kurdische Namenslisten zur Verfügung.

* * *

In transnationalen Studien und Ansätzen zur politischen Gelegenheitsstruktur wurden mehrere Einflussgebiete des Residenzlandes in Bezug auf transnationale politische Organisationen und Tätigkeiten von ImmigrantInnen ausgemacht. Diese habe ich anhand meines Fallbeispiels in diesem Kapitel untersucht. Der österreichische Kontext wirkt sich in den einzelnen Bereichen mehr oder weniger stark auf die transnationalen politischen Tätigkeiten und Vereine von KurdInnen aus. Ich präsentiere die Ergebnisse meiner empirischen Forschung, welche ich hier im Detail dargestellt habe, noch einmal zusammengefasst in der folgenden Conclusio.

6 Conclusio

Die vorliegende Arbeit entstand aus der Beschäftigung mit transnationalen Studien. Diese entwickelten sich aus der anthropologischen Migrationsforschung heraus und konzentrieren sich daher meist – wie auch ich in dieser Arbeit – auf EinwanderInnen, welche in ihrer Lebensweise Herkunfts- und Residenzland verbinden. Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, dass nicht nur MigrantInnen transnational tätig sind, sondern transnationale Prozesse die gesamte Gesellschaft umfassen.

Häufig wird in der Transnationalismusforschung von grenzüberschreitenden „Feldern“ und „Räumen“ gesprochen. Da mir diese als Untersuchungseinheiten zu vage erscheinen, lege ich den Fokus auf konkrete Tätigkeiten und AkteurInnen. Mein Fallbeispiel stellen transnationale politische Aktivitäten von kurdischen MigrantInnen in Wien dar, die in institutionalisierter Form, nämlich in Vereinen, stattfinden.

Im Vergleich zur repressiven Politik und Diskriminierung von KurdInnen in der Türkei, bedeutet(e) für jene das Leben in Österreich, in Hinblick auf kulturelle Minderheitenrechte und die Ausübung pro-kurdischer Aktivitäten, eine deutliche Verbesserung. So ist es nicht verwunderlich, dass kurdische EmigrantInnen in ihren Zielländern bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts transnationale kurdische Organisationen gründe(te)n, Zeitungen veröffentliche(te)n und später auch Fernseh- und Radioprogramme gestalte(te)n. In Österreich waren kurdische politische AkteurInnen seit den 1960er Jahren in Vereinen aktiv und gründeten ab Ende der 1970er auch spezifisch kurdische Vereine.

Das Beispiel pro-kurdischer AktivistInnen im Exil ist ein weiterer Beleg dafür, dass transnationales Agieren kein neues Phänomen darstellt, wie anfangs in den transnationalen Studien angenommen wurde. Neue Kommunikations- und Informationstechnologien haben allerdings die Quantität und Qualität transnationaler Aktivitäten und Beziehungen verändert.

Dies zeigte sich auch bei den von mir untersuchten Vereinen, deren wichtigstes Medium für Kommunikation und Vernetzung mittlerweile das Internet darstellt. Dieses ermöglicht es, binnen kurzer Zeit auf Ereignisse in der Türkei zu reagieren, über Newsletter und Online-Plattformen weltweit Informationen zu verbreiten oder Protestkundgebungen und Demonstrationen zu organisieren.

Die fünf untersuchten Vereine bezeichne ich als „transnational“, weil sich ihre politischen Anliegen und Tätigkeiten auf die Lage in Kurdistan beziehen („homeland politics“) und weil sie in länderübergreifenden, pro-kurdischen Netzwerken organisiert sind. Physisches Überschreiten von Staatsgrenzen ist kein unbedingtes, aber ein häufiges Merkmal von Transnationalismus. Kurdische AktivistInnen reisen z.B. zu wichtigen politischen Veranstaltungen in die Türkei. Innerhalb der untersuchten transnationalen Aktivitäten nimmt das direkte Agieren im Herkunftsland aber eine untergeordnete Rolle ein. Die Vereine wählen hauptsächlich indirekte Wege, um ihre transnationalen Ziele zu erreichen und nutzen dazu die vorhandenen Ressourcen und Möglichkeiten im Residenzland. Zu ihren Haupttätigkeitsbereichen gehören die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie die Organisation von Demonstrationen, Kundgebungen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Österreich. All diese stellen zu einem großen Teil Reaktionen auf Geschehnisse in der Türkei dar. Der Herkunftsstaat und die Entwicklungen dort beeinflussen so die politische Arbeit der Vereine.

In den transnationalen Studien wurde eine Vielzahl von strukturellen und individuellen, objektiven und subjektiven Variablen festgestellt, die für transnationales Agieren förderlich oder hinderlich sind. Die Forschungsfrage, welche diese Arbeit leitet, bezieht sich auf den Einfluss des Residenzstaats. In Hinblick auf mein Fallbeispiel wollte ich herausfinden, wie sich Österreich (als Residenzland) und dessen nationale Rahmenbedingungen auf die politischen Tätigkeiten von transnational agierenden kurdischen Vereinen auswirken.

Anhand von Arbeiten zu politischem Transnationalismus und Ansätzen zur politischen Gelegenheitsstruktur konnte ich Untersuchungsbereiche festlegen, in welchen sich der nationale bzw. lokale Kontext auswirkt. Die Ergebnisse der einzelnen Sektoren möchte ich im Folgenden noch einmal zusammengefasst präsentieren.

Als ersten Einflussbereich habe ich die österreichische Migrations- und Integrationspolitik seit den 1960ern untersucht, welche seitdem einigen Wandlungen unterlegen ist. Die Tatsache, dass etwa 40.000 KurdInnen in Österreich leben, geht auf die gezielte Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften ab 1964 zurück. Es waren die nationalen rechtlichen Bedingungen, die es vielen kurdischen AktivistInnen ermöglichten (als ArbeitnehmerInnen, Flüchtlinge oder Familienangehörige) einzuwandern und sich niederzulassen. Der Dachverband FEYKOM sowie seine ebenfalls von mir untersuchten Mitgliedsvereine Avesta und YXK wurden Anfang der 1990er Jahre, der Mitgliedsverein KIB bereits 1986 in Wien gegründet. Sie sind in engem Zusammenhang mit Ereignissen in Kurdistan sowie Organisationsgründungen in der Türkei und Deutschland entstanden. Zu Beginn konzentrierten sie sich fast ausschließlich auf die Situation in der Türkei, waren also vor allem transnational ausgerichtet. Die brisante politische Lage in der Herkunftsregion war hierfür ausschlaggebend. Zudem wurden ArbeitsmigrantInnen zu dieser Zeit von der österreichischen Politik und Öffentlichkeit als temporäre „Gäste“ wahrgenommen und daher aus vielen gesellschaftlichen Sphären ausgeschlossen. Auch viele MigrantInnen glaubten und planten nur für eine begrenzte Zeit in Österreich zu leben und dann ins Herkunftsland zurückzukehren. Aus diesem Grund schien es kurdischen AktivistInnen, dass die österreichische Politik – im Gegensatz zur türkischen – sie nicht betreffe. Deren fremdenrechtliche Bestimmungen spielten für die Vereinsarbeit allerdings eine Rolle, wenn sie zu konkreten Problemen im Alltag kurdischer EinwanderInnen führten. Ab den 1990ern bis zum heutigen Zeitpunkt wurden Einwanderungs- und Niederlassungsbestimmungen stetig verschärft. Die Vereine boten ihren Mitgliedern und BesucherInnen Beratung und Begleitung u.a. bei Amtsgängen und Arztbesuchen sowie Deutschkurse an. Der fünfte von mir untersuchte Verein, KOMKAR, wurde 1995, in Anlehnung an KOMKAR in Deutschland, mit dem primären Vorhaben die Situation von ArbeitsmigrantInnen zu verbessern, gegründet. Die demokratische Lösung der Kurdenfrage war sein zweites großes Anliegen.

Ab Mitte der 1990er Jahre wandelte sich die Migrationspolitik zur Integrationspolitik, welche vorsah, bereits niedergelassene MigrantInnen zu integrieren und gleichzeitig Neuzuzug stark einzuschränken. Neben Auseinandersetzungen mit dem Thema „Integration“ nahmen gegen Ende der 1990er auch fremdenfeindliche Tendenzen in der Politik und Gesellschaft zu. EinwanderInnen wurden so zum Brennpunkt öffentlicher Diskussionen. Diese Entwicklung veranlasste MigrantInnen sich selbst zu Wort zu melden. Auch kurdische Vereine lenkten ihre

Orientierung in Richtung nationaler, migrationspolitischer Themen („migrant politics“), allerdings ohne den Blick auf die Türkei zu verlieren.

Während „homeland politics“ nie subventioniert wurden, wird vom Staat und vor allem von der Stadt Wien seit Ende der 1990er die Betätigung von MigrantInnenvereinen im Bereich der „migrant politics“ gefördert. Integration und Migrationspolitik sind mittlerweile für alle fünf Vereine wichtige politische Themen und Handlungsfelder. Das hat aber nicht nur mit der staatlichen und städtischen Förderung zu tun. Nicht zuletzt aufgrund der langen Aufenthaltsdauer haben viele kurdische AktivistInnen eine emotionale Bindung zu und ein soziales und familiäres Netzwerk in Österreich. Überdies sind viele KurdInnen bereits in Österreich geboren bzw. aufgewachsen. Das Interesse an österreichischer Politik ist auch in Zusammenhang damit gewachsen.

Eine vollkommene rechtliche Gleichstellung zu ÖsterreicherInnen können Drittstaatsangehörige nur durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft erlangen. Die Voraussetzungen für diesen sind in Österreich im europäischen Vergleich sehr hoch. Die Entscheidung, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, hat oft rechtliche und finanzielle, bei manchen auch ideelle Gründe. Ihr Besitz kann AktivistInnen außerdem das Gefühl von Sicherheit bei pro-kurdischer, regierungskritischer Arbeit geben, weil die Zugehörigkeit zu Österreich sie sozusagen vor dem türkischen Staat schützt. Die Betätigung in politischen, pro-kurdischen Vereinen, vor allem jenen, die der PKK ideologisch nahestehen, kann allerdings die Einbürgerung verhindern oder verzögern, so wie sie auch zur Ablehnung von Asylanträgen führen kann. Dabei wurde in einigen Fällen die Zugehörigkeit der antragstellenden Person zu einer terroristischen Gruppierung als Grund der Ablehnung genannt, auch wenn diese nicht nachweislich bestand.

Im Bereich politischer Partizipationsmöglichkeiten hat sich gezeigt, dass Drittstaatsangehörige in Österreich weitgehend von politischer Partizipation innerhalb der etablierten nationalen und kommunalen Strukturen ausgeschlossen sind. Auch politische Interessensvertretungen enthalten ihnen bzw. enthielten ihnen bis vor kurzem die Vertretung ihrer Anliegen in Form des passiven Wahlrechts vor. Bis in die 1990er Jahre stellte daher die Gründung von und Betätigung in Vereinen für MigrantInnen eine der wenigen Möglichkeiten dar, auf formaler Ebene (transnational) politisch aktiv zu sein. Eingetragene Vereine haben bestimmte finanzielle und rechtliche Vorteile gegenüber informellen Gruppierungen. MigrantInnenvereine wurden außerdem von städtischen Institutionen wie der Wiener Integrationskonferenz als Ansprechpart-

ner und Vertreter der „community“ gesehen. Diese Gelegenheiten, die sich in Österreich boten, wurden von kurdischen AktivistInnen genutzt, indem sie zuerst Vereine gründeten und später auch ihre Rolle als „Sprachrohr“ der kurdischen MigrantInnen erfüllten.

Mittlerweile haben viele kurdische EinwanderInnen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben, wodurch sich ihnen der rechtliche Zugang zu nationalen politischen Strukturen eröffnet hat. Einige haben die Möglichkeit in österreichischen politischen Parteien aktiv zu werden wahrgenommen. Die Zahl von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund nimmt auch in Bezirks- und Gemeinderäten seit Ende der 1990er Jahre zu. In diesem Bereich zeigt sich auch das Potential transnationaler Lebensweisen. Einige politische AkteurInnen fanden durch ihr jahrelanges transnationales politisches Engagement in einem kurdischen Verein (leichter) einen Weg in die etablierten politischen Strukturen, da sie bereits über Kontakte zu österreichischen PolitikerInnen verfügten und die formelle wie informelle Funktionsweise des politischen Systems kannten. In ihrer Position in einer österreichischen Partei dienen sie wiederum den Vereinen als Kontaktpersonen innerhalb nationaler bzw. kommunaler politischer Institutionen.

Im österreichischen Kontext bieten sich kurdischen Vereinen in verschiedenen Interessensbereichen Gelegenheiten zur Kooperation. Zusammenarbeit findet mit anderen Organisationen und Plattformen, sowohl im Bereich der „migrant politics“ als auch der „homeland politics“, statt. Politische Parteien und Interessensvertretungen unterstützen alle untersuchten Vereine, vor allem bei kulturellen Aktivitäten. Gute Beziehungen zu diesen sind für kurdische Vereine nicht nur wegen finanzieller Zuwendungen wichtig. Wenn politische AkteurInnen in diesen Institutionen für pro-kurdische Anliegen gewonnen werden, dann können sie in manchen Fällen helfen, diese Themen auf die außenpolitische Agenda zu bringen.

In Österreich werden pro-kurdische (auch PKK-nahe) Tätigkeiten von staatlicher Seite weder speziell gefördert noch verhindert, sondern geduldet und beobachtet. Die nationale „Kurdpolitik“ scheint doppelamoralisch. Einerseits wird kurdischen AktivistInnen eine legale Grundlage geboten in Österreich transnational zu agieren und VertreterInnen der Vereine halten gute Kontakte zu hohen PolitikerInnen. Die Vereine können Demonstrationen und andere Veranstaltungen abhalten, auch wenn dabei ein ideologischer Bezug zur PKK aufgezeigt wird. Andererseits ist der Verfassungsschutz für die Beobachtung der Aktivitäten zuständig und die aktive Mitarbeit bei einem FEYKOM-Verein kann, wie erwähnt, zu Schwierigkeiten bei Anträgen auf Staatsbürgerschaft oder Asyl führen. Während die PKK sowie ihr nahestehende

hende Organisationen in Deutschland und Frankreich bereits Anfang der 1990er verboten wurden, entschied sich Österreichs Regierung gegen ein explizites Verbot. Der tolerantere Umgang mit kurdischen Vereinen und ihren transnationalen Praktiken in Österreich hat verschiedene Gründe. Erstens leben dort weniger KurdInnen als in anderen europäischen Ländern. Deutschland beispielsweise, wo heute eine halbe Million KurdInnen leben, stellt den Ausgangspunkt von transnationalen Tätigkeiten und ein Zentrum für pro-kurdischen Aktivismus dar. Zweitens fanden und finden transnationale Aktivitäten in Österreich meist im legalen Bereich statt und es kam nie zu so gewaltsamen Auseinandersetzungen wie in Deutschland in den 1990ern. Aus diesem Grund sah sich der Staat nicht gezwungen restriktivere Strategien anzuwenden.

Die Residenzländer entwickeln ihre Umgangsweise mit pro-kurdischen Organisationen in Abwägung eigener (Staats-)Interessen zum einen, und der Einhaltung von Grundrechten wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit zum anderen. Die Türkei ist eine wichtige politische und wirtschaftliche Partnerin von Österreich. Die von einigen InterviewpartnerInnen kritisierte Zurückhaltung österreichischer RepräsentantInnen bei der Forderung nach der Durchsetzung von Minderheitenrechten in der Türkei resultiert u.a. aus diesen zwischenstaatlichen Beziehungen. Kurdische Vereine reagieren in ihrer Arbeit auf österreichische diplomatische Aktivitäten – beispielsweise mit der Organisation von Kundgebungen bei wichtigen Staatsbesuchen und der Aufforderung an staatliche RepräsentantInnen, gegenüber der Türkei deutliche Kritik an der türkischen Minderheitenpolitik zu äußern.

Obwohl transnationales politisches Agieren von MigrantInnen ein Randphänomen darstellt, wie ich auch in meinem Fallbeispiel beobachten konnte – die Mehrheit der KurdInnen in Österreich ist nicht transnational politisch aktiv – halte ich die Beschäftigung damit für sinnvoll. In dieser empirischen Studie konnte ich aufzeigen, dass sich transnationale politische Aktivitäten und Organisationen nicht unabhängig vom nationalen Kontext des Residenzlandes entwickeln, sondern von diesem beeinflusst werden, sowie dass die rechtlichen Rahmenbedingungen Auswirkungen auf das Leben und Handeln von AkteurInnen haben. Die untersuchten Vereine sind innerhalb des vorgegebenen Rahmens tätig und passen sich diesem in vielen Bereichen an. Sie kooperieren mit nationalen Institutionen, ihre Tätigkeiten finden im legalen Bereich statt, und sie verfolgen ihre transnationalen Anliegen auf indirektem Weg. Gründe für die Wahl dieser Formen politischer Betäti-

gung sind u.a. der staatliche Umgang mit pro-kurdischen Tätigkeiten und die österreichische politische Gelegenheitsstruktur, welche diese Praktiken zwar nicht fördern, aber ermöglichen.

Transnationale Studien laufen Gefahr, MigrantInnen als „TransmigrantInnen“, welche in einem „transnationalen Feld“ abseits nationalstaatlichen Einflusses agieren und leben, zu konstruieren und dabei die weiterbestehende Macht von Staaten zu ignorieren. Meine Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Nationalstaat auch weiterhin Beachtung bei der Untersuchung transnationaler Prozesse finden sollte. Ich habe gezeigt, dass die untersuchten Vereine nicht deterritorialisieren, sondern in ihrem lokalen und nationalen Kontext, in der österreichischen (Zivil-)Gesellschaft und Politik verortet sind. Sie sind auch in Bezug auf nationale Migrations- und Integrationspolitik tätig und leisten damit einen wichtigen Beitrag zu nationalen, innenpolitischen Diskursen.

Um meine Schlussfolgerungen zu überprüfen bzw. zu vertiefen, wäre es nützlich, in zukünftigen Forschungen den Einfluss des österreichischen Kontexts auf politische MigrantInnenvereine, die eine andere Geschichte haben und ihre Aktivitäten auf ein anderes (Herkunfts-)Land beziehen, zu analysieren. Auch die nähere Untersuchung von Auswirkungen transnationaler Lebensweisen von BewohnerInnen auf die Politik (und Gesellschaft) ihres Residenzstaates wäre interessant und könnte aufzeigen, wie sich nationale und transnationale Entwicklungen wechselseitig beeinflussen.

7 Quellenverzeichnis

7.1 Literatur

- ADAMSON, Fiona B. (2002): *Mobilizing for the transformation of home: politicized identities and transnational practices*. In: Al-Ali, Nadjé / Koser, Khalid [Hg.]: *New Approaches to Migration? Transnational Communities and the Transformation of Home*. Routledge: London / New York. 155-168.
- AL-ALI, Nadjé / BLACK, Richard / KOSER, Khalid (2001): *The limits to „transnationalism“: Bosnian and Eritrean refugees in Europe as emerging transnational communities*. In: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 24 No. 4. 578-600.
- AL-ALI, Nadjé / KOSER, Khalid (2002): *Transnationalism, international migration and home*. In: Al-Ali, Nadjé / Koser, Khalid [Hg.]: *New Approaches to Migration? Transnational Communities and the Transformation of Home*. Routledge: London / New York. 1-14.
- AMMANN, Birgit (1997): *Ethnische Identität am Beispiel kurdischer Migration in Europa*. In: Borck, Carsten / Savelsberg, Eva / Hajo, Siamend [Hg.]: *Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan*. LIT-Verlag: Münster. 217-238.
- AMMANN, Birgit (2001): *Kurden in Europa – Ethnizität und Diaspora*. LIT-Verlag: Münster. (Zugleich: Dissertation, Freie Universität Berlin, 2000)
- AMMANN, Birgit (2004): *Die kurdische Diaspora in Europa*. In: Conermann, Stephan / Haig, Geoffrey [Hg.]: *Die Kurden – Studien zu ihrer Sprache, Geschichte und Kultur*. EB-Verlag: Schenefeld. 207-246.
- ANDERSON, Benedict (1993): *Imagined communities – Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. Verso: London / New York.

- ARMBRUSTER, Heidi (2009) *Anthropologische Ansätze zur Migration*. In: Six-Hohenbalken, Maria / Tošić, Jelena [Hg.]: *Anthropologie der Migration – Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte*. Facultas: Wien. 52-69.
- BARKEY, Henri J. / FULLER, Graham E. (1998): *Turkey's Kurdish Question*. Rowman & Littlefield: Lanham / Boulder / New York / Oxford.
- BASCH, Linda / GLICK SCHILLER, Nina / BLANC-SZANTON, Cristina (1997): *Nations Unbound – Transnational Projects, Postcolonial Predicaments and Deterritorialized Nation-States*. Gordon and Breach: Amsterdam (u.a.)
- BAUBÖCK, Rainer (1996): „*Nach Rasse und Sprache verschieden*“ – *Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute*. Reihe Politikwissenschaften Nr. 31. Institut für Höhere Studien: Wien.
- BAUBÖCK, Rainer / LIEGL Barbara (2000): *Wahlrecht für AusländerInnen*. In: Forum Politische Bildung [Hg.]: *Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservatismus. Informationen zur Politischen Bildung, Band 17*. Studien-Verlag: Wien / Innsbruck.
- BAUBÖCK, Rainer (2003): *Towards a political theory of migrant transnationalism*. In: *International Migration Review*, Vol. 37. No. 3. 700-723.
- BAUBÖCK, Rainer (2008): *Ties across borders: the growing salience of transnationalism and diaspora politics*. IMISCOE Policy Brief. IMISCOE: Amsterdam.
<http://library.imiscoe.org/en/record/308589> [10.3.2011]
- BIHR, Johann / JULLIARD, Jean-François (2011): „*A Book is not a Bomb!*“ – *Media and Justice in Turkey, Mistrust and Repression*. Reporter ohne Grenzen, Mission Report.
http://en.rsf.org/IMG/pdf/rsf_report_turkey_2011_en.pdf [15.7.2011]
- BLOEMRAAD, Irene (2005): *The Limits of de Tocqueville: How Government Facilitates Organisational Capacity in Newcomer Communities*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 31 No. 5. 865-887.
- DAHINDEN, Janine (2010): *The dynamics of migrants' transnational formations: Between mobility and locality*. In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 51-71.
- FAIST, Thomas (2010): *Diaspora and transnationalism: What kind of dance partners?* In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 9-34.

- FALK, Svenja (1998): *Dimensionen kurdischer Ethnizität und Politisierung. Das ethnic revival von Kurden in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Zeitschrift für Türkeistudien, 11. Jahrgang 1998, Heft 1. 75-93.
- FERCHER, Harald Gernot (1995): *Die österreichische Asylpolitik und die Kurden*. Diplomarbeit, Wien.
- GÄCHTER, August & Recherche-Gruppe (2004): *Von Inlandarbeiterschutzgesetz bis EURODAC-Abkommen*. In: Gürses, Hakan / Kogoj, Cornelia / Mattl, Sylvia [Hg.]: Gastarbeiter – 40 Jahre Arbeitsmigration. Mandelbaum: Wien. 31-46.
- GLICK SCHILLER, Nina / BASCH, Linda / BLANC-SZANTON, Cristina (1997): *Transnationalismus: Ein neuer analytischer Rahmen zum Verständnis von Migration*. In: Kleger, Heinz [Hg.]: Transnationale Staatsbürgerschaft. Campus: Frankfurt am Main, N.Y. 81-107.
- GLICK SCHILLER, Nina (2010): *A global perspective on transnational migration: Theorising migration without methodological nationalism*. In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods. Amsterdam University Press. 109-129.
- GRASL, Alexandra (2002): *MigrantInnen als Akteure der österreichischen Politik – Politische Partizipation der neuen Minderheiten: Teilhabemöglichkeiten und -barrieren, erste Erfahrungen ethnischer MandatsträgerInnen*. Diplomarbeit, Wien.
- GUARNIZO, Luis Eduardo / PORTES, Alejandro / HALLER, William (2003): *Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action among Contemporary Migrants*. In: The American Journal of Sociology, Vol. 108 No. 6. 1211-1248.
- HASSANPOUR, Amir (1997): *MED-TV, Großbritannien und der türkische Staat: Die Suche einer staatenlosen Nation nach Souveränität im Äther*. In: Borck, Carsten / Savelsberg, Eva / Hajo, Siamend [Hg.]: Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan. Kurdologie Bd. 1. LIT-Verlag: Münster. 239-278.
- IRELAND, Patrick (2000): *Reaping What They Sow: Institutions and Immigrant Political Participation in Western Europe*. In: Koopmans, Ruud / Statham, Paul [Hg.]: Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics – Comparative European Perspectives. Oxford University Press: New York. 233-282.
- ITZIGSOHN, Jose (2000): *Immigration and the Boundaries of Citizenship: The Institutions of Immigrants' Political Transnationalism*. In: International Migration Review, Vol. 34 No. 4. 1126-1154.
- KİRİŞÇİ, Kemal / WINROW, Gareth M. (1997): *The Kurdish question and Turkey: An Example of a Trans-state Ethnic Conflict*. Frank Cass: London / Portland, Oregon.

- KISSAU, Kathrin / HUNGER, Uwe (2010): *The internet as a means of studying transnationalism and diaspora*. In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 245-265.
- KIVISTO, Peter (2001): *Theorizing transnational immigration: a critical review of current efforts*. In: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 24 No. 4. 549-577.
- KOINOVA, Maria (2010): *Diasporas and international politics: Utilising the universalistic creed of liberalism for particularistic and nationalist purposes*. In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 149-165.
- KOMKAR [Hg.] (2010): *Kurdische Buchmesse in Wien (2005-2009)*. Informationsbroschüre.
- KOOPMANS, Ruud / STATHAM, Paul (2001): *How national citizenship shapes transnationalism: A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands*. Transnational Communities Programme: Working Paper Series, WPTC-01-10. <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/WPTC-01-10%20Koopmans.doc.pdf> [17.5.2011]
- KRALER, Albert (2010): *Ein umkämpfter Terrain: Familienmigration und Familienmigrationspolitik*. In: Langthaler, Herbert [Hg.]: *Integration in Österreich – Sozialwissenschaftliche Befunde*. Studien Verlag: Innsbruck.
- KROISSENBRUNNER, Sabine (1996): *Soziopolitische Netzwerke türkischer MigrantInnen in Wien*. Projektleitung: Anton Pelinka. Institut für Konfliktforschung: Wien.
- MARCUS, George E. (1995): *Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography*. In: *Annual Review of Anthropology*, Vol. 24. 95-117.
- MARTINIELLO, Marco (2006): *Political participation, mobilisation and representation of immigrants and their offspring in Europe*. In: Bauböck, Rainer [Hg.]: *Migration and Citizenship - Legal status, Rights and Political Participation*. Amsterdam University Press: Amsterdam. 83-105.
- MARTINIELLO, Marco / LAFLEUR, Jean-Michel (2008): *Towards a transatlantic dialogue in the study of immigrant political transnationalism*. In: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 31 No. 4. 645-663.
- MAYRING, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse - Grundlagen und Techniken*. Beltz: Weinheim / Basel.

- MAZZUCATO, Valentina (2010): *Operationalising transnational migrant networks through a simultaneous matched sample methodology*. In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 205-226.
- McDOWALL, David (2000): *A Modern History of the Kurds*. I. B. Tauris: London / New York.
- MORALES, Laura / JORBA, Laia (2010): *Transnational links and practices of migrants' organisations in Spain*. In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 267-293.
- ØSTERGAARD-NIELSEN, Eva (2011a): *Transnational political practices and the receiving state: Turks and Kurds in Germany and the Netherlands*. In: *Global Networks* Vol.1 No.3. 261-281.
- ØSTERGAARD-NIELSEN, Eva (2011b): *The politics of Migrants' Transnational Political Practices*. Transnational Communities Programme: Working Paper Series, WPTC-01-22. <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/WPTC-01-22%20Ostergaard.doc.pdf> [18.1.2011]
- ØSTERGAARD-NIELSEN, Eva (2002): *Working for a solution through Europe: Kurdish political lobbying in Germany*. In: Al-Ali, Nadjie / Koser, Khalid [Hg.]: *New approaches to migration? Transnational communities and the transformation of home*. Routledge: London / New York. 186-201.
- ØSTERGAARD-NIELSEN, Eva (2003): *Transnational Politics - Turks and Kurds in Germany*. Routledge: London / New York.
- PERCHINIG, Bernhard (1999): *Migranten- und Minderheitenpolitik*. In: Fassmann, Heinz / Matuschek, Helga / Menasse-Wiesbauer, Elisabeth [Hg.]: *Abgrenzen – Ausgrenzen – Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*. Drava: Klagenfurt / Celovec. 161-200.
- PERCHINIG, Bernhard (2010): *Von der Fremdarbeit zur Integration? Migrations- und Integrationspolitik in Österreich nach 1945*. In: Initiative Minderheiten [Hg.]: *Viel Glück! Migration Heute*. Mandelbaum: Wien. 142-158.
- PORTES, Alejandro / GUARNIZO, Luis E. / LANDOLT, Patricia (1999): *The study of transnationalism: pitfalls and promise of an emergent research field*. In: *Ethnic and Racial Studies*, Vol.22 No.2. 217-237.
- PORTES, Alejandro (2001): *Introduction: the debates and significance of immigrant transnationalism*. In: *Global Networks*, Vol. 1 No. 3. 181-193.

- PORTES, Alejandro / ESCOBAR, Cristina / RADFORD, Alexandria Walton (2007): *Immigrant Transnational Organizations and Development: A Comparative Study*. In: *International Migration Review*, Vol. 41 Issue 1. 242–281.
- PRIES, Ludger (2010): *Transnationalisierung - Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- RAMSAUER, Maria (2004): *Die Rolle der Soziopolitischen Netzwerke bei der Integration der Kurden in Wien*. Diplomarbeit, Wien.
- SCHMIDINGER, Thomas (2010): *Migration und Integration*. In: Langthaler, Herbert [Hg.]: *Integration in Österreich – Sozialwissenschaftliche Befunde*. Studien Verlag: Innsbruck.
- SCHUMACHER, Sebastian / PEYRL, Johannes (2006): *Fremdenrecht – Asyl, Ausländerbeschäftigung, Einbürgerung, Einwanderung, Verwaltungsverfahren*. ÖGB Verlag: Wien.
- STRASSER, Sabine (2009a): *Transnationale Studien: Beiträge jenseits von Assimilation und „Super-Diversität“*. In: Six-Hohenbalken, Maria / Tošić, Jelena [Hg.]: *Anthropologie der Migration – Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte*. Facultas: Wien. 70-92.
- STRASSER, Sabine (2009b): *Bewegte Zugehörigkeiten – Nationale Spannungen, transnationale Praktiken und transversale Politik*. Turia + Kant: Wien.
- STROHMEIER, Martin / YALÇIN-HECKMANN, Lale (2010): *Die Kurden - Geschichte, Politik, Kultur*. C.H.Beck: München.
- TENÖR, Bülent (1991): *Istanbul: Gedanken zum türkischen Gesetz Nr. 3713 zur Bekämpfung des Terrors („Antiterrorgesetz“ - ATG)*. In: *Zeitschrift für Türkeistudien*, 4. Jahrgang, Heft 2. 153-174.
- VAN BRUINESSEN, Martin (1995): *Forced evacuations and destruction of villages in Dersim (Tunceli), and western Bingöl, Turkish Kurdistan, September-November 1994*. Report by Stichting Nederland – Koerdistan.
http://www.let.uu.nl/~martin.vanbruinessen/personal/publications/Forced_evacuatio ns.pdf [10.6.2011]
- VAN BRUINESSEN, Martin (2000): *Transnational aspects of the Kurdish Question*. Working paper. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute: Florenz.
http://www.let.uu.nl/~martin.vanbruinessen/personal/publications/transnational_Ku rds.htm [16.2.2011]

- VAN BRUINESSEN, Martin (2003): *Agha, Scheich und Staat - Politik und Gesellschaft Kurdistans*. Edition Parabolis: Berlin.
- VERTOVEC, Steven (2010): *Transnationalism*. Routledge: Abingdon, Oxon / New York.
- VERFASSUNGSSCHUTZBERICHTE (1997 – 2010): Bundesministerium für Inneres [Hg.] http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz [10.2.2011]
- WAHLBECK, Östen (1996): *Diasporic Relations and Social Exclusion : The Case of Kurdish Refugees in Finland*. Working Paper. 10th Nordic Migration Research Conference: Equality and Exclusion – Research Challenges: Bergen.
- WAHLBECK, Östen (1998): *Transnationalism and diasporas: the kurdish example*. Transnational Communities Programme: Working Paper Series, WPTC-98-11. <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/wahlbeck.pdf> [17.1.2011]
- WAHLBECK, Östen (2001): *The concept of diaspora as an analytical tool in the study of refugee communities*. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 28: 2. 221-238.
- WALDINGER, Roger / FITZGERALD, David (2004): *Transnationalism in Question*. In: The American Journal of Sociology, Vol. 109 No. 5. 1177-1195.
- WALDRAUCH, Harald / SOHLER, Karin (2004): *Migrantenorganisationen in der Großstadt - Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wiens*. Campus Verlag: Frankfurt am Main [u.a.].
- WATERBURY, Myra A. (2010): *Bridging the divide: Towards a comparative framework for understanding kin state and migrant-sending state diaspora politics*. In: Bauböck, Rainer / Faist, Thomas [Hg.]: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 131-148.
- WATTS, Nicole F. (2010): *Activists in office: Kurdish politics and protest in Turkey*. University of Washington Press: Seattle.
- ZÜRCHER, Erik J. (2004): *Turkey - A Modern History*. I. B. Tauris: London / New York.

7.2 Internet

Außenministerium Österreich Webseite: *Bilaterale Beziehungen. Österreich – Türkei.*
<http://www.bmeia.gv.at/botschaft/istanbul/bilaterale-beziehungen.html> [15.7.2011]

BMI Asylstatistik 2002-2010: *Jahresstatistiken.*
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/start.aspx [1.2.2011]

Die Grünen Webseite: *Frauenrechte und Rechte von Minderheiten in der Türkei – Veranstaltungstipp: Podiumsdiskussion zur Lage der Frauen in der Türkei am 30. September.* http://archiv.wien.gruene.at/weitere_themen/artikel/lesen/48641 [5.8.2011]

Der Standard Online, 25.2.2009: *Nicht nur Erdogan spricht kurdisch.*
<http://derstandard.at/1234508028916/Eklat-im-Parlament-Nicht-nur-Erdogan-spricht-kurdisch> [14.6.2011]

Der Standard Online, 11.12.2009: *Kurdenpartei DTP verboten.*
<http://derStandard.at/1259281720279/Kurdenpartei-DTP-verboten> [14.6.2011]

Der Standard Online, 19.8.2010: *Staatsfeind Nr. 1 könnte Erdogan helfen.*
<http://derstandard.at/1281829584999/Kurdenfuehrer-Oecalan-Staatsfeind-Nr-1-koennte-Erdogan-helfen> [14.6.2011]

Der Standard Online, 8.2.2011: *Wirtschaftskammer: Türken dürfen Funktionäre werden.*
<http://derstandard.at/1296696686989/Wirtschaft-Integration-Wirtschaftskammer-Tuerken-duerfen-Funktionaere-werden> [28.4.2011]

Deutsche Bundesagentur für Arbeit Webseite: *Welche Aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen gibt es?*
http://www.ba-auslandsvermittlung.de/lang_de/nn_425794/DE/Rueckkehrer/Tuerkei/4-angekommen/Angewandte-Immigration.html__nnn=true [23.6.2011]

European Commission Webseite: *EU-Turkey relations.*
http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/turkey/relation/index_en.htm [3.8.2011]

FEYKOM Webseite 1: *Über Uns.*
<http://www.feykom.at/index.php?page=uberuns> [6.6.2011]

FEYKOM Webseite 2: *Wien: Zelte für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage?*
<http://www.feykom.at/index.php?page=news&id=6> [11.7.2011]

- FEYKOM Webseite 3: *KurdInnen*.
<http://www.feykom.at/index.php?page=kurden> [11.7.2011]
- FEYKOM Webseite 4: *Abdullah Gül in Österreich*.
<http://www.feykom.at/index.php?page=news&id=9> [14.7.2011]
- KON-KURD Webseite: *Federation*.
<http://www.konkurd.org/en/federation-1232550505.html> [2.5.2011]
- Kurdisches Zentrum Webseite: *Über Uns*.
<http://kurdisches-zentrum.at/uber-uns.php> [11.7.2011]
- MA 17 Webseite: *Leitlinien der Wiener Integrations- und Diversitätspolitik*.
<http://www.wien.gv.at/menschen/integration/pdf/integrationsleitlinien.pdf>
 [5.5.2011]
- Migration Integration Policy Index Webseite: *Access to nationality*.
<http://www.mipex.eu/access-to-nationality> [11.6.2011]
- Statistik Austria Webseite 1: *Jahresdurchschnittsbevölkerung seit 1981 nach ausgewählten Staatsangehörigkeitskategorien und Bundesland – Ausländer*
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_und_veraenderung/bevoelkerung_im_jahresdurchschnitt/022315.html [11.4.2011]
- Statistik Austria Webseite 2: *Eingebürgerte Personen seit 2000 nach bisheriger Staatsangehörigkeit*
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/einbuengerungen/index.html
 1 [23.6.2011]
- Statistik Austria Webseite 3: *Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Überblick*.
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/033240.html [1.4.2011]
- taz Online, 16.6.2011: *Close up Kurdistan*. Bericht über gleichnamigen Dokumentationsfilm (2007) von Yüksel Yavuz. <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2011%2F06%2F16%2Fa0024&cHash=7b36a1fae6> [2.8.2011]
- Today's Zaman Online, 21.3.2011: *Kurdish intellectual Burkay says violence will persist if deep state does not recede*. <http://www.todayzaman.com/news-238743-kurdish-intellectual-burkay-says-violence-will-persist-if-deep-state-does-not-recede.html> [22.6.2011]
- Turkish Ministry of Foreign Affairs Webseite 1: *Turkey's Political Relations with Germany*.
http://www.mfa.gov.tr/turkey_s-political-relations-with-germany.en.mfa [11.2.2011]

Turkish Ministry of Foreign Affairs Webseite 2: *Turkey's Commercial and Economic Relations with Germany.*

http://www.mfa.gov.tr/turkey_s-commercial-and-economic-relations-with-germany.en.mfa [11.2.2011]

WIK-VB Webseite: *WIK – Mission.*

<http://www.wik-vernetzungsbuero.at/index.php?id=9> [7.6.2011]

YXK-Deutschland Webseite 1: *Über Uns.*

http://de.yxk-online.de/index.php?option=com_content&task=view&id=6&Itemid=8 [18.3.2011]

YXK-Deutschland Webseite 2: *Hüseyin Çelebi.*

http://de.yxk-online.de/index.php?Itemid=9&id=7&option=com_content&task=view [12.7.2011]

YXK-Wien Webseite: *Über Uns.*

<http://www.yxkwien.at/?q=content/über-uns> [18.3.2011]

7.3 Interviews

Osman Ayaz, Mitbegründer und Obmann von KIB, am 12.1.2011

Songül Beyazgül, Zusammenarbeit mit Avesta und anderen FEYKOM-Vereinen, 29.1.2011

Didar Can, Mitbegründerin und ehemalige Obfrau von YXK, am 23.5.2011

Metin Can, Mitbegründer, Mitglied, ehemaliger Obmann von KOMKAR, am 5.1.2011

Nurcan Güteryüzü, Vorstandsmitglied von Avesta, am 1.12.2010

Mevlüt Küçükyaşar, Vorstandsmitglied von FEYKOM, am 5.7.2010

YXK-Vorstand 1, männliches Vorstandsmitglied von YXK, am 2.11.2010

YXK-Vorstand 2, weibliches Vorstandsmitglied von YXK, am 7.1.2011

8 Anhang

8.1 Abstract (english)

This thesis examines the impact receiving states have on the transnational political practices of immigrants. It is based on an empirical case study of Kurdish political organisations in Vienna which can be defined as transnational because they: 1) try to influence the Turkish Republic's treatment of the Kurdish minority from abroad; and 2) are members of larger pro-Kurdish networks in Europe. The empirical data consists of eight qualitative interviews with Kurdish political activists from different organisations, as well as observations I made at events organised by them. Research on political transnationalism and the relation between nation-states and political participation of immigrants form the theoretical basis of this study. The paper also includes a historical overview of the migration of Kurds from Turkey to Austria and of transnational, pro-Kurdish activities in Vienna.

My research has shown that Kurdish political organisations in Austria are affected by its political opportunity structure and reaction to their political activities. Transnational activists use the resources provided by the receiving state and adapt to national political circumstances. These organisations were founded about 20 years ago and since then have evolved with changing national politics and legislation. Today they are also involved in the politics of migration and integration and cooperate with different governmental and non-governmental organisations in Austria. The findings indicate the ongoing influence and importance of nation-states in shaping the lives and actions of people, also in a “transnational field”.

8.2 Abstract (deutsch)

In der vorliegenden Arbeit untersuche ich, inwiefern Residenzstaaten und deren nationale Rahmenbedingungen transnationale politische Tätigkeiten von ImmigrantInnen beeinflussen. Diese Forschungsfrage bearbeite ich anhand des Fallbeispiels politischer kurdischer Vereine in Wien. Diese agieren transnational, indem sie sich von Österreich aus für politische Veränderungen in der Türkei einsetzen und in europaweite, pro-kurdische Netzwerke eingebunden sind. Mein empirisches Datenmaterial besteht aus acht qualitativen Interviews, die ich mit kurdischen politischen AktivistInnen geführt habe, und eigenen Beobachtungen bei unterschiedlichen Veranstaltungen der Vereine. Die theoretische Basis dieser Forschung bieten Studien mit dem Fokus auf politischem Transnationalismus und der Beziehung zwischen Nationalstaaten und politischer Partizipation von MigrantInnen. Die Arbeit beinhaltet auch einen Überblick über den historischen Kontext der Migration von KurdInnen aus der Türkei nach Österreich und der transnationalen, pro-kurdischen Betätigung.

Meine Untersuchung ergab, dass die Vereine von der politischen Gelegenheitsstruktur und dem staatlichen Umgang mit pro-kurdischen Tätigkeiten in Österreich beeinflusst werden. Die politischen AkteurInnen nutzen die vorhandenen Ressourcen im Residenzland und verfolgen ihre transnationalen Anliegen in Auseinandersetzung mit den nationalen Rahmenbedingungen. Die Vereine wurden Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre gegründet und haben sich seither – auch in Zusammenhang mit Entwicklungen der österreichischen Politik und Gesetzeslage – verändert. Sie sind mittlerweile auch in Bezug auf die österreichische Migrationspolitik tätig und durch Kooperationen mit verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen in Österreich verortet. Die Ergebnisse dieser Studie deuten darauf hin, dass Nationalstaaten und dessen Rahmenbedingungen nach wie vor das Leben und Handeln von Menschen beeinflussen, auch im „transnationalen Raum“.

8.3 Lebenslauf

Hannah Mayr

geboren am 19.11.1984 in Wien

hannah.mayr@gmail.com

1995 – 2003 Gymnasium Stubenbastei, 1010 Wien

Studienjahr

2008/2009 ERASMUS-Studienaufenthalt an der Bosphorus Universität in Istanbul,
Institut für türkische Sprach- und Literaturwissenschaft

2004 – 2011 Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien
Thematische Schwerpunkte: Transnationale Studien, Migration, Integration
Regionale Schwerpunkte: Türkei, Österreich, EU
Spezialisierung im Rahmen der Wahlfächer: Turkologie